



Monatsbericht des BMF

Dezember 2016

Monatsbericht des BMF

Dezember 2016

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifisch differenzierende Formulierungen - z. B. der/die Bürger/in - verzichtet. Die in dieser Veröffentlichung verwendete männliche Form gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für Frauen wie Männer gleichermaßen.

 Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	4
Überblick zur aktuellen Lage.....	5
Die G20 unter deutscher Präsidentschaft im Finanzbereich	6
Zum Vorschlag einer europäischen Arbeitslosenversicherung.....	13
Mindestlohnspezifische Meldepflichten:	
Einführung eines Online-Meldeverfahrens zum 1. Januar 2017	18
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben leistet einen bedeutenden Beitrag zur Unterbringung von Flüchtlingen	24
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage.....	29
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....	29
Steuereinnahmen im November 2016	36
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich November 2016.....	40
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2016	45
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	48
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	54
Aktuelles aus dem BMF.....	58
Termine, Publikationen	58
Stellenausschreibungen.....	60
Statistiken und Dokumentationen.....	64
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	66
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	98
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes.....	105
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	119
Verzeichnis der Berichte	136

Editorial

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 1. Dezember 2016 hat Deutschland die Präsidentschaft der G20 übernommen. Neben der Organisation des Gipfels der Staats- und Regierungschefs und der verschiedenen Ministertreffen eröffnet sich für Deutschland auch die Möglichkeit, eigene inhaltliche Akzente zu setzen. Im Finanzbereich (dem sogenannten Finance Track) haben das Bundesministerium der Finanzen und die Deutsche Bundesbank gemeinsam drei Arbeitsschwerpunkte vorgestellt: Erstens eine Verbesserung der Widerstandsfähigkeit („Resilience“) der G20-Volkswirtschaften und damit auch der Weltwirtschaft insgesamt. Zweitens eine neue Partnerschaft mit Afrika für mehr private Investitionen. Drittens einen klugen Umgang mit den Chancen und Risiken der fortschreitenden Digitalisierung der Finanzwelt. Darüber hinaus werden unter der deutschen Präsidentschaft natürlich auch die Diskussionen zur internationalen Finanzarchitektur, zur Finanzmarktregelung und zur internationalen Steuerpolitik fortgeführt sowie eine Vielzahl weiterer Fachthemen bearbeitet.

Den Auftakt machte am 30. November 2016 eine Konferenz unter dem Titel „Towards a more resilient global economy“ in Berlin. Hierzu konnten die Organisatoren – das Bundesministerium der Finanzen, die Deutsche Bundesbank und das Centre for European Policy Studies (CEPS) – die Stellvertreter der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure und ihre Delegationen, weitere Gastländer und Vertreter internationaler Organisationen sowie rund 80 Experten vor allem aus der Wissenschaft begrüßen.

Im Anschluss an die Konferenz leiteten Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und



Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann die deutsche Präsidentschaft im Rahmen einer feierlichen Eröffnungsveranstaltung ein.

Am Folgetag trafen sich im Bundesministerium der Finanzen die Stellvertreter der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure, im Fachjargon auch „Deputies“ genannt, zu ihrer ersten Sitzung unter deutscher Präsidentschaft. Im Vordergrund standen hierbei die Verabschließung des gemeinsamen Arbeitsprogramms und erste Gespräche zu den drei Arbeitsschwerpunkten: Widerstandsfähigkeit von Volkswirtschaften, private Investitionen in Afrika und Digitalisierung der Finanzwelt.

Der vorliegende Monatsbericht bietet einen Überblick der Inhalte und Ergebnisse der ersten Veranstaltungen der deutschen G20-Präsidentschaft im Finanzbereich. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "h. Steffen".

Dr. Thomas Steffen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

█ Überblick zur aktuellen Lage

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Das Wirtschaftswachstum in Deutschland zeigte sich im 3. Quartal trotz des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds robust, insbesondere dank positiver Impulse von Seiten der privaten und staatlichen Konsumausgaben. Für das Schlussquartal signalisieren die Indikatoren eine leichte Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität.
- Der Arbeitsmarkt entwickelte sich weiter positiv, wobei der Aufbau der Beschäftigung auf dem erreichten hohen Niveau naturgemäß an Dynamik verlor. Die ArbeitskräfteNachfrage ist weiterhin hoch. Die Arbeitslosenzahl ist auch im November gesunken.
- Die jährliche Inflationsrate betrug im November wie schon im Vormonat 0,8 %. Damit steigen die Preise wieder so stark wie zuletzt im Herbst 2014, bleiben aber auf einem gemäßigten Niveau.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sind im November 2016 mit +2,6 % erneut robust gestiegen. Hierzu trug insbesondere der kräftige Aufkommensanstieg der gemeinschaftlichen Steuern bei, die +4,0 % über dem Vorjahresniveau lagen. Grundlage dieser positiven Entwicklung waren Einnahmesteigerungen bei der Lohnsteuer sowie ein geringeres Erstattungsniveau bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer. Der kumulierte Zuwachs der Steuereinnahmen ohne Gemeindesteuern liegt im Zeitraum Januar bis November 2016 bei 4,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
- Das Aufkommen der Bundessteuern verringerte sich im November 2016 um 3,6 % gegenüber dem Vorjahr. Dies basiert auf einem erwarteten Aufkommensrückgang bei der Tabaksteuer und dem Ausbleiben von Einnahmen bei der Kernbrennstoffsteuer.
- Die Einnahmen des Bundes betrugen im Zeitraum Januar bis November 2016 insgesamt 276,6 Mrd. €. Sie überschritten damit das entsprechende Vorjahresniveau um 3,5 % beziehungsweise um 9,4 Mrd. €. Die Ausgaben beliefen sich bis einschließlich November 2016 auf 282,0 Mrd. € und waren damit um 6,1 Mrd. € beziehungsweise 2,2 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Für die Monate Januar bis November 2016 war im Ist ein negativer Finanzierungssaldo von 5,4 Mrd. € zu verzeichnen. Um diesen Betrag waren die Ausgaben höher als die Einnahmen. Das Bundeskabinett hat am 30. November 2016 den Entwurf des Nachtragshaushalts 2016 beschlossen. Im Ergebnis bleibt mit ihm das Soll von Einnahmen und Ausgaben unverändert. Einer zusätzlichen Zuweisung an den Kommunalinvestitionsförderungsfonds in Höhe von 3,5 Mrd. € steht eine Senkung der Zinsausgaben in gleicher Höhe gegenüber.

Europa

- Der aktuelle Monatsbericht enthält einen Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 5. und 6. Dezember 2016 in Brüssel.
- Schwerpunkte der Sitzungen waren die Haushaltslage in den Mitgliedstaaten des Euroraums, Griechenland, der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), die Bankenunion sowie Steuerfragen.

Analysen und Berichte

DIE G20 UNTER DEUTSCHER PRÄSIDENTSCHAFT IM FINANZBEREICH

Die G20 unter deutscher Präsidentschaft im Finanzbereich

- Die G20 wurde während der weltweiten Finanzkrise 2008/2009 zum wichtigsten und wirksamsten Forum für die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit auf globaler Ebene oder für globale Ordnungspolitik.
- Die deutsche Präsidentschaft wird sich im Prozess der Finanzminister und Notenbankgouverneure auf die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Volkswirtschaften, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen, vor allem in Afrika, und die Nutzung der Chancen der Digitalisierung im Finanzsektor konzentrieren.
- Deutschland wird die Kontinuität zu bestehenden Initiativen sicherstellen, insbesondere im Bereich internationale Finanzarchitektur sowie mit Blick auf widerstandsfähige und innovative Finanzmärkte und die Implementierung der steuerlichen Vereinbarungen gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen.

1	Die Arbeit der G20	6
1.1	Bewältigung der Finanzkrise 2008/2009	7
1.2	Aktuelle Herausforderungen.....	7
2	Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft im Finanzbereich.....	8
2.1	Wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit stärken.....	8
2.2	Partnerschaft mit Afrika	8
2.3	Chancen von Digitalisierung nutzen, Risiken eindämmen	9
2.4	Eine gerechte Steuerwelt.....	9
2.5	Solide internationale Finanzarchitektur	10
2.6	Widerstandsfähige und innovative Finanzmärkte	10
2.7	Weitere Themen	10
3	Resilienz-Konferenz.....	11
3.1	Arbeitsgruppen	11
3.2	Ergebnisse	11

1 Die Arbeit der G20

Die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer¹, kurz G20, kam zum ersten Mal im Jahre 1999 in Berlin im Format der Finanzminister und Notenbankgouverneure zusammen. Im Zuge der Asienkrise war

deutlich geworden, wie stark sich die Volkswirtschaften durch die Globalisierung miteinander verzahnt hatten. Insbesondere hatte sich gezeigt, dass Krisen in Entwicklungsländern und Schwellenländern auch Industrieländer empfindlich treffen können und eine global vernetzte Wirtschaft eine globale Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik benötigt. Auf dem Höhepunkt der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 wurde der G20-Prozess dann um die Ebene der Staats- und Regierungschefs erweitert. Auf dem dritten G20-Gipfel im November 2009 in Pittsburgh, USA, erklärte sich die G20

¹ Mitglieder sind: Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, Vereinigtes Königreich, USA, EU.

Analysen und Berichte

DIE G20 UNTER DEUTSCHER PRÄSIDENTSCHAFT IM FINANZBEREICH

zum zentralen Forum für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit oder, in anderen Worten, für globale Ordnungspolitik.

Neben den Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure im sogenannten Finance Track finden jährlich auch Treffen der Staats- und Regierungschefs statt, die im sogenannten Sherpa Track vorbereitet werden. Daneben gibt es noch weitere Fachminister-Formate (u. a. Arbeits-, Energie- und Agrarminister). Dieser Artikel befasst sich mit dem Arbeitsprogramm der Finanzminister und Notenbankgouverneure für die deutsche Präsidentschaft 2017.

1.1 Bewältigung der Finanzkrise 2008/2009

Die Arbeit der G20 diente zunächst vor allem der effektiven globalen Krisenbewältigung. Nach Ausbruch der weltweiten Finanzkrise 2008 hatte sie maßgeblichen Anteil an der Stabilisierung der Volkswirtschaften und Finanzmärkte. Die G20 war jedoch bald mehr als nur eine Institution zur Krisenbewältigung. Sie begann, internationale Standards bei der Regulierung der Finanzmärkte festzulegen, wirkte dem Errichten von Handelsbarrieren entgegen und stimmte sich gegen Währungsmanipulationen – Themen, die die ersten Weltfinanzgipfel in Washington 2008, London und Pittsburgh 2009, Toronto und Seoul 2010 beherrschten.

In den folgenden Jahren verpflichteten sich alle G20-Mitglieder zu einer nachhaltigen Finanzpolitik sowie Wirtschafts- und Strukturreformen in ihren jährlich aktualisierten nationalen Wachstumsstrategien. Im Finanzmarktbereich einigte man sich auf umfassende Maßnahmen zur Überwachung und Regulierung des internationalen Finanzsystems, nicht zuletzt um zu verhindern, dass in Schieflage geratene große Banken mit Systemrelevanz

(„Too Big to Fail“) durch die Steuerzahler gerettet werden müssen. Außerdem wurden die Risiken aus Finanzierungen außerhalb des Banksektors, im sogenannten Schattenbankensektor, verringert. Die Finanzsysteme wurden dadurch stabiler und widerstandsfähiger.

Darüber hinaus hat die G20 umfangreiche Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen angestoßen. Dabei stand insbesondere die Mittelausstattung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der multilateralen Entwicklungsbanken im Fokus. Wichtige Fortschritte wurden auch auf dem Gebiet der internationalen Steuerpolitik erzielt, vor allem im Hinblick auf eine gerechtere internationale Besteuerung. Die Verständigung über eine Verbesserung der Steuertransparenz – insbesondere einen besseren steuerlichen Informationsaustausch auf internationaler Ebene und über die Bekämpfung von Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) – war wegweisend.

1.2 Aktuelle Herausforderungen

Die unmittelbaren Folgen der weltweiten Finanzkrise 2008/2009 sind weitgehend überwunden. Die Weltwirtschaft wächst gegenwärtig nahe ihrem langjährigen Durchschnitt, aber insgesamt mit geringerer Dynamik als nach früheren konjunkturellen Schwächephasen. Viele Länder haben ihre hohen Schulden noch nicht wieder zurückgeführt, die sie u. a. aufgenommen hatten, um die direkten Auswirkungen der Krise zu mindern. Hinzu kommt, dass die Notenbankzinsen in vielen G20-Ländern auf historischen Tiefstständen sind. Käme es zu einer erneuten Krise, fehlten der Wirtschaftspolitik die fiskal- und geldpolitischen Handlungsspielräume, um deren Folgen zu mindern. Zudem ist in vielen Ländern die Bereitschaft erlahmt, Strukturreformen durchzuführen.

Analysen und Berichte

DIE G20 UNTER DEUTSCHER PRÄSIDENTSCHAFT IM FINANZBEREICH

2 Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft im Finanzbereich

Die G20 ist – wie die G7 – ein informelles Forum. Die Organisation der verschiedenen Treffen auf Arbeitsebene, der Konferenzen sowie der Ministertreffen und des Gipfels der Staats- und Regierungschefs übernimmt die jedes Jahr wechselnde G20-Präsidentschaft.

Für die Kontinuität der G20-Arbeiten sorgt die sogenannte Troika, die sich aus der vergangenen, der laufenden und der künftigen Präsidentschaft zusammensetzt. Kontinuität ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die G20 dauerhafte Fortschritte erzielen kann. Beschlossene Maßnahmen müssen umgesetzt und ihre Einhaltung überwacht werden. Dies nimmt einen zunehmend wichtigen Teil der G20-Agenda ein. Aber auch wenn jede Präsidentschaft der Kontinuität verpflichtet ist, gibt es für die jeweilige Präsidentschaft die Möglichkeit, eigene inhaltliche Schwerpunkte zu setzen.

Am 1. Dezember 2016 hat Deutschland offiziell die G20-Präsidentschaft von China übernommen. Eingeleitet wurde die Präsidentschaft im Finanzbereich durch eine feierliche Eröffnungsveranstaltung am Abend des 30. November in Berlin unter Teilnahme von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann.

Das Treffen der Stellvertreter der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure wurde am 1. Dezember 2016 im BMF ausgerichtet. Nach der Eröffnung von Minister Dr. Wolfgang Schäuble begrüßte Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller als Persönlicher Beauftragter („Sherpa“) der Bundeskanzlerin für die G7- und G20-Gipfel die Stellvertreter, im Fachjargon auch „Deputies“ genannt. Diese verabschiedeten dann unter der Leitung der deutschen „Deputies“, Dr. Ludger Schuknecht und Prof. Dr. Claudia Buch, das gemeinsame Arbeitsprogramm. In den sich anschließenden Arbeitssitzungen wurden die

Themen der G20-Finanzagenda gemeinsam diskutiert.

Im Finanzbereich der deutschen G20-Präsidentschaft werden folgende Schwerpunkte gesetzt.

2.1 Wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit stärken

Die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Weltwirtschaft ist ein Schwerpunktthema der deutschen G20-Agenda im Finanzbereich. Ziel ist es, die Weltwirtschaft robuster zu machen, indem die Widerstandsfähigkeit jeder einzelnen G20-Volkswirtschaft verbessert wird. Damit werden die G20-Arbeiten zu wachstumsfördernden Strukturreformen unter chinesischer Präsidentschaft aufgegriffen und um den Aspekt der „Resilienz“, der Widerstandsfähigkeit, erweitert. Die Fähigkeit der Volkswirtschaften, Schocks abzufedern oder auf langfristige strukturelle Herausforderungen, wie z. B. die demographische Entwicklung, frühzeitig und flexibel zu reagieren, soll verbessert werden. In die jährlichen nationalen Wachstumsstrategien sollen Maßnahmen für tragfähige Schuldenniveaus, die Sicherstellung stabiler Finanzmärkte und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen sowie länderspezifische Strukturreformen aufgenommen werden. Diese Wachstumsstrategien sollen auf dem G20-Gipfel in Hamburg vorgestellt werden.

2.2 Partnerschaft mit Afrika

In einer zunehmend vernetzten Welt müssen auch jenseits des G20-Rahmens globale Partnerschaften gebildet werden. Die G20 umfasst die größten Volkswirtschaften der Welt und hat sowohl Industrie- als auch Schwellenländer als Mitglieder. Auch diese haben erkannt, dass eine gemeinsame Zukunft das Wohlergehen aller erfordert und dass die G20 einen Beitrag leisten kann und muss, die Herausforderungen in den ärmsten Ländern zu bewältigen, vor allem in Afrika. Für eine nachhaltige

Analysen und Berichte

DIE G20 UNTER DEUTSCHER PRÄSIDENTSCHAFT IM FINANZBEREICH

Entwicklung und Beschäftigungschancen vor Ort müssen dort die Rahmenbedingungen für Investitionen im Privatsektor und in die Infrastruktur verbessert werden, insbesondere das Finanzierungsumfeld. Das soll durch eine G20-Initiative „Compact with Africa“ erreicht werden. Die Initiative soll private Investitionen in afrikanischen Ländern befördern durch eine Verbesserung der makroökonomischen, wirtschaftspolitischen und finanziellen Rahmenbedingungen. Die G20 soll des Weiteren konkrete Investitionsübereinkünfte mit afrikanischen Ländern politisch unterstützen. Der IWF, die Weltbank und die Afrikanische Entwicklungsbank erstellen einen Bericht über existierende Initiativen und über Reformen und Instrumente zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in makroökonomischen, wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Bereichen.

2.3 Chancen von Digitalisierung nutzen, Risiken eindämmen

Neue Impulse für dynamisches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind ohne höhere Produktivität nicht zu erreichen. Die deutsche Präsidentschaft will die Chancen der Digitalisierung nutzen, insbesondere im Finanzbereich. Ein besserer Zugang zu traditionellen und innovativen Finanzdienstleistungen erhöht die Chancengerechtigkeit und leistet damit perspektivisch auch einen Beitrag zu globaler Stabilität. Allerdings müssen auch die Risiken beachtet werden, die aus diesen digitalen Innovationen erwachsen können. Ein Überblick über bestehende Regulierungsansätze ist ein wichtiger Schritt, mögliche Folgen digitaler Entwicklungen für die Finanzstabilität einzuschätzen und ein risikoangemessenes „Level Playing Field“ zur Vermeidung internationaler Regulierungsarbitrage zu identifizieren. Daher unterstützt Deutschland das Arbeitsprogramm des Financial Stability Board (FSB) in diesem Bereich.

Ferner soll unter deutscher G20-Präsidentschaft ein Expertenaustausch darüber eingeleitet werden, wie die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an digitalen Finanzdienstleistungen erleichtert werden kann. Eine repräsentative Umfrage unter den G20-Mitgliedern soll darüber informieren, wie gut sich Menschen im Bereich der persönlichen Finanzen und der finanziellen Allgemeinbildung auskennen, um Angebote der finanziellen Bildung in Zukunft gezielter bereitstellen zu können.

2.4 Eine gerechte Steuerwelt

Die G20 setzt sich seit Jahren für eine gerechte und moderne internationale Unternehmensbesteuerung ein. Wichtiger Bestandteil dieser Anstrengungen ist die Initiative gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen grenzüberschreitend agierender Konzerne (BEPS). Zudem hat die G20 bedeutende Schritte zu mehr Transparenz im Steuerbereich und zur Unterstützung der Finanzverwaltungen in Entwicklungsländern unternommen. Die deutsche Präsidentschaft wird sich für eine konsequente internationale Umsetzung der vereinbarten Standards einsetzen. Zudem soll die Verlässlichkeit der internationalen Besteuerung erhöht werden, damit sich Wachstumskräfte bestmöglich entfalten können. Auch gilt es, gründlich zu analysieren, wie sich die Digitalisierung auf die Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsprozesse der Unternehmen auswirkt und welche steuerlichen Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Als Reaktion auf die sogenannten Panama Papers sind auch weitere Arbeiten zur Verbesserung der Transparenz im Steuerbereich erforderlich, insbesondere was die Bereitstellung und den internationalen Austausch von Daten zum „wirtschaftlich Berechtigten“ (Beneficial Owner) betrifft. Relevant sind diese Daten auch für Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche durch die Financial Action Task Force (FATF).

Analysen und Berichte

DIE G20 UNTER DEUTSCHER PRÄSIDENTSCHAFT IM FINANZBEREICH

2.5 Solide internationale Finanzarchitektur

Zu den klassischen Aufgaben der G20 zählt es, dafür zu sorgen, dass die internationale Finanzarchitektur auf sicherem Grund steht und das globale finanzielle Sicherheitsnetz (Global Financial Safety Net - GFSN) hinreichend engmaschig ist. Anstrengungen in dieser Hinsicht sind auch eine notwendige Ergänzung der nationalen Anstrengungen zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit. Unter chinesischer Präsidentschaft wurden beim IWF als tragender Säule des GFSN mit der Verdoppelung der Eigenmittel Anfang 2016 und der begonnenen Erneuerung umfangreicher bilateraler Kreditlinien wichtige Schritte im G20-Kreis vorbereitet und durchgeführt.

Unter deutscher Präsidentschaft sollen zum einen Schuldentragfähigkeitsprinzipien insbesondere für Niedrigeinkommensländer erarbeitet, zum anderen zustandsabhängige Finanzierungsinstrumente wie BIP-indexierte Staatsanleihen näher analysiert werden. Im Bereich der multilateralen Entwicklungsbanken werden die weitere Optimierung ihrer Bilanzen und die Stärkung ihrer Rolle vor allem bei der Infrastrukturfinanzierung durch stärkere Einbeziehung privaten Kapitals im Fokus stehen.

2.6 Widerstandsfähige und innovative Finanzmärkte

Kapitalmärkte fördern das Wirtschaftswachstum, wenn sie effizient Kapital für Investitionen mobilisieren. Im Rahmen der G20-Präsidentschaft setzt sich Deutschland deshalb dafür ein, noch ausstehende, auf internationaler Ebene bereits vereinbarte Reformvorhaben zügig abzuschließen, bestehende G20-Vereinbarungen vollständig und konsistent umzusetzen und, soweit erforderlich, weitere Regulierungsmaßnahmen anzustoßen. Im Vordergrund stehen insbesondere der Abschluss des Regelwerks Basel III zur Festlegung der Eigenkapitalanforderungen für Banken, der Beschluss von

Empfehlungen und Leitlinien zur Sanierung und Abwicklung von zentralen Gegenparteien (Central Counterparties, CCP), der Beschluss von Empfehlungen zur Bewältigung von Schwachstellen im Asset-Management-Sektor, eine Untersuchung, ob die bisherigen Maßnahmen zur Überwachung des Schattenbankensektors Wirkung zeigen und ob eventuell weitere Maßnahmen erforderlich sind, um die mit Schattenbanken verbundenen Risiken einzudämmen, sowie der Beschluss eines Analyserahmens für die ex-post-Evaluierung von Reformen im Finanzmarktbereich (“FSB Framework for Policy Evaluation”).

Auch die Arbeiten zu Green Finance werden fortgeführt: Die freiwillige Offenlegung umweltbezogener Finanzrisiken soll verbessert und Arbeiten zu Bewertungs- und Steuerungsinstrumenten für diese Risiken angestoßen werden. Dadurch wird eine belastbare Basis für eine sachgerechte Berücksichtigung von klima- und umweltbezogenen Risiken bei Investitionsentscheidungen geschaffen, die auch für umweltfreundliche Finanzierungen bedeutend ist.

2.7 Weitere Themen

Darüber hinaus gibt es noch weitere wichtige Themen, die während der deutschen G20-Präsidentschaft eine wesentliche Rolle spielen werden.

Überweisungen von Migranten in ihre Heimatländer (sogenannte Remittances) sind für viele Familien in Entwicklungsländern, auch in Afrika, von großer Bedeutung. Mit Blick auf die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung muss dafür gesorgt werden, dass die angestrebte Verbesserung der Infrastruktur für Remittances gelingt, ohne die Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung aufzuweichen. Hierzu werden sowohl die FATF als auch eine Arbeitsgruppe des FSB in Zusammenarbeit mit der Global Partnership for Financial Inclusion (GPFI) Vorschläge unterbreiten.

Analysen und Berichte

DIE G20 UNTER DEUTSCHER PRÄSIDENTSCHAFT IM FINANZBEREICH

Ziel der deutschen Präsidentschaft ist auch, die FATF mit den notwendigen Ressourcen auszustatten und strukturell so auszugestalten, dass sie ihre über die Jahre immer weiter gewachsenen Aufgaben bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung weiter effektiv betreiben kann.

3 Resilienz-Konferenz

Vor dem Auftakt der deutschen Präsidentschaft im Finanzbereich fand am 30. November 2016 in Berlin eine Fachkonferenz unter dem Titel „Towards a more resilient global economy“ statt. Die Konferenz wurde gemeinsam vom BMF, der Deutschen Bundesbank und dem Centre for European Policy Studies (CEPS) organisiert. An der Konferenz nahmen die Stellvertreter der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie der Gastländer und ihre Delegationsmitglieder, Vertreter von internationalen Organisationen sowie rund 80 Experten vor allem aus dem akademischen Raum teil, darunter auch die beiden Wirtschaftsnobelpreisträger Robert Shiller (Universität Yale) und Chris Sims (Universität Princeton).

3.1 Arbeitsgruppen

Unter dem Vorsitz von renommierten Wissenschaftlern und Vertretern internationaler Organisationen diskutierten die Teilnehmer in sechs Gruppen zu folgenden Themengebieten:

- Verschuldung öffentlicher Haushalte,
- Private Verschuldung,
- Realwirtschaft,
- Steuern,
- Kapitalströme,
- Globale Finanzmarktarchitektur.

Die Vertreter der G20-Mitglieder erarbeiteten gemeinsam mit den Experten Handlungsoptionen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Weltwirtschaft. Die Palette der diskutierten Handlungsmöglichkeiten war angesichts sehr unterschiedlicher Voraussetzungen der einzelnen G20-Mitglieder sehr breit.

3.2 Ergebnisse

1. **Die Verschuldung öffentlicher Haushalte** hat in vielen Ländern historische Höchststände erreicht und es bestehen erhebliche Herausforderungen für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte. Darüber herrschte in der ersten Expertengruppe weitgehend Einigkeit. Wege, wie die öffentliche Verschuldung mittelfristig zurückgeführt werden kann, wurden erwartungsgemäß kontrovers diskutiert. Darüber hinaus gilt es in vielen Ländern, Risiken zu begrenzen, die sich nicht unmittelbar in den Haushalten zeigen. Die Teilnehmer diskutierten Maßnahmen, wie die öffentlichen Finanzen transparenter gestaltet und Institutionen gestärkt werden können. Eine besondere Rolle spielten dabei Herausforderungen bei der Erstellung von Staatsbilanzen, Vor- und Nachteile verschiedener Fiskalregeln und die Bedeutung der makroökonomischen Annahmen bei der Haushaltsaufstellung.
2. **Private Verschuldung** geht notwendigerweise mit kreditfinanziertem Wachstum einher. Exzessive private Verschuldung macht Volkswirtschaften allerdings verwundbar, insbesondere, wenn sie zu rapiden Vermögenspreisanstiegen führt. Die Teilnehmer diskutierten Maßnahmen der Finanzmarktregulierung und -aufsicht sowie Möglichkeiten, potenzielle Nachteile der Eigenkapital- gegenüber einer Fremdkapitalfinanzierung abzubauen.
3. In der Diskussionsrunde zur **Realwirtschaft** bestand weitgehende Einigkeit, dass es weiterer

Analysen und Berichte

DIE G20 UNTER DEUTSCHER PRÄSIDENTSCHAFT IM FINANZBEREICH

- Strukturreformen bedarf, um die Realwirtschaft anpassungsfähiger zu gestalten. Flexible Arbeits- und Produktmärkte sollten durch effiziente soziale Sicherungssysteme flankiert werden, um negative Auswirkungen von Schocks auf private Haushalte abzufedern. Mehr Wettbewerb durch den Abbau von Markteintrittsbeschränkungen und die Reduzierung der Kosten des Marktaustritts insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sowie aktive Arbeitsmarktpolitik (z. B. Weiterbildungsangebote) und die Stärkung sowohl von Flexibilität als auch Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt („Flexicurity“) wurden als konkrete Maßnahmen genannt, um die Widerstandsfähigkeit der Realwirtschaft zu steigern.
4. **Länderübergreifende Steuerfragen** zählen zu den Kernthemen der G20. Es herrschte Einigkeit, dass die bisherigen Arbeiten zur Bekämpfung von Steuerumgehung und zur Förderung von Transparenz sehr erfolgreich waren und mit gleichem Engagement weiterzuführen sind. Die Unterstützung von Entwicklungsländern spielt dabei eine maßgebliche Rolle. Weiterhin entspann sich eine angeregte Diskussion zu der Frage, wie die Rechtssicherheit in der internationalen Besteuerung erhöht werden kann, um Stabilität und damit Widerstandsfähigkeit zu gewährleisten sowie Investitionen und Wirtschaftswachstum zu fördern. Zudem wurden verschiedene Auswirkungen der Digitalisierung auf die Besteuerung (direkte und indirekte Steuern) eingehend diskutiert. Dabei ging es u. a. um die Frage der Wertschöpfungsbeiträge in digitalisierten Geschäftsmodellen und um die Rolle von Daten als Input.
5. Wie müssen weltweite **Kapitalströme** beeinflusst werden, damit sie Wachstum und Stabilität fördern, statt Auslöser von Krisen zu sein? Die Lösung dürfte den Teilnehmern zufolge in einer Kombination aus soliden makroökonomischen Fundamenten, makroprudanzieller Regulierung und möglichst einheitlichen internationalen Regeln für den Kapitalverkehr liegen. Mehrere Delegierte und Experten argumentierten, dass internationale Koordinierungsinstrumente wie der OECD-Kodex zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs und der „Institutional View“ des IWF eine wichtige Rolle spielen können, um Wachstum, Stabilität und Widerstandsfähigkeit gegenüber volatilen Kapitalströmen zu fördern.
6. Das Diskussionsforum zur **globalen Finanzmarktarchitektur** kam zu dem Ergebnis, dass eine Stärkung der Widerstandsfähigkeit auf nationaler Ebene Voraussetzung für ein stabileres globales System ist. Auf regionaler Ebene sollten „Regional Financial Arrangements“ in enger Zusammenarbeit mit dem IWF weiterentwickelt werden. Auf globaler Ebene sollten alle Akteure zusammenarbeiten, um eine nachhaltige Finanzierung mit angemessenen Anreizen zu gewährleisten und ein „Race to the Bottom“ bezüglich der Konditionalität der internationalen Finanzinstitutionen zu vermeiden.

In einem abschließenden Forum aller Konferenzteilnehmer stellten Berichterstatter die Ergebnisse ihrer themenspezifischen Diskussionen dem Plenum vor. Diese Ergebnisse waren ein wichtiger Input für die Diskussion am Folgetag beim Treffen der Stellvertreter der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure zu diesem Thema.

Analysen und Berichte

ZUM VORSCHLAG EINER EUROPÄISCHEN ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Zum Vorschlag einer europäischen Arbeitslosenversicherung

Kurzfassung eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF¹

- Es gibt Forderungen nach einer europäischen Arbeitslosenversicherung in Form von grenzüberschreitenden Budgettransfers.
- Der Wissenschaftliche Beirat beim BMF weist auf die Schwächen dieses Konzepts hin, beispielsweise erhebliche Fehlanreize.
- Wenn Ausgleichsmechanismen ergänzt werden, degeneriert der Vorschlag zu einer impliziten Kreditgewährung.
- In einigen Ländern sind deutliche Verbesserungen in den nationalen Sicherungssystemen möglich.

1	Die Debatte um die Fiskalunion	13
2	Vorschläge zur Europäisierung der Arbeitslosenversicherung.....	14
3	Bedenken gegen verstärkte Transfers	15
4	Schlussfolgerungen des Beirats.....	16

1 Die Debatte um die Fiskalunion

In der Europäischen Union (EU) gibt es eine intensive Debatte darüber, ob auf der Basis der Erfahrungen in der europäischen Staatsschuldenkrise für den Euroraum eine fiskalische Union benötigt wird. Dabei wird der Begriff einer Fiskalunion mit unterschiedlichen Konzepten verbunden. Während von Seiten der deutschen Politik mit der Forderung nach einer Fiskalunion oft die Verbesserung

der Fiskalregeln zur Bekämpfung exzessiver Verschuldung und Defizite gemeint ist, rückt in der Diskussion zunehmend die Forderung nach neuen fiskalischen Transfers zwischen den Ländern des Euroraums in den Vordergrund.

Verbunden mit den Forderungen nach einem neuen System grenzüberschreitender Transfers ist dabei die Hoffnung erhöhter makroökonomischer Stabilität.² Der Gefahr einer unzureichenden Fiskalpolitik auf Ebene der Mitgliedstaaten könnte nach Einschätzung verschiedener Ökonomen, aber auch nach Meinung wichtiger europäischer

1 Die Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats sind als Beitrag zum allgemeinen Diskurs zu verstehen. Sie geben nicht notwendigerweise die Meinung des BMF wieder. Die Langfassung des Gutachtens wird als Publikation herausgegeben und auf der Internetseite des BMF veröffentlicht.

2 Juncker, J.-C. (2015), Completing Europe's Economic and Monetary Union, Europäische Kommission, Brüssel.

Analysen und Berichte

ZUM VORSCHLAG EINER EUROPÄISCHEN ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Funktionsträger durch die Schaffung einer Fiskalunion begegnet werden. Damit ist ein System regelbasierter Fiskaltransfers zwischen den Mitgliedstaaten gemeint, das stabilisierend wirkt, indem es die staatlichen Budgets der Mitgliedstaaten der Währungsunion zumindest gegen asymmetrische makroökonomische Schocks partiell „versichert“, also bei asymmetrischen makroökonomischen Entwicklungen einen Ausgleich schafft. Mitunter wird darauf hingewiesen, dass in allen anderen größeren Währungsräumen stabilisierende Finanzströme existieren. Gerät beispielsweise eine Region oder ein Bundesstaat der USA in eine Rezession, so sinken die dortigen Einkommensteuerzahlungen, die ins nationale Budget fließen. Auch innerhalb Deutschlands gibt es entsprechende Finanzströme, insbesondere den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, der zu erhöhten fiskalischen Mittelzuflüssen für Länder führt, die gegenüber anderen zurückfallen. Demgegenüber ist die implizite Versicherungswirkung durch das EU-Budget beschränkt, schon aufgrund seines im Vergleich zu den Haushalten der Mitgliedstaaten geringen Volumens von circa 1 % des Bruttoinlandsprodukts der EU. Finanzhilfen sind zwar im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) möglich. Einen Finanzausgleich, der einem bundesstaatlichen System wie dem deutschen ähnelte, gibt es in Europa aber nicht.

Die Frage nach der Notwendigkeit einer stärker integrierten Fiskalpolitik wurde bereits bei der Schaffung der Europäischen Währungsunion intensiv geführt. Sie wurde im Zuge der Finanz- und Schuldenkrise wiederbelebt. Der vormalige Ratspräsident Herman Van Rompuy forderte im Dezember 2012 eine „fiskalische

Kapazität“, die dafür sorgt, dass Länder, die sich gegenüber anderen EU-Partnerländern im Abschwung befinden, Fiskaltransfers erhalten.³ Auch der kürzlich vorgelegte Bericht der fünf europäischen Präsidenten wiederholt solche Forderungen. Das vom EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker in Kooperation mit den Präsidenten des Rates, der Eurogruppe, der Europäischen Zentralbank und des Europäischen Parlaments verfasste Papier fordert die Errichtung einer „Fiskalunion“, um makroökonomische Schocks abzufedern.⁴

2 Vorschläge zur Europäisierung der Arbeitslosenversicherung

Eine konkrete Forderung zur verstärkten Fiskalintegration ist eine „europäische Arbeitslosenversicherung“ – ein System von Finanztransfers, das an der Arbeitsmarktentwicklung der Mitgliedstaaten anknüpft. Sie wurde mehrfach aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF) heraus formuliert und von Seiten der EU-Kommission nachdrücklich vom letzten Sozialkommissar

³ Van Rompuy, H. (2012), Towards a Genuine Economic and Monetary Union, Report by President of the European Council Herman Van Rompuy, Brussels, 5. Dezember 2012. Vergleiche aber bereits Italianer und Vanheukelen (1992), Proposals for Community Stabilization Mechanisms: Some Historical Applications, The Economics of Community Public Finance, European Economy 5, 493-510.

⁴ Juncker, J.-C. (2015).

Analysen und Berichte

ZUM VORSCHLAG EINER EUROPÄISCHEN ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Lászlo Andor unterstützt.⁵ Bislang ist die Arbeitslosenversicherung in Europa national organisiert und löst keine grenzüberschreitenden Transfers aus. Nach den Reformvorschlägen würden die Versicherten wie bisher ihre Beiträge in die nationalen Systeme einzahlen, die auch weiterhin die Unterstützung an die Leistungsempfänger auszahlen. Ein Teil der Beiträge der Erwerbstätigen würde aber von den Mitgliedstaaten in einen europäischen Fonds eingezahlt. Aus dem Fonds würden im Gegenzug Beiträge zur Finanzierung der Unterstützungszahlungen an die nationalen Arbeitslosenversicherungen geleistet. Auf diese Weise könnte die Finanzierung eines Teils der Arbeitslosenversicherung europaweit erfolgen.

Da die EU in der Fläche keine eigene Verwaltung unterhält und eine Doppelung von Verwaltungseinrichtungen einen erheblichen Mehraufwand bedeuten würde, beinhalten die meisten Vorschläge reine Transfers zwischen den Budgets der Mitgliedstaaten, auch wenn der Begriff der Europäischen Arbeitslosenversicherung suggeriert, dass auf individueller Ebene Beiträge gezahlt und Leistungen empfangen werden.

3 Bedenken gegen verstärkte Transfers

In der Debatte wird auch auf die Gefahren verstärkter Transfers hingewiesen, die dazu führen können, dass sich einzelne Länder zu stark auf die Hilfen anderer Länder verlassen

und Wachstumskräfte zum Erliegen kommen.⁶ Die Vergemeinschaftung der Arbeitslosenversicherung ohne eine Vergemeinschaftung der Arbeitsmarktpolitiken, so eine Sorge, könnte zu ähnlichen Koordinationsproblemen führen wie die Einführung einer Währungsunion ohne gemeinsame Bankenaufsicht, weil die Kosten einer verfehlten nationalen Politik vergemeinschaftet würden. Neben diesen allokativen Problemen fürchten Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen auch aus Verteilungsgründen einen weiteren Schritt in eine „Transferunion“ und verweisen darauf, dass dauerhafte hohe staatliche Transferzahlungen in vielen Fällen regionale Differenzen eher zementieren.

Für die Beurteilung der verschiedenen Argumente ist es zweckmäßig, zwei Ziele von fiskalischen Transfers zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zu unterscheiden. Auf der einen Seite kann es Ziel sein, über eine Vergemeinschaftung von sozialen Sicherungssystemen Unterschiede in den Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung zu dämpfen. Im Vordergrund steht hier die makroökonomische Versicherung gegen asymmetrische konjunkturelle Entwicklungen. Auf der anderen Seite wird mitunter eine Umverteilung durch Transfers von den reichereren Ländern zu den ärmeren Ländern im Sinne einer europäischen Solidarität gefordert.⁷

Von den durch eine Umverteilung belasteten Mitgliedstaaten werden dauerhafte zusätzliche Transfers hingegen politisch abgelehnt. Um Vorbehalte zu zerstreuen, dass etwaige Transfersysteme letztlich eine Umverteilung herbeiführen, werden mitunter Mechanismen vorgeschlagen, welche Versicherungsaspekte

⁵ Vergleiche z. B. Berger, H., F. Bornhorst, E. Perez-Ruiz, J. McHugh und T. Poghosyan (2012): Fiscal Integration in the Euro Area, Euro Area Policies: Selected Issues, 19-33; Andor, L. (2014), Basic European Unemployment Insurance – The Best Way Forward in Strengthening the EMU's Resilience and Europe's Recovery, Intereconomics 49, 184-189.

⁶ Vergleiche von Hagen, J. (2012), Common Pools – Why a European Fiscal Union will Make Things Worse, Bonn Journal of Economics 1, 65-73.

⁷ Der ehemalige französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron wird mit den Worten zitiert: „Wenn man keine Transferzahlungen will, dann will man auch kein gemeinsames Europa.“ (Wirtschaftswoche, 31. August 2015, www.wiwo.de).

Analysen und Berichte

ZUM VORSCHLAG EINER EUROPÄISCHEN ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

und Umverteilungsaspekte zu trennen versuchen. So sollen sogenannte Clawback-Mechanismen dafür sorgen, dass über längere Zeiträume hinweg nationale Nettozahlungen und Nettobeiträge sich die Waage halten.⁸ Hat ein Land über einen mittelfristigen Zeitraum Nettobeiträge geleistet, hätte es danach ein Anrecht auf Kompensation durch die Nettoempfängerländer.

4 Schlussfolgerungen des Beirats

Die Stellungnahme des Beirats kommt zu einer kritischen Bewertung der Schaffung einer Fiskalunion als eines neuen Systems regelbasierter Finanztransfers innerhalb des Euroraums. Diese Einschätzung stützt sich auf verschiedene Gründe.

- Die Einführung umfangreicher grenzüberschreitender Transfers geht einher mit Änderungen der Anreizstruktur für die nationale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Verschiedene Aspekte gerade der Arbeitsmarktpolitik könnten aus nationalem Interesse heraus neu justiert werden. Beispielsweise lassen sich die Kosten eines höheren Mindestlohns im Rahmen einer europäischen Arbeitslosenversicherung partiell auf andere Länder überwälzen. Darüber hinaus verändert eine europäische Arbeitslosenversicherung auch die Gewichte der Tarifparteien in zukünftigen Arbeitskämpfen. Abweichungen von einer produktivitätsorientierten Entlohnung lassen sich leichter durchsetzen, wenn die Kosten auf Dritte überwälzt werden können.⁹ Die Reaktion nationaler

Arbeitsmarktpolitik ebenso wie die der Tarifparteien könnte damit in der Tendenz zu höherer Arbeitslosigkeit führen. Vor diesem Hintergrund erfordert die Einführung eines Transfersystems Harmonisierungsschritte in wichtigen wirtschaftspolitischen Bereichen. Gleichzeitig ist jedoch zu bedenken, dass die Arbeits- und die Sozialpolitik zu den Kernpolitikfeldern nationaler Regierungen zählen. Daher wird es auf absehbare Zeit schwierig bleiben, wirksame europäische Maßnahmen zu ergreifen, um Fehlanreizen in wichtigen Bereichen dieser Wirtschaftsfelder zu begegnen. Der Gestaltungswille der nationalen Regierungen wird es für die europäische Ebene (EU-Kommission, ECOFIN-Rat) auf absehbare Zeit schwierig oder gar unmöglich machen, durch institutionelle Regelungen Fehlanreizen in wichtigen Detailbereichen der Wirtschaftspolitik zu begegnen. Die Erfahrungen mit der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zeigen, dass hier Realismus angezeigt ist. Gleichzeitig sind gewisse Vorbehalte gegen eine europäische Harmonisierung auch begründbar. So würden in dem Fall, dass gemeinsam beschlossene Harmonisierungen der Arbeitsmarktpolitiken sich auch als falsch erweisen und die Wachstumskräfte im Euroraum lähmen, Einstimmigkeitserfordernisse eine Korrektur der Politik nachhaltig erschweren.

- Zwar gibt es Vorschläge, die darauf abzielen, die mit Fiskaltransfers verbundenen Fehlanreize für die nationale Politik abzuschwächen. So wurden Systeme vorgeschlagen, die keine dauerhaften Transfers von reichen zu armen Mitgliedstaaten implizieren, sondern Transfers nur in Zeiten auslösen, in denen sich ein Land von der durchschnittlichen Performance des Euroraums weg bewegt. Transfers würden in solch einem System z. B. an Länder fließen, deren Arbeitslosenquoten aktuell überproportional steigen. Länder,

⁸ Z. B. Andor (2014).

⁹ Vergleiche Saha, D. und R. Schöb (2015), Unemployment Insurance in Unionized Labor Markets: Neither Ghent nor Centralized, CESifo Working Paper No. 5430.

Analysen und Berichte

ZUM VORSCHLAG EINER EUROPÄISCHEN ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

deren Quoten zwar hoch sind, sich aber vom Durchschnitt nicht weg bewegen, würden nicht unterstützt. Finanztransfersysteme, die auf Veränderungen der Arbeitslosenquoten abstellen, können durchaus dazu führen, dass – gegenüber einer an der Höhe der Arbeitslosenquoten orientierten Ausgestaltung – geringere Fehlanreize in der Wirtschaftspolitik resultieren. Gleichzeitig ist jedoch zu beachten, dass mit diesem verringerten Moral-Hazard-Anreiz auch eine verringerte Versicherungsleistung für Länder mit ungünstiger wirtschaftlicher Entwicklung einhergeht. Ein Land, das in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückfällt, kann nur auf kurzfristige Zahlungen hoffen. Bedenken bestehen auch, wenn über Ausgleichsmechanismen (Clawbacks) ein heute erhaltener Transfer mit einer Verpflichtung auf Rückzahlung in der Zukunft verknüpft wird. In diesem Fall degeneriert die Hilfe für ein in Not geratenes Land zu einem impliziten Kredit, bei dem zwar unter Umständen kein Zins erhoben wird, gleichwohl aber eine Rückzahlungslast in der Zukunft entsteht. Damit steht zu befürchten, dass Maßnahmen, mit welchen den Bedenken gegenüber einer Transferunion begegnet werden sollen, einen wichtigen Vorteil einer engeren Fiskalunion zerstören.

- Bei der Einführung europäischer Stabilisierungsinstrumente kann zudem nicht davon ausgegangen werden, dass die neuen Instrumente additiv zu den nationalen Instrumenten hinzutreten. Zum Teil ist mit einer Verdrängung (Crowding-Out) nationaler Maßnahmen zu rechnen. Für eine solche Verdrängung nationaler Defizite durch internationale Transfers spricht, dass für deren Verausgabung im laufenden Haushaltsjahr entweder Nachtragshaushalte oder die Überschreitung bestehender Budgetansätze nötig

sind. Regierungen, die vielleicht ohne die grenzüberschreitenden Transfers gezwungen wären, den parlamentarischen Weg zur Ausweitung des Defizitrahmens zu beschreiten, können ihn wegen der Transfers vermeiden. Sollen die Transfers erhöhte Ausgaben induzieren, sind dafür zusätzliche geeignete Projekte zu implementieren. Die Problematik solcher diskretionärer Maßnahmen wird seit Jahrzehnten kritisch diskutiert.¹⁰

- Anstatt neue grenzüberschreitende Sicherungsinstrumente einzuführen, könnten zumindest in einigen Ländern deutliche Verbesserungen in den nationalen Systemen erzielt werden und somit Versicherungsfunktion und Subsidiarität gestärkt werden.
- Wird die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung teilweise vergemeinschaftet, obwohl die Arbeitsmarktpolitik im Wesentlichen in nationaler Hand bleibt, wird es aus Sicht der Wähler auch schwieriger, Erfolge und Misserfolge der Politik den richtigen Entscheidungsträgern zuzuordnen. Aus der Sicht der Föderalismustheorie besteht die Gefahr, dass die Mischfinanzierung von Sicherungssystemen die klare Kompetenzzuweisung zerstört und die politische Verantwortlichkeit verwischt.
- Schließlich übersieht die Diskussion um zusätzliche Stabilisierungsinstrumente im Euroraum, dass die schwierige wirtschaftliche Lage einiger Eurostaaten aus strukturellen Fehlentwicklungen resultiert, die durch finanzielle Transfers nicht gelöst werden.

¹⁰ Vergleiche z. B. Taylor, J.B. (2000), Reassessing Discretionary Fiscal Policy, Journal of Economic Perspectives 14, 21-36.

Analysen und Berichte

MINDESTLOHNSPEZIFISCHE MELDEPFLICHTEN: EINFÜHRUNG EINES ONLINE-MELDEVERFAHRENS ZUM 1. JANUAR 2017

Mindestlohnspezifische Meldepflichten: Einführung eines Online-Meldeverfahrens zum 1. Januar 2017

- Zur Kontrolle der Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen sind gesetzliche Meldepflichten für Arbeitgeber im Ausland vorgesehen, die Arbeitnehmer nach Deutschland in bestimmte Branchen entsenden. Ebenso sind Entleiher meldepflichtig, die von einem Verleiher im Ausland überlassene Leiharbeitnehmer in Deutschland einsetzen.
- Mit der Änderung der Mindestlohnmeldeverordnung schafft das BMF den nötigen Rechtsrahmen für ein neues Online-Meldeverfahren, das „Meldeportal-Mindestlohn“. Die Möglichkeit der Online-Übermittlung der Meldungen wird die bisher erforderliche Übersendung eines Papiervordrucks ablösen.
- Mit dem neuen Meldeportal-Mindestlohn (www.meldeportal-mindestlohn.de), dessen Start zum 1. Januar 2017 erfolgen wird, bietet die Zollverwaltung den Wirtschaftsbeteiligten ein zeitgemäßes und sicheres Instrument zur Abgabe der erforderlichen Meldungen an.

1	Einleitung	18
2	Die Meldepflicht	19
2.1	Hintergrund und Zweck der Meldepflicht	19
2.2	Ausgestaltung der Meldepflicht	19
2.3	Abwandlung der Meldepflicht	20
2.4	Befreiung von der Meldepflicht	21
3	Das bisherige Meldeverfahren	21
4	Änderung der Mindestlohnmeldeverordnung	21
5	Das neue Online-Meldeverfahren	22
6	Fazit	23

1 Einleitung

Das Mindestlohngesetz (MiLoG), das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) und das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) sehen eine Meldepflicht für Arbeitgeber im Ausland vor, die Arbeitnehmer nach Deutschland in bestimmte Branchen entsenden. Ebenso sind Entleiher meldepflichtig, die von einem Verleiher im Ausland überlassene Leiharbeitnehmer in Deutschland einsetzen.

Die Meldung muss bislang schriftlich unter Verwendung der bereitgestellten Formulare gegenüber der Zollverwaltung abgegeben

werden. Der Gesetzgeber hat zur Arbeitserleichterung für alle Beteiligten die Möglichkeit vorgesehen, dass die vorgeschriebenen Meldungen auch auf elektronischem Weg übermittelt werden können. Gegenwärtig basiert das schriftliche Meldeverfahren überwiegend auf einem teilautomatisierten IT-Verfahren, bei dem die Meldungen auf einem Fax-Server eingehen und von diesem weitergeleitet werden.

Mit der Öffnung des AEntG für weitere Branchen sowie der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und einer entsprechenden Ausgestaltung gleichlautender Meldepflichten für weitere Branchen ist das Meldeaufkommen

Analysen und Berichte

MINDESTLOHNSPEZIFISCHE MELDEPFLICHTEN: EINFÜHRUNG EINES ONLINE-MELDEVERFAHRENS ZUM 1. JANUAR 2017

stetig gewachsen. Um ein modernes und effizientes Meldeverfahren beziehungsweise E-Government zu gewährleisten, hat die Zollverwaltung ein webbasiertes Meldeportal entwickelt, mit dem die Meldungen ab dem 1. Januar 2017 nunmehr online abgegeben werden können.

2 Die Meldepflicht

2.1 Hintergrund und Zweck der Meldepflicht

Mit der Meldung nach § 16 MiLoG, § 18 AEntG und § 17b AÜG hat der Gesetzgeber eine geeignete Grundlage geschaffen, um die Einhaltung der zwingenden Arbeitsbedingungen zu überprüfen. Die Meldepflicht begegnet den besonderen Schwierigkeiten bei der Prüfung durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung, da sich entsandte Arbeitnehmer oftmals nur kurz in Deutschland aufhalten und gewerbe- und handwerksrechtliche Meldepflichten für Arbeitgeber mit Sitz im Ausland, die in Deutschland keinen Betriebssitz haben und hier lediglich vorübergehend tätig sind, nur eingeschränkt bestehen.

Die Meldung hat den Zweck, die Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen beim grenzüberschreitenden Einsatz von Arbeitnehmern in Deutschland prüfbar zu machen und die Kontrolle durch die Zollverwaltung zu erleichtern. Die Zollverwaltung erhält durch die Meldungen rechtzeitig Kenntnis von auf deutschem Hoheitsgebiet ausgeführten Werk- und Dienstleistungen. Ein weiterer Zweck der Meldung ist es, von ausländischen Arbeitgebern und Verleiichern als Arbeitgeber von Leiharbeitnehmern eine Versicherung darüber zu erhalten, dass sie die deutschen Mindestarbeitsbedingungen nach Maßgabe des MiLoG, AEntG beziehungsweise des AÜG (Lohnuntergrenze gemäß § 10 Absatz 5 AÜG) einhalten.

2.2 Ausgestaltung der Meldepflicht

Nach MiLoG und AEntG ist ein Arbeitgeber mit Sitz im Ausland verpflichtet, seine nach Deutschland entsandten Arbeitnehmer bei der Generalzolldirektion anzumelden, wenn diese in einem Wirtschaftsbereich oder -zweig des § 2a Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) oder in einer Branche des § 4 AEntG beschäftigt werden.

Die folgenden Branchen sind konkret betroffen (Stand Dezember 2016):

- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Auf- und Abbau von Messen und Ausstellungen,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und III,
- Bauhaupt- und Baunebengewerbe,
- Elektrohandwerk,
- Fleischwirtschaft,
- Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe,
- Gebäudereinigungsgewerbe,
- Land- und Forstwirtschaft sowie Gartenbau,
- Personenbeförderungsgewerbe,
- Pflegebranche,
- Schaustellergewerbe,
- Speditions-, Transport- und damit verbundenes Logistikgewerbe,
- Textil- und Bekleidungsindustrie sowie
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft.

Analysen und Berichte

MINDESTLOHNSPEZIFISCHE MELDEPFLICHTEN: EINFÜHRUNG EINES ONLINE-MELDEVERFAHRENS ZUM 1. JANUAR 2017

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, vor Beginn der Werk- und Dienstleistung eine Anmeldung bei der Generalzolldirektion mit den im Gesetz genannten für die Prüfung der Mindestarbeitsbedingungen wesentlichen Angaben abzugeben. Der Arbeitgeber ist zudem verpflichtet, der Anmeldung eine Versicherung über die Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen beizufügen. Für bestimmte Bereiche sieht die Mindestlohnmeldeverordnung (MiLoMeldV) eine abgewandelte Form der Anmeldung vor (siehe Abschnitt 2.3).

Von der Meldepflicht ist außerdem die Zeitarbeitsbranche erfasst. Die Meldepflicht gilt für Entleiher, die Arbeitnehmer von einem Verleiher mit Sitz im Ausland entleihen, sofern diese Arbeitnehmer in Deutschland beschäftigt werden. Entleiher sind ebenso verpflichtet, der Anmeldung eine Versicherung des Verleiher darüber beizufügen, dass dieser die Mindestarbeitsbedingungen nach Maßgabe des MiLoG, AEntG beziehungsweise die Lohnuntergrenze nach dem AÜG einhält.

Sofern sich Änderungen zu der Ursprungsmeldung ergeben, ist grundsätzlich auch die Abgabe einer Änderungsmeldung verpflichtend. Ausnahmen von der Pflicht, eine solche Änderungsmeldung abzugeben, sind in der MiLoMeldV geregelt, die für Sachverhalte des MiLoG, des AEntG sowie des AÜG gleichermaßen Anwendung findet (siehe Abschnitt 2.3).

Bei Zu widerhandlung gegen die Meldepflicht kann eine Geldbuße von bis zu 30 000 € erhoben werden. Arbeitgeber, die wegen eines Verstoßes gegen die Meldepflicht mit einer Geldbuße in Höhe von 2 500 € oder mehr belegt worden sind, können von der Teilnahme am Wettbewerb um öffentliche Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsaufträge ausgeschlossen werden.

2.3 Abwandlung der Meldepflicht

Mit der MiLoMeldV wurde bestimmt, unter welchen Voraussetzungen ausländische

Arbeitgeber und Entleiher anstelle einer Meldung eine Einsatzplanung vorlegen müssen. Die Meldepflichten wurden aufgrund branchenspezifischer Besonderheiten angepasst, ohne die Durchführung effektiver Mindestlohnkontrollen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung zu gefährden.

Abweichend von der regulären Meldepflicht ist aufgrund der MiLoMeldV durch Arbeitgeber mit Sitz im Ausland und Entleiher nur eine Einsatzplanung abzugeben, wenn eine der folgenden Bedingungen für die Arbeitnehmer erfüllt ist:

1. Arbeitnehmer, die an einem Beschäftigungsstandort in Schichtarbeit tätig sind oder an diesem Ort zumindest teilweise vor 6 Uhr oder nach 22 Uhr arbeiten.
2. Arbeitnehmer, die am selben Tag an mehreren Beschäftigungsorten tätig sind.
3. Arbeitnehmer, die in ausschließlich mobiler Tätigkeit beschäftigt werden.

Statt einer Einzelmeldung reicht bei wechselnden Einsatzorten und bei Schichtarbeit die Übermittlung einer Einsatzplanung für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten aus. Änderungen der Einsatzplanung bei wechselnden Einsatzorten und bei Schichtarbeit sind erst zu melden, wenn sich der Einsatz um mindestens acht Stunden verschiebt.

Bei ausschließlich mobilen Tätigkeiten kann die Einsatzplanung je nach Auftragssicherheit einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten umfassen. Änderungsmeldungen sind nicht erforderlich. Um die Prüfung der einzuhaltenden Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, ist im Falle des Bereithaltens der Unterlagen im Ausland eine Versicherung beizufügen, dass die Unterlagen nach Aufforderung der Zollverwaltung in deutscher Sprache im Inland zur Verfügung gestellt werden.

Analysen und Berichte

MINDESTLOHNSPEZIFISCHE MELDEPFLICHTEN: EINFÜHRUNG EINES ONLINE-MELDEVERFAHRENS ZUM 1. JANUAR 2017

2.4 Befreiung von der Meldepflicht

Für Arbeitnehmer, die ein verstetigtes Arbeitsentgelt von mehr als 2 958 € brutto monatlich beziehen oder deren verstetigtes regelmäßiges Monatsentgelt brutto 2 000 € überschreitet und denen der Arbeitgeber dieses Monatsentgelt für die vergangenen vollen zwölf Monate (Zeiten ohne Anspruch auf Arbeitsentgelt bleiben unberücksichtigt) nachweislich gezahlt hat, sind Meldungen nach dem MiLoG entbehrlich (vergleiche Mindestlohdokumentationspflichtenverordnung).

Ebenfalls entbehrlich sind Meldungen nach dem MiLoG und dem AEntG für im Betrieb des Arbeitgebers im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses arbeitende Ehegatten, eingetragene Lebenspartner, Kinder und Eltern des Arbeitgebers. Ist der Arbeitgeber eine juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, so kommt es auf das Bestehen einer entsprechenden verwandtschaftlichen Beziehung zu dem vertretungsberechtigten Organ der juristischen Person oder einem Mitglied eines solchen Organs oder einem vertretungsberechtigten Gesellschaftern der rechtsfähigen Personengesellschaft an. Diejenigen Unterlagen, aus denen sich die Voraussetzungen für die Befreiung von der Meldepflicht ergeben, sind in Deutschland in deutscher Sprache bereitzuhalten.

3 Das bisherige Meldeverfahren

Bislang sieht das Verfahren vor, dass der Arbeitgeber mit Sitz im Ausland den von der Zollverwaltung hierfür vorgesehenen Vordruck verwendet. Das trifft auch auf Entleiher zu, die von einem Verleiher mit Sitz im Ausland überlassene Leiharbeitnehmer tätig werden lassen.

Durch die Verwendung von Formularen soll die Verarbeitung der Meldungen erleichtert werden. Den Arbeitgebern wird damit die

Möglichkeit eingeräumt, die geforderten Angaben vollständig und in gleichbleibender Form zu übermitteln.

Die Meldungen erfolgen gegenüber der Generalzolldirektion als der zuständigen Behörde. Dort gehen die Meldungen überwiegend per Fax ein, zu einem geringeren Anteil auch per Post. Die Meldungen laufen direkt auf einem Fax-Server ein, Briefe werden nachträglich mit einem Faxgerät an diesen gesandt. Über den Fax-Server erfolgt eine automatisierte Weiterleitung an die zuständigen Hauptzollämter, die zu informierenden örtlichen Landesfinanzbehörden und an die Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft, die eine gemeinsame Einrichtung der Tarifvertragsparteien ist.

Das faxserverbasierte System entspricht nicht mehr dem Stand der Technik und ist im Vergleich zu Online-Verfahren mit erhöhtem Aufwand für die genannten Meldepflichtigen verbunden. Das System ist überaltet, störungsanfällig und kostenintensiv. Zudem ist die Zahl der Meldungen stetig gewachsen, sodass für eine zügige Weiterleitung und Bearbeitung ein leistungsstärkeres System erforderlich ist.

4 Änderung der Mindestlohdokumentationspflichtenverordnung

Das BMF kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates bestimmen, dass eine Anmeldung, eine Änderungsmeldung und die Versicherung elektronisch übermittelt werden können und auf welche Weise die elektronische Übermittlung erfolgt. Außerdem kann das BMF auf dieser Rechtsgrundlage die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die elektronische Übermittlung festlegen.

Analysen und Berichte

MINDESTLOHNSPEZIFISCHE MELDEPFLICHTEN: EINFÜHRUNG EINES ONLINE-MELDEVERFAHRENS ZUM 1. JANUAR 2017

Die Meldepflichten nach dem MiLoG, AEntG und AÜG werden gemeinsam in der MiLoMeldV geregelt. Die einheitliche Verordnung ist erforderlich, da die Meldepflichten für Arbeitgeber mit Sitz im Ausland und für Entleiher im MiLoG, im AEntG und im AÜG identisch sind. Abweichende Regelungen in den einzelnen Verpflichtungsgesetzen würden für Arbeitgeber mit Sitz im Ausland und für Entleiher unübersichtliche Meldeverpflichtungen bedeuten.

Zur Arbeitserleichterung für die Meldepflichtigen und für die Zollverwaltung soll das bisherige faxserverbasierte Vordruckverfahren durch ein elektronisches Meldeverfahren abgelöst werden. Um den rechtlichen Rahmen dafür zu schaffen, war eine Änderung der MiLoMeldV erforderlich.

Mit der Verordnung zur Änderung der MiLoMeldV (BGBl I, S. 2494), die am 1. Januar 2017 in Kraft tritt, sollen die Meldepflichtigen ihre Meldungen künftig elektronisch über das von den Behörden der Zollverwaltung bereitgestellte Internetportal übermitteln. Der Inhalt der Meldepflicht wird dadurch nicht verändert. Auch wird durch die Verordnung keine neue Informationspflicht für die Wirtschaft geschaffen.

Die Verordnung bestimmt zum einen die Art der elektronischen Übermittlung. Arbeitgeber mit Sitz im Ausland sowie Entleiher sollen die Meldungen online abgeben. Zum anderen regelt die Verordnung aber auch die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine elektronische Übermittlung. Sie wird damit den Anforderungen an die Datensicherheit gerecht. Für die Übertragung der Meldungen ist ein Internetportal vorgesehen, das die Sicherheit der übermittelten Daten gewährleistet. Die systemseitige eindeutige Kennzeichnung der Meldungen und – bei Nutzung allgemein zugänglicher Netze – der Einsatz einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung wird zwingend vorgegeben. Dadurch werden die Vertraulichkeit und Integrität der Daten bei der Übermittlung durch den Meldepflichtigen gewährleistet.

Arbeitgebern und Entleihern wird für die Umstellung auf das elektronische Meldeverfahren eine sechsmonatige Übergangsfrist bis zum Ablauf des 30. Juni 2017 gewährt. Bis zum Ende der Übergangsfrist ist es Arbeitgebern und Entleihern gestattet, die bisherigen Vordrucke für die Meldung weiterzuverwenden und diese gegenüber der Zollverwaltung abzugeben. Durch den vorübergehenden Parallelbetrieb des alten und des neuen Systems können mitunter auftretende Anwendungsfragen der Nutzer ohne Beeinträchtigung des Meldeablaufs geklärt und die Umstellung auf das elektronische Meldeverfahren, insbesondere bei den betroffenen ausländischen Arbeitgebern, weiter bekannt gemacht werden. Mit Ablauf der Übergangsfrist wird der bisher für die Abgabe der Meldung vorgesehene Vordruck von der Zollverwaltung nicht weiter gepflegt und zur Verfügung gestellt. Der Betrieb des Fax-Servers wird eingestellt.

5 Das neue Online-Meldeverfahren

Ab dem 1. Januar 2017 sollen Arbeitgeber mit Sitz im Ausland ihre nach Deutschland entsandten Arbeitnehmer über das Meldeportal-Mindestlohn online anmelden. Gleches gilt für Entleiher, die von einem Verleiher mit Sitz im Ausland überlassene Arbeitnehmer tätig werden lassen.

Ziel ist es, das Meldeverfahren zu modernisieren und effizienter zu gestalten. Damit wird auf der einen Seite die Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns maßgeblich erleichtert und auf der anderen Seite der Zugang zu dem Verfahren für Arbeitgeber mit Sitz im Ausland sowie für Entleiher vereinfacht. Zudem werden die Unternehmen und die Behörden der Zollverwaltung durch das Online-Verfahren von überflüssiger Bürokratie entlastet. Das neue Online-Meldeverfahren wird durch eine formulargestützte Eingabe und elektronische Bereitstellung der Daten vereinfacht. Die elektronische Form ermöglicht zudem eine

Analysen und Berichte

MINDESTLOHNSPEZIFISCHE MELDEPFLICHTEN: EINFÜHRUNG EINES ONLINE-MELDEVERFAHRENS ZUM 1. JANUAR 2017

automatische Verarbeitung und Weiterleitung der Meldung durch die Zollverwaltung und lässt manuelle Erfassungstätigkeiten entfallen. Mit der Bereitstellung des Online-Meldewegs kommt das BMF einer wesentlichen Forderung der Wirtschaft nach einem modernen und effizienten Meldeverfahren nach.

Das Meldeportal „Mindestlohn“ kann ab dem 1. Januar 2017 direkt über www.meldeportal-mindestlohn.de oder über die Verlinkung auf www.zoll.de in der Rubrik „Dienste und Datenbanken“ aufgerufen werden.

Die Online-Formulare sind intuitiv bedienbar und wurden unter Verwendung der bekannten Layout-Vorgaben für die Internetseite der Zollverwaltung (www.zoll.de) gestaltet. Dem Nutzer des Meldeportals werden für die Online-Nutzeroberfläche als auch für die Online-Formulare die Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch angeboten.

Um eine Meldung abgeben zu können, ist es notwendig, ein Benutzerkonto mit einem persönlichen Passwort anzulegen. Dies schützt vor einem unzulässigen Zugriff. Im Meldeportal stehen dem Arbeitgeber beziehungsweise Entleiher die folgenden Formulare – entsprechend den bisherigen Vorlagen – zur Verfügung:

- Anmeldung Arbeitgeber,
- Einsatzplanung Arbeitgeber (stationär),
- Einsatzplanung Arbeitgeber (mobil),
- Anmeldung Entleiher,

- Einsatzplanung Entleiher (stationär),
- Einsatzplanung Entleiher (mobil).

Aufgrund einer komfortablen Menüführung können die Formulare schnell und unkompliziert ausgefüllt werden. Das Ausfüllen der Formulare kann jederzeit unterbrochen und zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden. Anschließend kann der Nutzer seine gesendeten Meldungen wieder aufrufen und filtern. Außerdem wird es möglich sein, Meldungen im Benutzerkonto zu speichern und als Vorlage für weitere Meldungen zu verwenden. Für den Fall einer Arbeitnehmerüberlassung werden Formulare für die Versicherung des Verleiher bereitgestellt. Der Verleiher kann das Formular herunterladen, auch ohne ein eigenes Benutzerkonto zu besitzen.

6 Fazit

Die neue Online-Meldung stellt ab dem 1. Januar 2017 für den Meldepflichtigen eine erhebliche Arbeitserleichterung dar. Durch ein nutzerfreundliches Internetportal wird die einfache Erfassung der Meldungen gewährleistet. Die Meldungen können wesentlich schneller und komfortabler abgegeben werden und es fallen keine Porto- oder Faxgebühren mehr wie für die bisherigen schriftlichen Meldungen an.

Damit bietet die Zollverwaltung den Wirtschaftsbeteiligten künftig ein zeitgemäßes und sicheres Instrument zur Abgabe der Meldungen an.

Analysen und Berichte

BUNDESANSTALT FÜR IMMOBILIENAUFGABEN LEISTET EINEN BEDEUTENDEN BEITRAG ZUR UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben leistet einen bedeutenden Beitrag zur Unterbringung von Flüchtlingen

- Länder, Landkreise und Gemeinden erfahren wichtige Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden durch die mietzinsfreie Überlassung von Bundesliegenschaften.
- Des Weiteren werden notwendige und angemessene Erstinstandsetzungs- und Erschließungskosten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erstattet.
- Konversionsgrundstücke, also ehemals militärisch genutzte Anlagen, werden verbilligt an Gebietskörperschaften abgegeben.

1	Zuwanderung und Unterbringungsnot 2015	24
1.1	Mietzinsfreie Überlassung von Liegenschaften.....	25
1.2	Entwicklung der Unterbringungszahlen auf Bundesliegenschaften.....	25
2	Erstattung von Herrichtungskosten	26
3	Verbilligte Abgabe von Konversionsflächen.....	26
4	Aktuelle Lage bei Unterbringungsmaßnahmen auf Bundesliegenschaften	27
5	Fazit und Ausblick	28

1 Zuwanderung und Unterbringungsnot 2015

Nachdem die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Deutschland laut Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Jahr 2014 mit rund 203 000 Personen gegenüber dem Vorjahr 2013 bereits um 60 % angestiegen war, hatte sich die Anzahl im Jahr 2015 mit rund 890 000 schutzsuchenden Menschen nochmals mehr als vervierfacht.

Die nach dem Asylgesetz für die Aufnahme originär zuständigen Gebietskörperschaften (Länder, Landkreise und Gemeinden als Bedarfsträger) konnten im Herbst 2015 aufgrund von knappen Unterbringungsressourcen die Anforderungen nicht mehr erfüllen. Somit waren alle gesellschaftlichen Kräfte aufgefordert, bei der Schaffung von adäquaten Unterbringungsplätzen für Schutzsuchende zusammenzuarbeiten.

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt) als öffentlicher Immobilien-eigentümer reagierte unverzüglich und unterstützte die Gebietskörperschaften als Bedarfsträger – seit Mitte 2014 mit höchster Priorität – bei der Suche nach geeigneten Objekten aus ihrem Portfolio zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen.

Die Bundesanstalt ging aktiv auf die einzelnen Bedarfsträger zu und bot ihnen grundsätzlich alle zur Verfügung stehenden und nicht für Bundeszwecke benötigten Bundesliegenschaften an. Dies geschieht bis heute.

Bei den in Betracht kommenden Liegenschaften handelt es sich hauptsächlich um ehemalige Kasernengebäude, oftmals Mannschaftsunterkünfte und vormals von den Gaststreitkräften genutzte Wohneinheiten (Konversionswohnungen) in Form von Wohnblocks oder Teilbereichen ganzer Konversionswohnsiedlungen. Hierdurch konnte zumeist sehr rasch eine größere

Analysen und Berichte

BUNDESANSTALT FÜR IMMOBILIENAUFGABEN LEISTET EINEN BEDEUTENDEN BEITRAG ZUR UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Anzahl von Unterbringungsplätzen realisiert werden. Es wurden jedoch auch – überwiegend auf Ebene der Landkreise und Gemeinden – Nutzungsverträge über einzelne Wohnungen, Verwaltungsgebäude oder sonstige Gebäude bis hin zu Freiflächen geschlossen. Auf Freiflächen konnten Wohnzelte oder Wohncontainer errichtet werden.

1.1 Mietzinsfreie Überlassung von Liegenschaften

Der Deutsche Bundestag hatte mit dem Haushaltsgesetz 2015 beschlossen, dass „Grundstücke den Ländern und Gemeinden, soweit und solange diese der Unterbringung von Asylbegehrenden (Erst- und Anschlussunterbringung) und Flüchtlingen dienen, mietzinsfrei überlassen werden können. Die Überlassung erfolgt in dem jeweiligen aktuellen Bauzustand ohne Übernahme von Herrichtungs- oder Unterhaltungskosten“.

Die Bundesanstalt setzt die Ermächtigung zur mietzinsfreien Überlassung für diese Zwecke seit dem 1. Januar 2015 um.

Mit Ausbringung des Haushaltsvermerks zur mietzinsfreien Überlassung wurde auf

Einnahmen verzichtet. Die kumulierten Mietwerte für die mietzinsfreien Überlassungen zur Flüchtlings- und Asylbewerberunterbringung lagen im Jahr 2015 bei rund 34 Mio. €.

1.2 Entwicklung der Unterbringungszahlen auf Bundesliegenschaften

Allein im Zeitraum August bis Oktober des Jahres 2015, auf dem Höhepunkt der Zuwanderung, konnten auf Bundesliegenschaften rund 77 400 Unterbringungsplätze realisiert werden. Die Gesamtentwicklung der Unterbringungszahlen auf Bundesliegenschaften im Verlauf des Jahres 2015 ist in Tabelle 1 dargestellt.

Im Verlauf des Jahres 2015 wurden somit insgesamt zusätzlich zu den schon aus dem Jahr 2014 vorhandenen weitere 116 120 Unterbringungsplätze geschaffen. Bezogen auf die von Januar bis Dezember 2015 insgesamt registrierten Flüchtlinge und Asylsuchenden (etwa 890 000 Personen) konnten auf Bundesliegenschaften daher rund 13 % eingereiste schutzsuchende Menschen untergebracht werden.

Tabelle 1: Entwicklung der Unterbringungszahlen auf Bundesliegenschaften im Jahr 2015

Monat	Anzahl überlassene Liegenschaften bzw. Teilbereiche daraus	Unterbringungsanzahl von Asylbegehrenden und Flüchtlingen (nach Auskunft der Bedarfsträger)
Endstand 31. Dezember 2014	89	22 000
Januar 2015	22	22 869
Februar 2015	93	24 074
März 2015	108	27 809
April 2015	129	30 341
Mai 2015	136	30 494
Juni 2015	149	30 322
Juli 2015	173	34 693
August 2015	196	40 970
September 2015	228	63 731
Oktober 2015	275	112 095
November 2015	302	126 147
Dezember 2015	365	138 120

Analysen und Berichte

BUNDESANSTALT FÜR IMMOBILIENAUFGABEN LEISTET EINEN BEDEUTENDEN BEITRAG ZUR UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

2 Erstattung von Herrichtungskosten

Im Laufe des Jahres 2015 zeichnete sich ab, dass die Bundesanstalt zwar eine erhebliche Anzahl von leerstehenden Liegenschaften zur Verfügung stellen konnte, der Bauzustand beziehungsweise der Zuschnitt und die allgemeine Beschaffenheit dieser Liegenschaften jedoch oftmals für die Unterbringung unzureichend waren. Es stellte sich heraus, dass diese Liegenschaften vielfach mit hohem Kostenaufwand für den Zweck „Unterbringung von Personen“ hergerichtet werden mussten. Wegen der Kostenbelastung für die Bedarfsträger kam es vielfach zu Ablehnungen der von der Bundesanstalt angebotenen Objekte, obwohl die Liegenschaften an sich nicht ungeeignet und die Unterbringung höchst dringlich waren.

Vor diesem Hintergrund beschloss der Bundeshaushaltsgesetzgeber im Rahmen des zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2015 (Inkrafttreten zum 1. Januar 2015¹), dass die Bundesanstalt den Gebietskörperschaften gegen Nachweis nunmehr auch die notwendigen und angemessenen Erstinstandsetzungs- und Erschließungskosten (Herrichtungskosten) erstatten kann.

Nach Festlegung der Gewährungsvoraussetzungen konnte das Verfahren zur „Erstattung der Herrichtungskosten“ bereits zum 16. Dezember 2015 gestartet werden. Alle Bedarfsträger, die bereits Nutzungsverträge mit der Bundesanstalt geschlossen hatten, wurden über die inhaltliche Neufassung des Haushaltsvermerks sowie über die Erstattungsregelungen für Herrichtungsmaßnahmen informiert. Bei anstehenden Neuüberlassungen wurde sofort entsprechend verfahren.

Informationen für die Bedarfsträger zum Ablauf des Verfahrens sowie die benötigten Antragsformulare stellte die Bundesanstalt auch im Internet zur Verfügung.²

Seit Verfahrensbeginn bis zum 16. November 2016 liegen der Bundesanstalt bundesweit 284 Erstattungsanträge zu durchgeführten Herrichtungsmaßnahmen sowie 135 Mitteilungen zu bevorstehenden Herrichtungsmaßnahmen seitens der Bedarfsträger vor.

An bevorstehenden Herrichtungsmaßnahmen wurden der Bundesanstalt bisher 101 Fälle mit einem geschätzten Erstattungsvolumen von rund 141,3 Mio. € angezeigt. In weiteren 34 Fällen (geschätztes Erstattungsvolumen von rund 22,1 Mio. €) ist eine Erstattungsvereinbarung geschlossen worden.

Von den bislang 284 eingegangenen Anträgen auf Erstattung von abgeschlossenen Herrichtungsmaßnahmen ist in 160 Fällen die Auszahlung von insgesamt rund 12,7 Mio. € an die Bedarfsträger erfolgt; weitere Auszahlungen erfolgen in Kürze.

3 Verbilligte Abgabe von Konversionsflächen

Daneben wurde ebenfalls im Rahmen des Haushaltsgesetzes 2015 die haushaltsrechtliche Ermächtigung einer verbilligten Abgabe von Konversionsgrundstücken für Zwecke der Unterbringung von Asylbegehrenden und Flüchtlingen geschaffen. Danach ist beim Verkauf von Konversionsliegenschaften eine Verbilligung von bis zu 500 000 € (gedeckelt auf 80 % des Kaufpreises) möglich, wenn diese für einen angemessenen Zeitraum, mindestens aber für 10 Jahre, zur Unterbringung von Asylbegehrenden und Flüchtlingen genutzt werden.

¹ Bundesgesetzblatt (BGBl.) Teil I. Nr. 54, verkündet am 25. November 2015.

² <https://herrichtungskosten.bundesimmobilien.de>

Analysen und Berichte

BUNDESANSTALT FÜR IMMOBILIENAUFGABEN LEISTET EINEN BEDEUTENDEN BEITRAG ZUR UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Der Eigentumserwerb von Konversionsliegenschaften zur Schaffung von zusätzlichen Unterbringungsplätzen erfolgte bisher nur in Einzelfällen. In den Haushaltsjahren 2015 und 2016 (Stand: Oktober 2016) konnten bisher insgesamt vier Verkaufsfälle verzeichnet werden, bei denen eine entsprechende Verbilligung gewährt wurde. In der Regel bevorzugen die Bedarfsträger die Möglichkeit zur mietzinsfreien Nutzung (Erst- und Anschlussunterbringung), zumal diese Option für alle zur Verfügung stehenden Liegenschaften der Bundesanstalt – nicht nur für Konversionsliegenschaften – offen steht.

4 Aktuelle Lage bei Unterbringungsmaßnahmen auf Bundesliegenschaften

Aus der bisherigen Jahresbetrachtung 2016 ergibt sich, dass der Bedarf insbesondere für neue Erstaufnahmeeinrichtungen beziehungsweise für größere Objekte mit Unterbringungskapazitäten für mehr als 150 Personen und damit auch die Nachfrage nach zur Verfügung

stehenden zusätzlichen Großliegenschaften der Bundesanstalt annähernd zum Stillstand gekommen ist.

Einzelne Bundesländer beginnen Erstaufnahmeeinrichtungen aufzulösen und in diesem Zusammenhang auch Liegenschaften der Bundesanstalt (vorzeitig) zurückzugeben, so beispielsweise in den Ländern Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Abhängig von der Verwertungsperspektive ist die Bundesanstalt bereit, solche Liegenschaften – auch bei längerer Festlaufzeit der Verträge – mit einer für beide Seiten angemessenen Rückgabefrist kurzfristig zurückzunehmen.

Die Nachfrage der Landkreise und Gemeinden nach zusätzlichen kleineren Objekten, vor allem Wohnungen, wird dagegen – abhängig von den lokalen Gegebenheiten und Zuweisungen nach Schlüsselzahlen – als weitgehend unverändert wahrgenommen.

In Tabelle 2 ist der Gesamtverfahrensstand als Vergleichsbetrachtung zwischen dem Stand am 1. Januar 2015 und dem gegenwärtigen Stand (Stichtag: 16. November 2016) abgebildet.

Tabelle 2: Aktivitäten der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben im Rahmen der liegenschaftsbezogenen Unterstützung der Länder, Landkreise und Gemeinden (Bedarfsträger) bei der Unterbringung von Asylbegehrenden und Flüchtlingen

Verfahrensstand	Stichtag: 01. Januar 2015	Stichtag: 16. November 2016	Bemerkung
Anzahl geschaffene Unterbringungsplätze	22 000	166 008	Die Angabe stammt von den Ländern/Kommunen. In der Zahl 166 008 sind 28 398 Unterkunftsplätze durch Mitbenutzung bei der Bundeswehr enthalten.
Vertrag geschlossen bzw. steht unmittelbar vor dem Abschluss	76	493	In der Zahl 493 sind 23 Kaufverträge enthalten sowie 37 Mitbenutzungsverträge zwischen Bundeswehr und Bedarfsträger.
Ablehnung durch Bedarfsträger	50	476	Ablehnungsgründe sind schlechter baulicher Zustand, unpassender Zuschnitt oder fehlender lokaler Bedarf.
Keine Nutzung möglich	20	77	Nutzung ist nicht möglich wegen Bundesbedarf oder endverhandelten Kaufverträgen.
Noch im Prüfverfahren (seitens der Bedarfsträger)	98	92	
Beendete Verträge/Rückgaben	0	35	Ursprünglich geschlossene Unterbringungsverträge, die auf Wunsch der Bedarfsträger nicht verlängert worden sind. Auf diese beendeten Verträge entfiel während der Laufzeit eine Unterbringungskapazität von insgesamt rund 13 200 Unterbringungsplätzen.
Summe der insgesamt in das Verfahren eingebrachten Liegenschaften der Bundesanstalt	244	1 173	

Analysen und Berichte

BUNDESANSTALT FÜR IMMOBILIENAUFGABEN LEISTET EINEN BEDEUTENDEN BEITRAG ZUR UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Dargestellt sind nicht nur die erfolgten Vertragsabschlüsse mit den Bedarfsträgern, sondern auch die Entwicklung zu allen angefragten beziehungsweise angebotenen Liegenschaften oder Teilbereichen.

Die kumulierten Mietwerte aus den mietzinsfreien Überlassungen von Bundesliegenschaften für Zwecke der Flüchtlings- und Asylbewerberunterbringung liegen im Jahr 2016 (gerechnet bis Ende Oktober 2016) bei bisher rund 108 Mio. €.

Die liegenschaftsbezogene Unterstützung der Bedarfsträger durch mietzinsfreie Überlassung von Bundesliegenschaften wird seitens der Bundesanstalt selbstverständlich weiterhin fortgesetzt.

Mit Blick auf die derzeitig rückläufige Entwicklung macht die Bundesanstalt Neuüberlassungen bis auf Weiteres davon abhängig, dass der jeweilige Bedarfsträger eine plausible Darstellung oder fundierte Prognose zur Bedarfslage vorweisen und eine hinreichen-de Auslastung einer für Zwecke der Unterbringung von Asylbegehrenden und Flüchtlingen angefragten Bundesliegenschaft für einen angemessenen Zeitraum in Aussicht stellen kann.

In diesem Kontext wird die Bundesanstalt – unter Einbindung der Bedarfsträger – ab Januar 2017 die tatsächlichen Belegungsquoten aller überlassenen Liegenschaften ermitteln und damit einhergehend auch die Einhaltung der vertraglich festgelegten Zweckbestim-mung überprüfen.

Bei überlassenen Liegenschaften wird angesichts der nach wie vor ungewissen Entwick-lung der Zuwanderung eine vorübergehende Teilverholtung von Reservekapazitäten durch die Bedarfsträger (im Leerstandsmodus) vorläufig akzeptiert. Die Voraussetzungen für

weitere Überlassungen sind im Einzelfall zu überprüfen.

Im Rahmen des Verfahrens „Erstattung von Herrichtungskosten“ bedingen die derzeit verminderten Zuwanderungszahlen, dass die Bedarfsträger – bei bevorstehenden Her-richtungsmaßnahmen – aktuell darzulegen haben, dass die Unterbringungskapazitäten benötigt und für einen angemessenen Zeitraum auch tatsächlich genutzt werden. Die Bundesanstalt versucht damit zu vermeiden, dass Bundesmittel nicht gemäß der Zweck-bestimmung verausgabt werden.

5 Fazit und Ausblick

In Kombination mit der durch den Bundeshaushaltsgesetzgeber geschaffenen Ermächtigung zur mietzinsfreien Überlassung sowie zur Erstattung von notwendigen und ange-messenen Herrichtungskosten hat die Bundes-anstalt wesentlich dazu beigetragen, dass der insbesondere im Jahr 2015 aufgetretene immense Unterbringungsdruck für die Gebietskörperschaften, die nach Asylgesetz zur Aufnahme von schutzsuchenden Menschen verpflichtet sind, spürbar abgemildert werden konnte. Mit Blick auf die nachlassende Intensität bei den Zuwanderungszahlen ist es erforderlich geworden, fortgesetzte und zusätzliche Bedarfe an Bundesliegenschaften sowie geplante Herrichtungsmaßnahmen zur Schaffung von Unterbringungskapazitäten auf Bundesliegenschaften einer neuen Beurteilung zu unterziehen. Dabei bleibt es eine Herausforderung, auf der einen Seite die Einhaltung der vom Haushaltsgesetzgeber vorgegebenen Zweckbestimmung sicherzustellen und auf der anderen Seite den Belangen der Gebietskörperschaften im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden gerecht zu werden.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das Wirtschaftswachstum in Deutschland zeigte sich im 3. Quartal trotz des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds robust, insbesondere dank positiver Impulse von Seiten der privaten und staatlichen Konsumausgaben. Für das Schlussquartal signalisieren die Indikatoren eine leichte Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität.
- Der Arbeitsmarkt entwickelte sich weiter positiv, wobei der Aufbau der Beschäftigung auf dem erreichten hohen Niveau naturgemäß an Dynamik verlor. Die ArbeitskräfteNachfrage ist weiterhin hoch. Die Arbeitslosenzahl ist auch im November gesunken.
- Die jährliche Inflationsrate betrug im November wie schon im Vormonat 0,8 %. Damit steigen die Preise wieder so stark wie zuletzt im Herbst 2014, bleiben aber auf einem gemäßigten Niveau.

Positiver Start in das 4. Quartal 2016

Die deutsche Wirtschaft ist im 3. Quartal 2016 etwas weniger dynamisch gewachsen als in den Quartalen des ersten Halbjahrs. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war in den Monaten Juli bis September preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,2% höher als im 2. Quartal dieses Jahres (1. Quartal + 0,7%; 2. Quartal + 0,4%). Positive Wachstumsimpulse kamen erneut hauptsächlich vom inländischen Konsum. Die privaten und die staatlichen Konsumausgaben nahmen kräftig zu (+ 0,4% beziehungsweise + 1,0 % gegenüber dem Vorquartal). Die Investitionen in Ausrüstungen (darunter Maschinen, Geräte, Fahrzeuge) nahmen dagegen ab (- 0,6%), während in Bauten 0,3% mehr investiert wurde. Dies führte zu einer Stagnation der Bruttoanlageinvestitionen im 3. Quartal. Der Wachstumsbeitrag der inländischen Verwendung belief sich insgesamt auf 0,5 Prozentpunkte, während er im vorangegangenen Quartal leicht negativ ausfiel. Dagegen war vom Außenbeitrag im 3. Quartal ein negativer Wachstumseffekt zu beobachten (- 0,3%), nachdem dieser im 2. Quartal noch deutlich positiv gewesen war (+ 0,5%). Die Importe von Waren und Dienstleistungen sind gegenüber dem 2. Quartal angestiegen (+ 0,2% preis-, saison- und kalenderbereinigt), während die Exporte um 0,4% abgenommen haben.

Die deutsche Wirtschaft dürfte ihren Wachstumskurs auch im 4. Quartal fortgesetzt haben. Die Industrie verzeichnete mit einer Stabilisierung der Produktion und einem kräftigen Anstieg der Auftragseingänge einen guten Einstieg in das Schlussquartal 2016. Die Stimmung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes befand sich zuletzt auf dem höchsten Niveau seit 2014. Der private Konsum sollte angesichts der Arbeitsmarktlage und der moderaten Preisniveauentwicklung robust bleiben. Die Exporte zeigen einen leichten Aufwärtstrend, wenn auch die Risiken aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld hoch bleiben.

Die stabile konjunkturelle Lage in Deutschland zeigte sich wie in den Vormonaten auch in der Entwicklung des Steueraufkommens. Eine steigende Erwerbstätigkeit, zunehmende Löhne und expandierende Gewinne begünstigen insbesondere die konjunkturreagiblen Steuerarten. Das Nettoaufkommen der Lohnsteuer lag abzüglich des Kindergelds in den Monaten Januar bis November 2016 um 3,2 % über dem Vorjahreszeitraum. Auch bei den Steuern vom Umsatz ist mit einem Anstieg um 3,7% von Januar bis November 2016 insgesamt eine deutliche Zunahme des Aufkommens gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Die Entwicklung des Körperschaftsteueraufkommens deutet auf eine

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2015		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			1. Q16	2. Q16	3. Q16	1. Q16	2. Q16	3. Q16
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	108,1	+1,7	+0,7	+0,4	+0,2	+1,5	+3,1	+1,5
jeweilige Preise	3 033	+3,7	+1,0	+0,7	+0,4	+3,2	+4,6	+2,9
Einkommen¹								
Volkseinkommen	2 263	+3,8	+0,8	+2,1	-1,5	+3,4	+5,3	+2,6
Arbeitnehmerentgelte	1 540	+3,7	+0,8	+0,6	+0,9	+4,2	+3,4	+3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	723	+4,2	+0,8	+5,4	-6,2	+1,8	+9,8	+1,1
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 763	+3,1	+0,0	+1,4	-0,1	+2,6	+3,2	+2,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 261	+3,9	+1,1	+0,6	+0,9	+4,5	+3,5	+3,5
Sparen der privaten Haushalte	175	+6,1	-3,0	+3,1	-1,6	+2,8	+4,3	+1,5
Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auftragseingänge								
in jeweiligen Preisen	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr ²		
			Sep 16	Okt 16	Zweimonatsdurchschnitt	Sep 16	Okt 16	Zweimonatsdurchschnitt
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1 194	+6,2	-1,0	+0,5	+0,9	+0,6	-4,1	-1,8
Waren-Importe	949	+4,3	-0,7	+1,3	+0,9	-1,6	-2,2	-1,9
in konstanten Preisen von 2010								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ³	110,3	+0,4	-1,6	+0,1	+0,3	+1,6	+1,2	+1,4
Bauhauptgewerbe	106,0	-2,2	-0,4	+1,7	+0,4	+1,7	+2,1	+1,9
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ³	110,2	+1,5	-1,2	+0,1	+1,0	+1,5	+0,3	+0,9
Inland	105,0	+0,5	-0,8	-0,1	+0,9	+0,6	-1,3	-0,3
Ausland	115,8	+2,5	-1,5	+0,3	+1,1	+2,3	+1,7	+2,0
Auftragseingang (Index 2010 = 100)								
Industrie ³	110,2	+1,0	-0,3	+4,9	+2,6	+2,9	+6,3	+4,6
Inland	105,3	+1,8	-1,0	+6,3	+3,3	+0,0	+4,9	+2,5
Ausland	114,2	+0,4	+0,2	+3,9	+2,0	+5,1	+7,4	+6,3
Bauhauptgewerbe	113,7	+4,0	+1,6	.	-3,7	+6,0	.	+8,5
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	105,1	+2,5	-1,5	+2,4	-0,3	+0,6	-1,0	-0,2
Handel mit Kfz	111,7	+7,4	+1,3	.	+3,6	+7,8	.	+10,8

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2015		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Sep 16	Okt 16	Nov 16	Sep 16	Okt 16	Nov 16
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,79	-3,6	-0	-13	-5	-100	-109	-101
Erwerbstätige, Inland	43,06	+0,9	+28	+13	.	+371	+352	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,85	+2,1	-6	.	.	+411	.	.
Preisindizes 2010 = 100	2015		Veränderung in % gegenüber					
	Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Sep 16	Okt 16	Nov 16	Sep 16	Okt 16	Nov 16
Importpreise	100,9	-2,6	+0,1	+0,9	.	-1,8	-0,6	.
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	103,9	-1,9	-0,2	+0,7	.	-1,4	-0,4	.
Verbraucherpreise	106,9	+0,2	+0,1	+0,2	+0,1	+0,7	+0,8	+0,8
ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Apr 16	Mai 16	Jun 16	Jul 16	Aug 16	Sep 16	Okt 16	Nov 16
	+6,8	+8,8	+10,4	+9,6	+5,7	+11,9	+13,7	+13,7
Klima	+15,7	+17,4	+18,1	+18,3	+14,7	+18,2	+18,8	+19,7
Geschäftslage	-1,8	+0,5	+3,0	+1,2	-2,9	+5,9	+8,6	+7,8
Geschäftserwartungen								

¹ Stand: November 2016.

² Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

³ Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen.

anhaltend positive Gewinnsituation bei den Unternehmen hin.

Leichter Exportanstieg zu Beginn des Schlussquartals

Nach einem starken August und einem etwas schwächeren September sind die deutschen Warenexporte im Oktober wieder leicht angestiegen (nominal, saisonbereinigt + 0,5 % gegenüber dem Vormonat). Im Zweimonatsdurchschnitt sind die Exporte damit leicht aufwärtsgerichtet (+ 0,9 %). Das Exportniveau lag jedoch recht deutlich unter dem Niveau von Oktober 2015 (- 4,1%). Die gesamten Ausfuhren im Zeitraum Januar bis Oktober nahmen im Jahresvergleich um 0,3 % zu. Nach Regionen betrachtet (nach Ursprungslandprinzip, Daten bis September) nahmen insbesondere die Exporte in die Europäische Union zu (Euroraum: + 1,8 %; Nicht-Euroraum: + 3,6 %) zu. Die Warenausfuhren in die USA gingen im Zeitraum bis September

zurück (- 6,3 %), insbesondere im 3. Quartal erreichten sie nicht das Vorjahresniveau (- 10,5 %). Nach China hingegen wurde leicht mehr als im Vorjahr exportiert (+ 3,6 % bis September, + 8,3 % im 3. Quartal) und auch die Warenausfuhren nach Russland (- 0,7 % bis September, + 3,9 % im 3. Quartal) zogen zuletzt wieder an.

Die nominalen Warenimporte legten im Oktober ebenfalls leicht zu (saisonbereinigt + 1,3 % gegenüber dem Vormonat, nach - 0,7 % im September). In der Zweimonats-Tendenz zeigt sich auch bei den Importen eine Aufwärtsbewegung (+ 0,9 %). Das Importniveau lag im Oktober allerdings 2,2 % unter dem Niveau des Oktober 2015. Die gesamten Einfuhren im Zeitraum Januar bis Oktober stiegen im Jahresvergleich leicht an.

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten, mit Ergänzungen zum Außenhandel) überschritt im Zeitraum Januar bis Oktober 2016 das

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

entsprechende Vorjahresniveau um 10,3 Mrd. €. Der Leistungsbilanzüberschuss erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 14,4 Mrd. €; er ist weiterhin hauptsächlich auf den Überschuss beim Warenhandel zurückzuführen, wobei dieser im Oktober im Vergleich zum Vormonat leicht abnahm.

Der leichte Aufwärtstrend der Exporte dürfte sich auch in den kommenden Monaten fortsetzen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hatte im November ihre Einschätzung für das weltweite Wachstum für das Jahr 2017 leicht erhöht. Unter anderem wird eine verbesserte Prognose für die USA, den Euroraum und China zugrunde gelegt. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind im Oktober merklich gestiegen. Allerdings sind die Risiken im außenwirtschaftlichen Umfeld nach wie vor groß. Die zuletzt etwas gedämpften ifo Exporterwartungen dürften nicht zuletzt die Unsicherheit der Exporteure mit Blick auf ungewisse Entwicklungen bei wichtigen Handelspartnern widerspiegeln.

Stabilisierung der Industrieproduktion zu Beginn des 4. Quartals

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe stieg im Oktober gegenüber dem Vormonat leicht an (saisonbereinigt um + 0,3 %). Im Vormonat war noch eine spürbare Abwärtsbewegung (- 1,6 %) zu verzeichnen, die allerdings als Kompensation des überaus starken Aufwärtsimpulses aus dem August (+ 3,0 %) zu verstehen war. Der Zweimonatsdurchschnitt zeigt gegenüber der Vorperiode damit eine Seitwärtsbewegung.

Die Industrieproduktion verlief mit einem Zuwachs von 0,1 % gegenüber dem Vormonat im Oktober nahezu stabil. Im Zweimonatsvergleich zeigt die Industrie nach einem Rückgang im September nun eine leichte Aufwärtsbewegung (+ 0,3 %). Die Investitionsgüterproduktion ist im Zweimonatsdurchschnitt weiterhin leicht nach oben gerichtet (+ 0,2 % gegenüber der Vorperiode).

Vorleistungsgüter verzeichneten in diesem Zeitraum einen Zuwachs von 0,5 % und Konsumgüter nahmen um 0,1 % ab.

Der Umsatz in der Industrie stagnierte im Oktober gegenüber September nahezu (saisonbereinigt + 0,1 %). Der Dreimonatsdurchschnitt ist jedoch erstmals seit April dieses Jahres wieder aufwärtsgerichtet (saisonbereinigt + 2,1 % gegenüber der Vorperiode). Während der Umsatz im Inland im Oktober gegenüber dem Vormonat stagnierte (saisonbereinigt - 0,1 %), nahm er im Ausland leicht zu (saisonbereinigt + 0,3 %).

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ist im Oktober kräftig angestiegen (saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat: + 4,9 %). Die Dreimonatsbetrachtung lässt mittlerweile ebenfalls wieder eine deutliche Zunahme erkennen (+ 2,4 %). Inlands- und Auslandsaufträge stiegen im Oktober spürbar gegenüber dem Vormonat (+ 6,3 % beziehungsweise + 3,9 %). Aufträge aus dem Nicht-Euroraum nahmen zu (+ 6,3 %), während Auslandsaufträge aus dem Euroraum gegenüber dem Vormonat stagnierten. Die Mehrnachfrage resultiert insbesondere aus Zunahmen bei Investitionsgütern (+ 7,2 % gegenüber dem Vormonat). Hier waren es die Aufträge bei Kraftfahrzeugen, die überdurchschnittlich zunahmen (+ 10,5 %).

Auch im Baugewerbe nahm die Produktion nach zwei schwächeren Monaten saisonbereinigt im Oktober wieder leicht an Fahrt auf (saisonbereinigt + 1,7 % gegenüber dem Vormonat, September: - 0,4 %). Zuwächse waren dabei in allen drei Teilsektoren zu verzeichnen (Hochbau: + 2,2 %, Ausbau: + 1,6 %, Tiefbau: + 1,2 %). Auch im Dreimonatsvergleich bleibt die Bauproduktion weiter aufwärtsgerichtet (+ 1,2 %).

Der solide Verlauf der Stimmungsindikatoren am aktuellen Rand, die zuletzt deutlich verbesserte Situation bei den industriellen Auftragseingängen und die leichte Verbesserung der Weltkonjunktur deuten

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

für das Jahresschlussquartal weiter auf eine Stabilisierung der Industriekonjunktur mit leichter Tendenz für eine Belebung hin.

Bedingungen für privaten Konsum weiterhin günstig

Der private Konsum stellt sich weiterhin als wesentliche Stütze des Wirtschaftswachstums dar. Im 3. Quartal hatten die Konsumausgaben der privaten Haushalte mit 0,2 Prozentpunkten zum Wachstum beigetragen.

Die Bedingungen für den privaten Konsum sind weiterhin günstig. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor sehr gut und das Zinsniveau ist immer noch äußerst niedrig. Auch für das Schlussquartal ist somit mit positiven Impulsen vom privaten Konsum zu rechnen.

Auch die Indikatoren am aktuellen Rand sprechen für eine dynamische Entwicklung. So konnte der Einzelhandel ohne Kraftfahrzeuge im Oktober einen kräftigen Anstieg in Höhe von 2,4 % verzeichnen. Allerdings gingen die saisonbereinigten Neuzulassungen von privaten Pkw im Oktober deutlich zurück. Die vom ifo Institut befragten Einzelhändler schätzten dagegen im November ihre aktuelle Situation besser ein als vor einem Monat. Die Erwartungen an die kommenden sechs Monate gingen nach einem Anstieg im Oktober etwas zurück. Das Konsumklima in der deutschen Volkswirtschaft stabilisiert sich laut Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zum Jahresende auf hohem Niveau. Die zuletzt etwas schwächere Entwicklung der Einkommenserwartungen dürfte im Wesentlichen auf die zunehmend rückläufigen Effekte der niedrigen Energiepreise zurückzuführen sein. Damit schwinden auch die realen Einkommensgewinne für die privaten Haushalte. Die Konjunkturaussichten hellen sich hingegen wieder deutlicher auf.

Beschäftigungsaufbau setzt sich verlangsamt fort

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt zum Ende des Jahres positiv. Die Dynamik des Beschäftigungsaufbaus schwächt sich zwar seit den Sommermonaten leicht ab. Die Erwerbstätigkeit ist jedoch im Oktober auf hohem Niveau erneut angestiegen und der Vorjahreswert wurde nach wie vor deutlich überschritten. Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) lag nach Ursprungswerten im Oktober bei 43,8 Millionen Personen (+ 352 000 Personen beziehungsweise + 0,8 % gegenüber Vorjahr). Saisonbereinigt nahm die Erwerbstätigenzahl um 13 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu (September: + 28 000; August: + 4 000). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im September (nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA)) bei 31,7 Millionen Personen. Der Vorjahresstand wurde damit um 411 000 Personen überschritten. Saisonbereinigt verzeichnete die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im September ein Minus von 6 000 Personen gegenüber dem Vormonat (nach + 36 000 Personen im August und - 14 000 Personen im Juli).

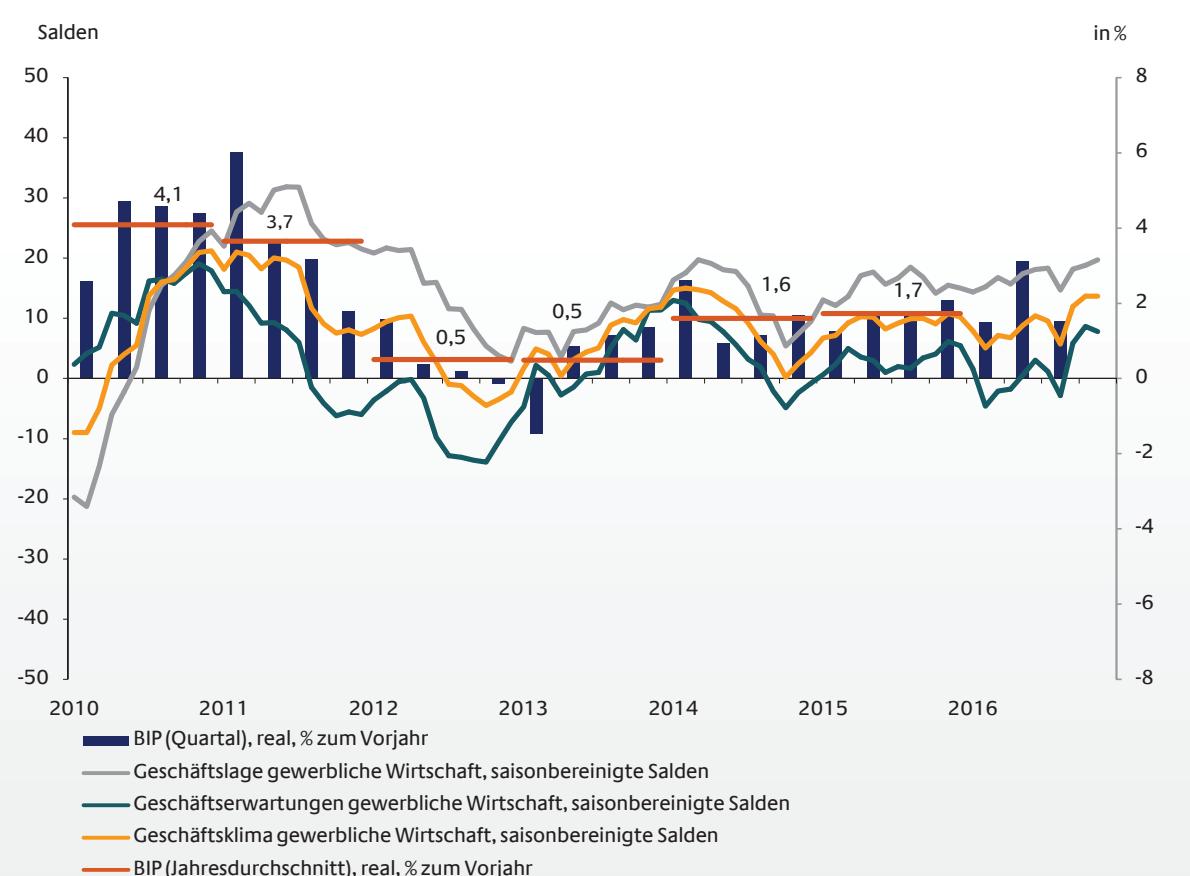
Starke Zuwächse waren im Vorjahresvergleich weiterhin vor allem im Bereich Pflege/Soziales zu verzeichnen. Nennenswerte Abnahmen gab es erneut bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

Die Zahl der Arbeitslosen nahm im November weiter ab. 2,53 Millionen Personen waren als arbeitslos registriert. Das waren rund 8 000 Personen weniger als im Vormonat und 101 000 Personen weniger als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 5,7 % (0,1 Prozentpunkte unter dem Vormonat, 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahr). Auch die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl sank leicht um 5 000 Personen. Die Arbeitslosenquote liegt saisonal bereinigt bei 6,0 %.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut.

Die Zahl der Erwerbslosen (nach ILO-Konzept und Ursprungszahlen) betrug im vergangenen Oktober 1,73 Millionen Personen (Erwerbslosenquote: 4,1 %).

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war, wie schon in den Vormonaten, vom Anstieg entlastender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beeinflusst. Die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), die u. a. Personen in diesen Maßnahmen einbezieht, stieg im November an und liegt 1,2 % über ihrem Vorjahresniveau.

Insgesamt ist mit einer Fortsetzung der positiven Entwicklung in den nächsten Monaten zu rechnen. Die Frühindikatoren für den Arbeits-

markt sprechen für eine anhaltend hohe Nachfrage nach Arbeitskräften. Das ifo Beschäftigungsbarometer setzt seine Aufwärtsdynamik fort und signalisiert sehr gute Beschäftigungsaussichten. Der umfassende Stellenindex der BA (hier fließen die der BA gemeldeten Arbeitsstellen, die Stellen für Freiberufler und Selbständige sowie die gemeldeten Stellen aus der privaten Arbeitsvermittlung ein) befindet sich auf einem hohen Niveau, auch wenn er im November leicht von seinem Rekordwert um einen Zähler auf 222 Punkte sank. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer signalisiert einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Inflation im November konstant

Das Verbraucherpreisniveau erhöhte sich im November wie im Vormonat um 0,8 % gegenüber dem Vorjahr. Damit steigen die Preise nach anhaltender Schwächephase wieder so stark wie zuletzt im Herbst 2014. Gegenüber Oktober erhöhten sich die Preise voraussichtlich leicht um 0,1 %. Die Preisrückgänge bei Haushaltsenergie und Kraftstoffen wirkten im Vorjahresvergleich weiterhin dämpfend, wenngleich die Effekte aus niedrigen Energiepreisen allmählich auslaufen.

Die Preise für Energie lagen im November 2,7 % unter dem Vorjahresniveau, die Preise für Nahrungsmittel stiegen um 1,2 %. Dienstleistungen verteuerten sich im November um 1,1 % gegenüber dem Vorjahr; dabei nahmen insbesondere die Mieten zu (1,4 % gegenüber dem Vorjahr). Die Kerninflation betrug im November 1,3 %, nach 1,2 % im Oktober.

Die Schwankung des Rohölpreises war im November erneut gering. Der Preis für Rohöl lag im November mit rund 48 US-Dollar pro Barrel im Monatsdurchschnitt etwas über dem Niveau des Vorjahrs (rund 44 US-Dollar pro Barrel). Im Vergleich zum Vormonat lag der Ölpreis im November noch leicht unter dem Monatsdurchschnitt des Oktober. Andere Rohstoffpreise entwickelten sich uneinheitlich. Zuletzt haben Absprachen der Förderländer über eine geringere Fördermenge den Ölpreis auf etwa 54 US-Dollar pro Barrel steigen lassen.

Die jährliche Teuerungsrate der Verbraucherpreise bleibt auch im November mit Werten unter einem Prozent auf einem gemäßigten Niveau. Die stärkere und ansteigende Kerninflation dürfte die anhaltende konjunkturelle Aufwärtsbewegung, eine hohe und zunehmende Kapazitätsauslastung sowie steigende Arbeitskosten widerspiegeln.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM NOVEMBER 2016

Steuereinnahmen im November 2016

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sind im November 2016 mit + 2,6 % erneut robust gestiegen. Hierzu trug insbesondere der kräftige Aufkommensanstieg der gemeinschaftlichen Steuern bei, die + 4,0 % über dem Vorjahresniveau lagen. Grundlage dieser positiven Entwicklung waren Einnahmesteigerungen bei der Lohnsteuer, sowie ein geringeres Erstattungsniveau bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer. Dagegen zeigte sich bei den Bundessteuern ein zum Teil erwarteter Rückgang des Aufkommens im Vorjahresvergleich (- 3,6 % gegenüber November 2015). Bei den Ländersteuern war erneut ein deutlicher Zuwachs von 8,3 % zu verzeichnen. Der kumulierte Zuwachs der Steuereinnahmen ohne Gemeindesteuern liegt im Zeitraum Januar bis November 2016 bei 4,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

EU-Eigenmittel

Im aktuellen Berichtsmonat wurden weiterhin deutlich mehr Bruttonationaleinkommen- und Mehrwertsteuer-Eigenmittel als im Vorjahresmonat von der Europäischen Union (EU) abgerufen, nachdem im ersten Halbjahr 2016 noch – im Vorjahresvergleich – erheblich niedrigere EU-Eigenmittelabführungen zu leisten waren. Die Mittelabrufe durch die EU orientieren sich an dem für das Jahr 2016 vorgesehenen Finanzrahmen. Unterjährige Schwankungen ergeben sich aufgrund des jeweiligen Finanzierungsbedarfs der EU. In kumulierter Betrachtung bis November 2016 liegen die EU-Eigenmittel inklusive Zölle derzeit um 4,7 % unter denen des Vorjahreszeitraums.

Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden

Im Jahr 2015 hatte sich der Bund mit 2,0 Mrd. € an den Kosten der Asylmigration beteiligt. Rund 1,4 Mrd. € wurden über eine geänderte Aufteilung des Umsatzsteueraufkommens im

November 2015 an die Länder weitergeleitet. Dies bedeutete, dass der Bund ein entsprechend geringeres und die Länder ein entsprechend höheres Umsatzsteueraufkommen im November 2015 erhalten hatten. Dieser Basiseffekt erschwert die Interpretation beim direkten November-Monatsvergleich zwischen den Jahren 2015 und 2016, da die Zuwachsraten bei der Verteilung der Steuereinnahmen von Bund und Ländern im aktuellen Berichtsmonat dadurch verzerrt sind.

Die Steuereinnahmen des Bundes nach Verrechnung von Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) stiegen im November 2016 rechnerisch um 5,5 % gegenüber November 2015. Auf Basis des oben beschriebenen Einmaleffekts verringerten sich dagegen die Steuereinnahmen der Länder rechnerisch um 1,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Daher ist ein Blick auf die kumulierten Einnahmen wichtig. Im laufenden Jahr bis zum November stiegen die Einnahmen des Bundes um 4,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen der Länder nach BEZ erhöhten sich kumuliert bis November 2016 gar um 5,7 %.

Gemeinschaftliche Steuern

Lohnsteuer

Das Lohnsteueraufkommen konnte im Berichtsmonat erneut einen robusten Zuwachs verbuchen. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg im November 2016 um 2,5 % gegenüber dem Vorjahresniveau, wobei sich weiterhin Tariflohnnerhöhungen des Jahres 2016 aufkommenssteigernd auswirken. Zwar setzte sich der Beschäftigungsaufbau zuletzt etwas verlangsamt fort. Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt signalisieren aber nach wie vor eine anhaltend hohe Nachfrage nach Arbeitskräften. Insgesamt ist daher mit einer Fortsetzung der positiven Entwicklung in den nächsten Monaten zu rechnen. Dies sollte insgesamt das Lohnsteueraufkommen begünstigen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM NOVEMBER 2016

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2016	November	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis November	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2016 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	14 117	+2,5	160 903	+3,2	184 300	+3,0
veranlagte Einkommensteuer	- 303	X	39 018	+10,6	52 900	+8,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	523	-20,0	17 075	+7,4	19 370	+7,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	341	-3,6	5 190	-30,8	5 648	-31,6
Körperschaftsteuer	- 445	X	19 960	+47,1	23 460	+19,8
Steuern vom Umsatz	19 273	+1,9	198 608	+3,7	217 350	+3,5
Gewerbesteuerumlage	267	+26,7	3 321	+6,0	4 068	+1,7
erhöhte Gewerbesteuerumlage	158	+170,1	2 764	+5,7	3 426	+0,6
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	33 931	+4,0	446 839	+5,0	510 522	+4,1
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 501	+2,2	31 706	+1,8	40 000	+1,0
Tabaksteuer	1 156	-18,9	12 264	-3,3	14 550	-2,5
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	163	-6,9	1 871	+0,4	2 070	+0,0
Versicherungsteuer	851	+0,3	12 154	+2,5	12 750	+2,7
Stromsteuer	531	+0,9	5 946	-0,8	6 530	-0,9
Kraftfahrzeugsteuer	680	+12,1	8 352	+1,8	8 900	+1,1
Luftverkehrsteuer	95	-6,7	937	+3,4	1 070	+4,6
Kernbrennstoffsteuer	0	X	422	-69,2	422	-69,2
Solidaritätszuschlag	830	+3,6	14 119	+5,2	16 600	+4,2
übrige Bundessteuern	125	-5,4	1 304	-2,1	1 467	-0,8
Bundessteuern insgesamt	7 931	-3,6	89 076	+0,3	104 359	+0,1
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	472	+12,1	6 416	+14,4	7 008	+11,4
Grunderwerbsteuer	1 040	+6,2	11 237	+9,4	12 395	+10,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	169	+16,8	1 657	+5,9	1 835	+7,2
Biersteuer	49	-5,8	625	-0,3	673	-0,5
sonstige Ländersteuern	21	+4,7	403	+7,8	444	+7,8
Ländersteuern insgesamt	1 750	+8,3	20 338	+10,3	22 355	+9,9
EU-Eigenmittel						
Zölle	421	-6,0	4 679	-1,3	5 150	-0,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	354	+23,4	3 896	+1,0	4 280	+1,9
BNE-Eigenmittel	1 825	+17,7	18 061	-6,7	19 470	-9,8
EU-Eigenmittel insgesamt	2 599	+13,8	26 636	-4,7	28 900	-6,6
Bund³	19 694	+5,5	251 572	+4,3	291 460	+3,5
Länder³	19 195	-1,6	247 673	+5,7	280 930	+4,8
EU	2 599	+13,8	26 636	-4,7	28 900	-6,6
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 544	+3,7	35 052	+3,5	41 096	+3,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	44 033	+2,6	560 933	+4,4	642 386	+3,6

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinbarten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

²Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴Ergebnis Arbeitskreis "Steuerschätzungen" vom November 2016.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM NOVEMBER 2016

Das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld stieg gegenüber November 2015 um 2,7%. Per Saldo ergibt sich damit eine Erhöhung des kassenmäßigen Lohnsteueraufkommens gegenüber November 2015 von 2,5%. In kumulierter Betrachtung bis November 2016 liegt das Kassenergebnis der Lohnsteuer um 3,2% über dem Vorjahresniveau.

Körperschaftsteuer

Das Körperschaftsteueraufkommen entwickelte sich im aufkommensschwachen Monat November weiterhin gut. Im November 2016 haben sich die Nettoerstattungen, d. h. der Saldo der aus den Veranlagungen resultierenden Nachzahlungen und Erstattungen, gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich verringert. Der Auszahlungsbetrag von Körperschaftsteuer lag nach Abzug der aus dem Körperschaftsteueraufkommen gezahlten Investitionszulage um rund 0,4 Mrd. € unter dem Vorjahresniveau. Die Entwicklung des Körperschaftsteueraufkommens deutet auf eine anhaltend positive Gewinnsituation bei den Unternehmen hin. Kumuliert bis November 2016 liegt das Aufkommen der Körperschaftsteuer um 47,1% über dem Vorjahresniveau. Allerdings werden weiterhin für dieses Jahr noch beträchtliche Erstattungen aufgrund von höchstrichterlicher Rechtsprechung erwartet, die bisher noch nicht aufkommenswirksam geworden sind (BFH-Urteile zu STEKO und § 40 Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG)).

Veranlagte Einkommensteuer

Auch das Steueraufkommen der veranlagten Einkommensteuer entwickelt sich weiterhin günstig. Im Veranlagungsmonat November stiegen die Bruttoeinnahmen der veranlagten Einkommensteuer um 48,8% im Vorjahresvergleich, wenngleich auch auf niedrigem Niveau. Abzüglich der Arbeitnehmererstattungen sowie der Investitions- und Eigenheimzulagen ergab sich per Saldo im aktuellen Berichtsmonat ein Auszahlungsbetrag von rund 0,3 Mrd. €. Damit verbessert sich die Aufkommenssituation bei der veranlagten

Einkommensteuer um circa 0,2 Mrd. € gegenüber dem November 2015. Während die nachträglichen Vorauszahlungen deutlich über dem Vorjahresniveau lagen, hat sich der Saldo aus Nachzahlungen und Erstattungen deutlich verbessert. In kumulierter Betrachtung bis November 2016 ist für das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer mit +10,6% gegenüber dem Vorjahresniveau ein sehr kräftiger Aufkommensanstieg zu beobachten.

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Im Berichtsmonat ergab sich ein Rückgang des Bruttoaufkommens von 4,3% gegenüber dem Vorjahresmonat. Nach Abzug der aus dem Aufkommen geleisteten Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern beträgt der Rückgang des Kassenaufkommens der nicht veranlagten Steuern von Ertrag im Berichtsmonat 20,0%. Aufgrund der im Vorjahresvergleich hohen unterjährigen Volatilität des Steueraufkommens, ist daher der Blick auf das kumulierte Kassenaufkommen aussagekräftiger. Dieses wuchs bis November 2016 um 7,4% gegenüber dem Vorjahr deutlich an.

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Das Steueraufkommen aus Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungsgewinne lag im aktuellen Berichtsmonat um 3,6% unter dem Vorjahrsniveau. Kumuliert liegt das Steueraufkommen bis November 2016 weiterhin sehr deutlich um 30,8% unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Steuern vom Umsatz

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz verzeichnete im November 2016, nach einer überdurchschnittlichen Zunahme im Vormonat Oktober, einen moderaten Zuwachs von 1,9%. Das Aufkommen der Binnenumsatzsteuer stieg um 2,0%, das der Einfuhrumsatzsteuer um 1,8% gegenüber dem Vorjahresmonat. Kumuliert bis November 2016 liegt das Aufkommen der Steuern von Umsatz

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM NOVEMBER 2016

um 3,7 % über dem des Vorjahreszeitraums. Die Aufkommensentwicklung entspricht in etwa den aus den gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlagen resultierenden Erwartungen.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern verringerte sich im November 2016 um 3,6 % gegenüber dem Vorjahr. Dies basiert auf einem erwarteten Aufkommensrückgang bei der Tabaksteuer und dem Ausbleiben von Einnahmen bei der Kernbrennstoffsteuer. Der Rückgang des Tabaksteueraufkommens ist auf eine geänderte unterjährige Produktionsaufteilung der Hersteller zurückzuführen, da in diesem Jahr keine Vorproduktion im Vorgriff auf zum Jahreswechsel greifende steuerlichen Änderungen und damit ein relativ verminderter Bezug von Steuerzeichen zu erkennen ist. Somit erklärt sich aufgrund der hohen Vorjahresbasis der Rückgang beim Tabaksteueraufkommen von 18,9 % gegenüber November 2015. Weitere Rückgänge gegenüber November 2015 waren bei der Branntweinsteuer (- 6,9 %), bei der Kaffeesteuern (- 7,0 %) sowie der Schaumweinsteuer (- 1,9 %) zu beobachten.

Bei der Energiesteuer war ein Zuwachs von 2,2 % zu beobachten. Weitere Zuwächse verzeichneten u. a. auch die Stromsteuer (+ 0,9 %), die Versicherungsteuer (+ 0,3 %), die Kraftfahrzeugsteuer (+ 12,1 %) sowie der Solidaritätszuschlag (+ 3,6 %). Die Veränderungen bei den übrigen Steuerarten hatten betragsmäßig nur geringen Einfluss auf das Gesamtergebnis der Bundessteuern. Kumuliert bis November 2016 stieg das Aufkommen der Bundessteuern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,3 %.

Ländersteuern

Das Aufkommen der Ländersteuern steigerte sich im November 2016 im Vorjahresvergleich um 8,3 %. Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer lagen um 12,1 % über Vorjahresniveau. Bei der Grunderwerbsteuer war ein Zuwachs von 6,2 % zu verzeichnen. Das Rennwett- und Lotteriesteueraufkommen stieg um 16,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Biersteuereinnahmen verringerten sich um 5,8 %. Das kumulierte Aufkommen der Ländersteuern bis November 2016 lag mit einem Zuwachs von 10,3 % deutlich über dem Vorjahresniveau.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH NOVEMBER 2016

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich November 2016

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes betrugen im Zeitraum Januar bis November 2016 insgesamt 276,6 Mrd. €. Sie überschritten damit das entsprechende Vorjahresniveau um 3,5 % beziehungsweise um 9,4 Mrd. €. Dabei nahmen die Steuereinnahmen, die den größten Anteil an den Gesamteinnahmen ausmachen, um 4,3 % zu. Die sonstigen Einnahmen gingen aufgrund von Sondereffekten um 3,1 % zurück. Sie überstiegen gleichwohl bereits das für dieses Jahr im Haushalt eingeplante Soll um 3,6 Mrd. €.

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben beliefen sich bis einschließlich November 2016 auf 282,0 Mrd. € und waren damit um 6,1 Mrd. € beziehungsweise 2,2 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Das Bundeskabinett hat am 30. November 2016 den Entwurf des Nachtragshaushalts 2016 beschlossen. Im Ergebnis bleibt mit ihm das Soll von Einnahmen und Ausgaben unverändert. Einer zusätzlichen Zuweisung an den Kommunalinvestitionsförderungsfonds in Höhe von 3,5 Mrd. € steht eine Senkung der Zinsausgaben in gleicher Höhe gegenüber.

Nach ökonomischen Arten werden die Ausgaben des Bundeshaushalts in konsumtive und investive Ausgaben gegliedert. Im Ist nahmen

die konsumtiven Ausgaben bis einschließlich November 2016 gegenüber dem Vorjahr um 2,7 % zu. Hierzu trug vor allem der Anstieg des laufenden Sachaufwandes und der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse bei. Die Zinsausgaben unterschritten das Vorjahresergebnis um 17,8 % (- 3,7 Mrd. €) und dämpften die Zunahme der konsumtiven Ausgaben deutlich. Die investiven Ausgaben unterschritten das Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 2,4 %. Dabei stiegen die Sachinvestitionen jedoch überdurchschnittlich stark um 13,5 % an.

Finanzierungssaldo

Für die Monate Januar bis November 2016 war im Ist ein negativer Finanzierungssaldo von 5,4 Mrd. € zu verzeichnen. Um diesen Betrag waren die Ausgaben höher als die Einnahmen.

Die Einnahmen und Ausgaben unterliegen im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit die eingesetzten Kassenmittel in den einzelnen Monaten in unterschiedlichem Maße. Auch der Kapitalmarktsaldo zeigt im Jahresverlauf in der Regel starke Schwankungen. Die unterjährige Entwicklung des Finanzierungssaldos und des jeweiligen Kapitalmarktsaldos sind daher keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme und der Finanzierungssaldo am Jahresende errechnen lassen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH NOVEMBER 2016

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2015	Soll ¹ 2016	Ist-Entwicklung ² Januar bis November 2016
Ausgaben (Mrd. €)³	299,3	316,9	282,0
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+2,2
Einnahmen (Mrd. €)³	311,1	310,5	276,6
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+3,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	281,7	288,1	250,6
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+4,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	11,8	-6,4	-5,4
Finanzierung / Verwendung:	-11,8	6,4	5,4
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	27,0
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,4	0,3	0,2
Saldo der Rücklagenbewegungen	-12,1	6,1	-0,7
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo⁴ (Mrd. €)	0,0	0,0	-21,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Stand: Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2016; Kabinettbeschluss vom 30. November 2016.

²Buchungsergebnisse.

³Ohne Einnahmen und Ausgaben aus haushaltstechnischen Verrechnungen.

⁴(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH NOVEMBER 2016

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2015		Soll ¹ 2016		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis November 2015	Januar bis November 2016	
Allgemeine Dienste	66 947	22,4	71 572	22,6	59 733	64 185	+7,5
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 399	2,1	7 287	2,3	5 326	6 405	+20,2
Verteidigung	33 442	11,2	33 966	10,7	29 708	30 858	+3,9
politische Führung, zentrale Verwaltung	14 175	4,7	15 172	4,8	13 409	13 779	+2,8
Finanzverwaltung	4 199	1,4	4 445	1,4	3 733	3 976	+6,5
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	20 271	6,8	21 961	6,9	17 691	18 213	+3,0
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	3 381	1,1	3 648	1,2	3 167	2 939	-7,2
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 872	3,6	11 689	3,7	8 773	9 256	+5,5
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	153 611	51,3	161 485	51,0	146 220	152 005	+4,0
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	101 992	34,1	106 888	33,7	99 743	104 376	+4,6
Arbeitsmarktpolitik	33 894	11,3	34 676	10,9	31 102	31 021	-0,3
darunter:							
Arbeitslosengeld II nach SGB II	20 198	6,7	20 500	6,5	18 776	18 879	+0,5
Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	5 249	1,8	5 100	1,6	4 873	4 548	-6,7
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 890	2,6	8 374	2,6	7 345	7 489	+2,0
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 059	0,7	2 139	0,7	1 912	1 881	-1,6
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 915	0,6	2 312	0,7	1 565	1 659	+6,0
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 004	0,7	2 502	0,8	1 667	2 130	+27,8
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 491	0,5	1 809	0,6	1 393	1 791	+28,6
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	846	0,3	1 066	0,3	580	604	+4,1
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 156	1,4	5 870	1,9	3 654	3 721	+1,8
regionale Förderungsmaßnahmen	997	0,3	1 389	0,4	800	559	-30,1
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 497	0,5	1 707	0,5	1 452	1 638	+12,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 595	5,5	18 881	6,0	14 080	15 614	+10,9
Straßen	7 859	2,6	8 786	2,8	6 649	7 337	+10,3
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 953	1,7	5 349	1,7	4 062	4 712	+16,0
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 225	11,1	31 252	9,9	30 946	24 171	-21,9
Zinsausgaben und Ausgaben im Zusammenhang mit der Schuldenaufnahme	21 066	7,0	20 280	6,4	21 042	17 289	-17,8
Ausgaben insgesamt²	299 285	100,0	316 900	100,0	275 901	282 028	+2,2

¹ Stand: Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2016; Kabinettbeschluss vom 30. November 2016.

² Ohne Ausgaben durch haushaltstechnische Verrechnungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH NOVEMBER 2016

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2015		Soll ¹ 2016		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis November 2015	Januar bis November 2016	
Konsumtive Ausgaben	269 732	90,1	282 504	89,1	251 211	257 919	+2,7
Personalausgaben	29 907	10,0	30 989	9,8	28 311	29 019	+2,5
Aktivbezüge	21 695	7,2	22 562	7,1	20 428	20 983	+2,7
Versorgung	8 212	2,7	8 427	2,7	7 882	8 036	+2,0
Laufender Sachaufwand	24 305	8,1	26 202	8,3	20 007	21 372	+6,8
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 462	0,5	1 493	0,5	1 242	1 265	+1,9
militärische Beschaffungen	9 055	3,0	10 186	3,2	6 920	7 770	+12,3
sonstiger laufender Sachaufwand	13 788	4,6	14 523	4,6	11 845	12 336	+4,1
Zinsausgaben	21 066	7,0	20 272	6,4	21 031	17 286	-17,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	193 751	64,7	204 322	64,5	181 220	189 528	+4,6
an Verwaltungen	24 064	8,0	24 285	7,7	19 463	20 163	+3,6
an andere Bereiche	169 687	56,7	180 036	56,8	161 757	169 365	+4,7
darunter:							
Unternehmen	25 616	8,6	28 296	8,9	23 602	24 463	+3,6
Renten, Unterstützungen u. a.	28 903	9,7	29 609	9,3	26 922	26 913	-0,0
Sozialversicherungen	107 334	35,9	111 824	35,3	104 463	109 261	+4,6
Sonstige Vermögensübertragungen	703	0,2	719	0,2	643	714	+11,0
Investive Ausgaben	29 553	9,9	34 984	11,0	24 690	24 109	-2,4
Finanzierungshilfen	21 869	7,3	25 720	8,1	18 447	17 021	-7,7
Zuweisungen und Zuschüsse	20 516	6,9	23 419	7,4	17 316	15 827	-8,6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	983	0,3	1 848	0,6	850	874	+2,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	370	0,1	453	0,1	281	320	+13,9
Sachinvestitionen	7 684	2,6	9 264	2,9	6 243	7 088	+13,5
Baumaßnahmen	6 141	2,1	7 137	2,3	5 300	5 682	+7,2
Erwerb von beweglichen Sachen	1 186	0,4	1 491	0,5	830	1 018	+22,7
Grunderwerb	357	0,1	636	0,2	114	388	+240,4
Globalansätze	0	0,0	- 588	-0,2	0	0	X
Ausgaben insgesamt²	299 285	100,0	316 900	100,0	275 901	282 028	+2,2

¹ Stand: Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2016; Kabinettbeschluss vom 30. November 2016.

² Ohne Ausgaben durch haushaltstechnische Verrechnungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH NOVEMBER 2016

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist 2015		Soll ¹ 2016		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis November 2015	Januar bis November 2016	
					in Mio. €		
I. Steuern	281 706	90,6	288 083	92,8	240 363	250 602	+4,3
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	229 618	73,8	234 733	75,6	198 099	206 749	+4,4
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	119 068	38,3	121 197	39,0	97 595	103 999	+6,6
davon:							
Lohnsteuer	76 028	24,4	78 476	25,3	64 589	66 641	+3,2
veranlagte Einkommensteuer	20 647	6,6	21 144	6,8	14 986	16 582	+10,6
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 968	2,9	8 508	2,7	7 937	8 537	+7,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 634	1,2	3 574	1,2	3 298	2 258	-31,5
Körperschaftsteuer	9 792	3,1	9 495	3,1	6 785	9 980	+47,1
Steuern vom Umsatz	108 894	35,0	111 889	36,0	99 221	101 374	+2,2
Gewerbesteuerumlage	1 656	0,5	1 647	0,5	1 283	1 375	+7,2
Energiesteuer	39 594	12,7	40 200	12,9	31 141	31 706	+1,8
Tabaksteuer	14 921	4,8	14 360	4,6	12 680	12 264	-3,3
Solidaritätszuschlag	15 930	5,1	16 000	5,2	13 427	14 119	+5,2
Versicherungsteuer	12 419	4,0	12 700	4,1	11 857	12 154	+2,5
Stromsteuer	6 593	2,1	6 600	2,1	5 993	5 946	-0,8
Kraftfahrzeugsteuer	8 805	2,8	8 800	2,8	8 201	8 352	+1,8
Kernbrennstoffsteuer	1371	0,4	1 100	0,4	1 371	422	-69,2
Branntweinabgaben	2 072	0,7	2 057	0,7	1 865	1 873	+0,4
Kaffeesteuер	1 032	0,3	1 031	0,3	937	939	+0,2
Luftverkehrsteuer	1 023	0,3	1 024	0,3	906	937	+3,4
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 041	-3,2	-9 401	-3,0	-7 606	-7 484	-1,6
BNE-Eigenmittel der EU	-21 578	-6,9	-22 160	-7,1	-19 361	-18 061	-6,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4 098	-1,3	-2 390	-0,8	-3 857	-3 896	+1,0
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 408	-2,4	-8 000	-2,6	-6 691	-6 791	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-2,9	-8 992	-2,9	-8 992	-8 992	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	29 349	9,4	22 432	7,2	26 873	26 043	-3,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 889	2,2	5 758	1,9	6 168	6 267	+1,6
Zinseinnahmen	269	0,1	271	0,1	210	220	+4,8
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 211	1,0	1 682	0,5	2 547	2 511	-1,4
Einnahmen insgesamt²	311 055	100,0	310 515	100,0	267 237	276 645	+3,5

¹Stand: Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2016; Kabinettbeschluss vom 30. November 2016.

²Ohne Einnahmen aus haushaltstechnischen Verrechnungen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS OKTOBER 2016

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2016

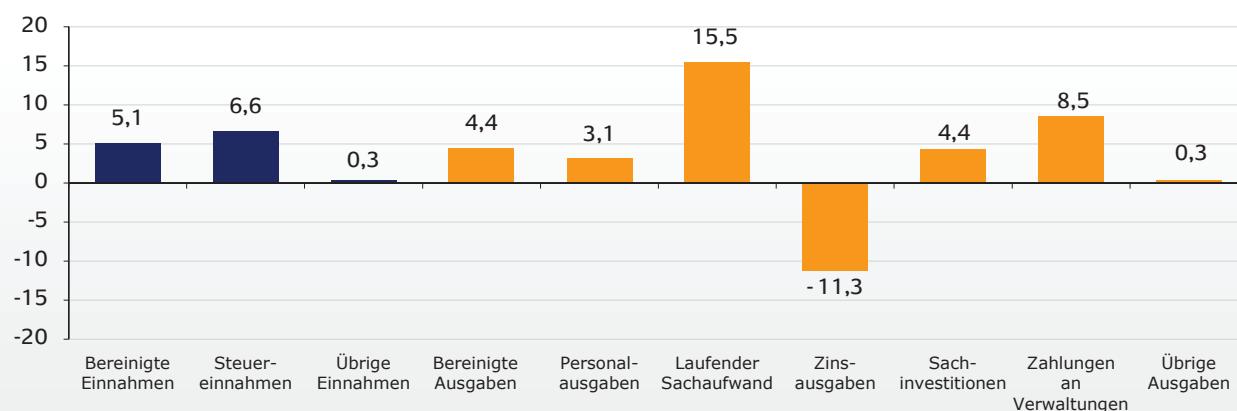
Die Ländergesamtheit erzielte bis Ende Oktober einen Haushaltsüberschuss von 0,2 Mrd. € und verbesserte damit die Haushaltssituation um rund 1,7 Mrd. € gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Haushaltplanungen der Länder sehen für das Jahr 2016 ein Gesamtdefizit von knapp 10,6 Mrd. € vor. In Anbetracht der günstigen Haushaltsentwicklungen kann für das laufende Haushaltsjahr jedoch von einem Überschuss ausgegangen

werden. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 %, während die Einnahmen um 5,1 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum um 6,6 %.

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis Oktober sind in den nachfolgenden Grafiken sowie in den Tabellen im Statistikteil aufgeführt.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2016, Länder insgesamt

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



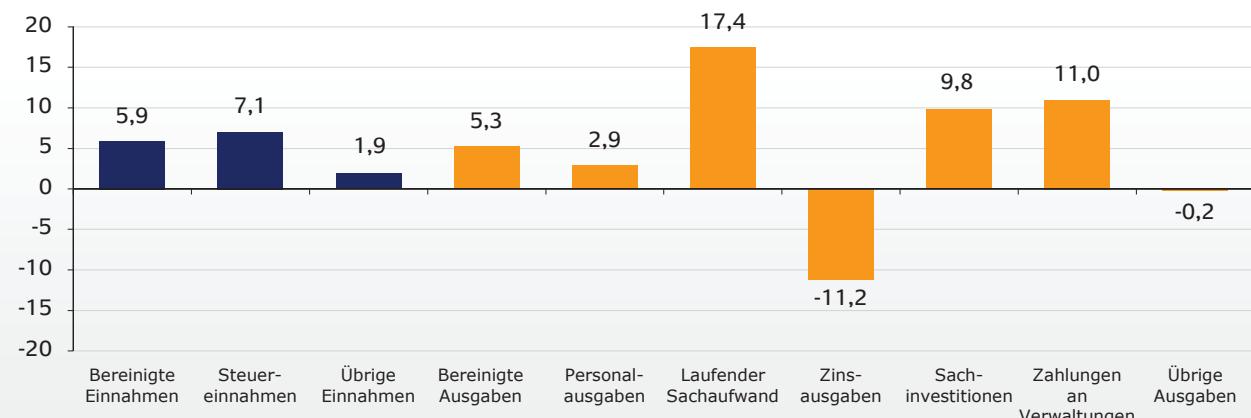
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS OKTOBER 2016

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2016, Flächenländer (West)

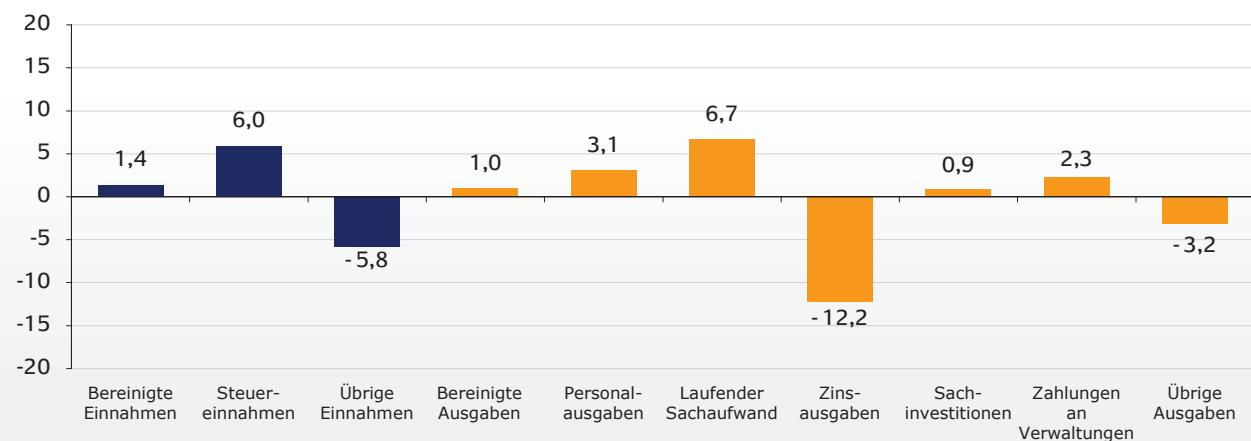
Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2016, Flächenländer (Ost)

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



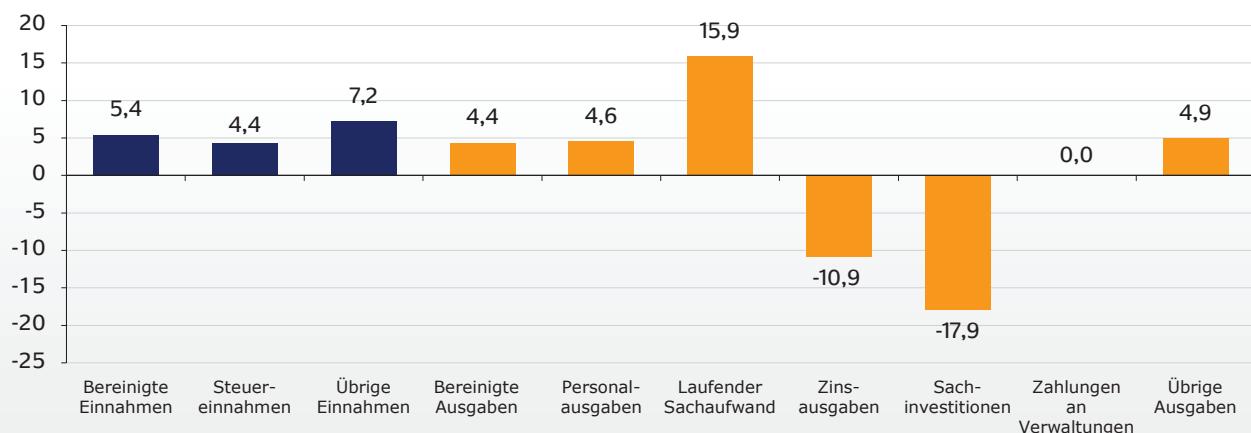
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS OKTOBER 2016

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2016, Stadtstaaten

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Entwicklung von Schulden, Kreditaufnahme, Tilgungen und Zinsen

Im November wurden für den Bundeshaushalt und seine Sondervermögen insgesamt 9,1 Mrd. € Kredite aufgenommen und 3,1 Mrd. € an fälligen Krediten getilgt, sodass sich per 30. November 2016 ein Schuldenstand von 1101,2 Mrd. € ergab. Davon wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts 1059,5 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds 22,9 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds 18,7 Mrd. € verwendet.

Der Schuldendienst im November in Höhe von 3,5 Mrd. €, der neben den Tilgungen auch die Zinszahlungen von 0,4 Mrd. € umfasst, wurde sowohl aus Kreditaufnahme als auch aus Kassenmitteln bestritten. Schwerpunkte der Kreditaufnahme lagen auf zwei Aufstockungen von je 3 Mrd. € einer 10-jährigen Bundesanleihe (insgesamt 6 Mrd. €) und einer Emission einer 2-jährigen Bundesschatzanweisung mit einem Nominalvolumen von 5 Mrd. €. Ferner wurden 0,5 Mrd. € inflationsindexierte Anleihen des Bundes emittiert. Im Rahmen der Marktpflege wurden Bundeswertpapiere von saldiert 2,4 Mrd. € für den Eigenbestand gekauft; dieser erreichte Ende November ein Volumen von 51,7 Mrd. €. Weitere Einzelheiten zu den Schuldenständen sowie ihrer Veränderung infolge von Kreditaufnahme und Tilgungen zeigt die Tabelle „Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen“. Im statistischen Anhang wird die Entwicklung der Verschuldung und der Tilgungen kumuliert für die Monate Januar bis November 2016 gezeigt; die

Tabelle „Entwicklung des Umlaufvolumens an Bundeswertpapieren“ zeigt das Umlaufvolumen der emittierten Bundeswertpapiere einschließlich der Eigenbestände (Nennwerte) sowie zusätzlich die als Kassenkredit emittierten und verbuchten Bundeswertpapiere.

Die Abbildung „Struktur der Verschuldung des Bundes nach Instrumentenarten per 30. November 2016“ zeigt die Verteilung der vom Bund und seinen Sondervermögen eingegangenen Gesamtschulden. Danach entfällt der überwiegende Anteil auf nominalverzinsliche Bundesanleihen (43,3 % auf 10-jährige und 17,6 % auf 30-jährige), gefolgt von Bundesobligationen (19,9 %) und Bundesschatzanweisungen (9,7 %). Der Anteil der inflationsindexierten Bundeswertpapiere beträgt 6,0 % des gesamten Schuldenstands.

Insgesamt sind die Schulden des Bundes zu 98,7 % in Form von Bundeswertpapieren verbrieft, wobei es sich ausschließlich um Inhaberschuldverschreibungen handelt und folglich der konkrete Gläubiger dem Emittenten (Bund) nicht bekannt ist. 1,3 % der Schulden entfallen auf Kreditaufnahmen wie Schuldscheindarlehen und sonstige Kredite.

Die kumulierten Jahresergebnisse der Kreditaufnahme, die Tilgungsleistungen und Schuldenstände des Bundes und seiner Sondervermögen werden im statistischen Anhang des Monatsberichts gezeigt. Darüber hinaus enthält der statistische Anhang für den interessierten Leser auch eine längere Datenreihe der Verschuldung gruppiert nach Restlaufzeitklassen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Eine detaillierte Übersicht über die durchgeführten Auktionen von Bundeswertpapieren wird von der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH veröffentlicht.¹ Sie ver-

öffentlicht ebenfalls die geplanten Auktionen von Bundeswertpapieren.²

¹ Abrufbar unter www.bundesfinanzministerium.de/mb/2016101

² Abrufbar unter www.bundesfinanzministerium.de/mb/2016102

Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen in Mio. €

	Schuldenstand: 31. Oktober 2016	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand: 30. November 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
Haushaltskredite	1 095 118	9 130	-3 059	1 101 189	6 071
Gliederung nach Verwendung					
Bundesaushalt	1 053 441	9 134	-3 059	1 059 516	6 075
Finanzmarktstabilisierungsfonds	22 935	-	-	22 935	-
Investitions- und Tilgungsfonds	18 742	- 4	-	18 738	- 4
Gliederung nach Schuldenarten					
Bundeswertpapiere	1 080 598	9 130	-3 059	1 086 669	6 071
Bundesanleihen	666 912	3 646	-	670 558	3 646
30-jährige Bundesanleihen	194 103	-320	-	193 783	-320
10-jährige Bundesanleihen	472 809	3 966	-	476 775	3 966
inflationsindexierte Bundeswertpapiere	66 019	409	-	66 428	409
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	4 719	57	-	4 776	57
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	46 740	352	-	47 092	352
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	14 560	0	-	14 560	0
Bundesobligationen	217 889	740	-	218 628	740
Bundesschatzanweisungen	102 358	4 335	-	106 694	4 335
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	25 108	-	-3 008	22 099	-3 008
sonstige Bundeswertpapiere	2 313	0	-51	2 262	-51
Schuldscheindarlehen	9 816	-	-	9 816	-
sonstige Kredite und Buchschulden	4 704	0	-	4 704	0
Gliederung nach Restlaufzeiten					
bis 1 Jahr	160 211			156 893	-3 318
über 1 Jahr bis 4 Jahre	353 929			356 817	2 888
über 4 Jahre	580 978			587 479	6 501
nachrichtlich:					
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung					
inflationsindexierter Bundeswertpapiere	3 144			3 416	272
Rücklagen gemäß Schlussfinanzierungsgesetz	2 317			2 317	-

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Entwicklung des Umlaufvolumens an Bundeswertpapieren in Mio. €

	Schuldenstand: 31. Oktober 2016	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand: 30. November 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
Gliederung nach Schuldenarten					
Haushaltsemissionen	1 080 598	9 130	-3 059	1 086 669	6 071
Umlaufvolumen	1 129 917	11 500	-3 059	1 138 358	8 441
30-jährige Bundesanleihen	199 500	-	-	199 500	-
10-jährige Bundesanleihen	503 000	6 000	-	509 000	6 000
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	5 000	-	-	5 000	-
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	48 000	500	-	48 500	500
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	15 000	-	-	15 000	-
Bundesobligationen	225 000	-	-	225 000	-
Bundesschatzanweisungen	107 000	5 000	-	112 000	5 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	25 104	-	-3 008	22 096	-3 008
sonstige Bundeswertpapiere	2 313	0	-51	2 262	-51
Eigenbestände	-49 319	-2 370	-	-51 688	-2 370
Kassenemissionen – Umlaufvolumen –					
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4 522	-	-	4 522	-
Bundeswertpapiere – Umlaufvolumen –					
Insgesamt	1 134 438	11 500	-3 059	1 142 879	6 071

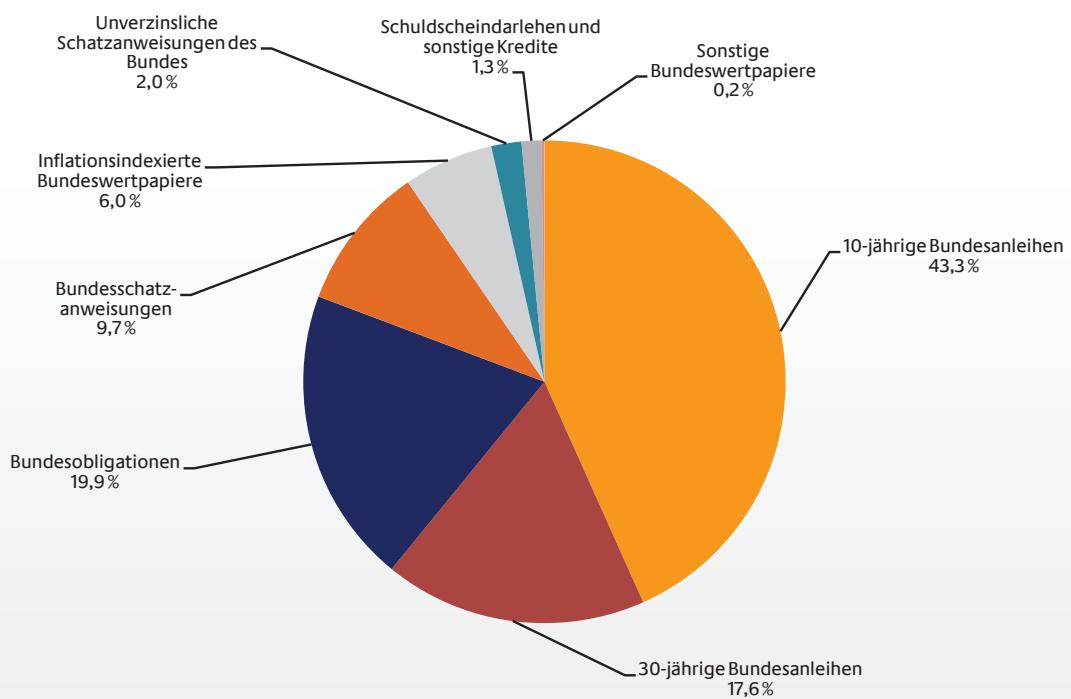
Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

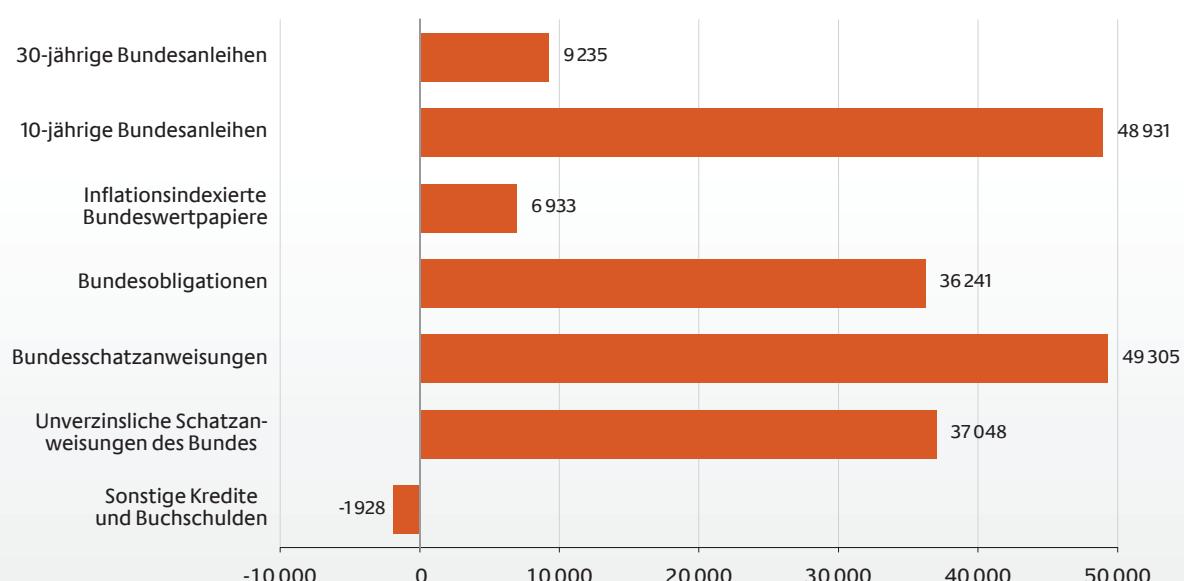
FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Struktur der Verschuldung des Bundes nach Instrumentenarten per 30. November 2016



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen bis November 2016 in Mio. €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Schuldenstand des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez
	in Mrd. €											
30-jährige Bundesanleihen	189,9	190,8	191,9	193,1	194,2	191,5	192,6	192,8	193,3	194,1	193,8	-
10-jährige Bundesanleihen	466,6	470,7	474,2	477,6	481,2	483,9	465,0	467,9	470,3	472,8	476,8	-
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	75,4	75,9	76,5	62,4	63,4	64,2	64,8	65,0	65,4	66,0	66,4	-
Bundesobligationen	232,7	221,2	225,7	212,1	216,0	220,8	224,7	228,0	231,4	217,9	218,6	-
Bundesschatzanweisungen	101,5	106,9	98,2	102,6	107,4	99,4	103,2	107,4	102,1	102,4	106,7	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	11,2	12,7	14,4	18,1	21,2	23,8	23,7	24,8	26,1	25,1	22,1	-
Sonstige Bundeswertpapiere	2,8	2,8	2,7	2,6	2,6	2,5	2,4	2,4	2,3	2,3	2,3	-
Schuldscheindarlehen	10,6	10,6	10,5	10,3	10,2	10,0	9,9	9,9	9,8	9,8	9,8	-
Sonstige Kredite und Buchschulden	6,7	6,7	4,5	4,5	4,5	5,7	5,7	5,7	4,7	4,7	4,7	-
Insgesamt	1097,4	1098,3	1098,6	1083,2	1100,6	1101,9	1092,0	1103,8	1105,5	1095,1	1101,2	-

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Bruttokreditbedarf des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
30-jährige Bundesanleihen	0,8	0,9	1,1	1,2	1,0	1,1	1,0	0,3	1,2	0,8	-0,3	-	9,2
10-jährige Bundesanleihen	15,7	4,2	3,5	3,4	3,6	2,7	4,2	2,8	2,5	2,5	4,0	-	48,9
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	0,9	0,5	0,6	0,9	1,1	0,8	0,6	0,1	0,5	0,6	0,4	-	6,9
Bundesobligationen	0,4	4,4	4,5	4,4	4,0	4,8	3,8	3,3	3,4	2,5	0,7	-	36,2
Bundesschatzanweisungen	5,1	5,3	4,4	4,4	4,8	5,0	3,8	4,2	7,6	0,3	4,3	-	49,3
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	1,8	3,1	3,2	5,2	4,6	4,5	4,3	4,2	4,3	2,0	-	-	37,0
Sonstige Bundeswertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	0,0
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,0	-	-	-	-	-	-	0,0
Sonstige Kredite und Buchschulden	0,0	-	-2,2	0,0	-	1,2	0,0	-	-1,0	0,0	0,0	-	-1,9
Insgesamt	24,7	18,4	15,0	19,4	19,0	20,1	17,8	15,0	18,4	8,7	9,1	-	185,8

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
30-jährige Bundesanleihen	-	-	-	-	-	3,8	-	-	0,8	-	-	-	4,5
10-jährige Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-	-	23,0	-	-	-	-	-	46,0
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	15,0
Bundesobligationen	-	16,0	-	18,0	-	-	-	-	-	16,0	-	-	50,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	13,0	-	-	13,0	-	-	13,0	-	-	-	39,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,8	4,5	3,0	3,0	3,0	3,0	-	25,9
Sonstige Bundeswertpapiere	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	-	0,5
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,1	0,3	0,1	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	-	-	0,8
Sonstige Kredite und Buchschulden	-	-	-	-	-	-	0,0	-	0,0	0,0	-	-	0,0
Insgesamt	24,5	17,6	14,7	34,8	1,6	18,8	27,7	3,2	16,8	19,0	3,1	-	181,8

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
Insgesamt	7,4	0,8	-0,7	0,8	-0,3	-0,5	8,7	1,1	0,5	0,1	0,4	-	18,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 5. und 6. Dezember 2016 in Brüssel

In der Eurogruppe am 5. Dezember 2016 standen die Haushaltslage im Euroraum insgesamt, die Haushaltsplanungen der Euro-Mitgliedstaaten sowie die Lage in Griechenland auf der Tagesordnung.

Die Eurogruppe diskutierte zunächst die Haushaltslage im Euroraum insgesamt. Hierzu trug einleitend der Vorsitzende des neugeschaffenen Fiskalrats für den Euroraum, Prof. Niels Thygesen, vor. Die Eurogruppe machte sich den Ansatz der Europäischen Kommission, einen konkret bezifferten expansiven fiskalischen Impuls für den Euroraum vorzuschlagen, nicht zu eigen. Sie erinnerte an ihre Position von Juli 2016, dass für 2017 eine mehr oder weniger neutrale Ausrichtung der Fiskalpolitik im Euroraum angemessen sei. Die Eurogruppe wird sich im Januar 2017 mit der Empfehlung der Europäischen Kommission für den Euroraum im Rahmen des Europäischen Semesters befassen.

Auf Grundlage der Bewertung durch die Europäische Kommission vom 16. November 2016 hat die Eurogruppe eine Stellungnahme zu den Haushaltspolitiken der Mitgliedstaaten des Euroraums für das Jahr 2017 verabschiedet. Dabei stimmte sie dem Urteil der Europäischen Kommission zu den einzelnen Mitgliedstaaten sowie deren Einteilung in drei Gruppen zu. Die Europäische Kommission sieht bei fünf Mitgliedstaaten eine vollständige Einhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (Deutschland, Estland, Luxemburg, Niederlande, Slowakei), bei weiteren fünf Mitgliedstaaten eine weitgehende Einhaltung (Frankreich, Lettland, Malta, Irland, Österreich). In acht Mitgliedstaaten sieht die Europäische Kommission das Risiko einer Nichteinhaltung der Vorgaben (Italien, Spanien, Portugal, Belgien, Zypern, Litauen, Slowenien, Finn-

land). Bei keinem Mitgliedstaat stellte die Europäische Kommission eine ernsthafte Verletzung der Vorgaben fest, die eine Auflösung zur Neuaufstellung des Haushaltspolitikpaketes erfordert hätte. Es ist nun insbesondere an den Mitgliedstaaten, bei denen ein Risiko für die Nichteinhaltung der Regeln gesehen wird, falls notwendig zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Im März 2017 wird sich die Eurogruppe mit den entsprechenden Fortschritten befassen.

Zu Griechenland berichteten die Institutionen über den Stand der laufenden zweiten Überprüfung des Anpassungsprogramms. Die Institutionen sehen Fortschritte, so auch beim Haushalt 2017. Gleichzeitig bleibt für Griechenland noch viel zu tun. Es besteht noch Handlungsbedarf u. a. in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, Energie und beim Aufbau des Privatisierungsfonds. Die Eurogruppe betonte die Notwendigkeit weiterer Strukturreformen, wie teilweise bereits im Sommer 2015 vereinbart. Sie hat Griechenland, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die europäischen Institutionen aufgefordert, die Verhandlungen über die gemeinsame Konditionalität als Ergebnis der zweiten Programmüberprüfung – wie von der Eurogruppe im August 2015 gefordert – zügig abzuschließen. Es sei möglich, dass sich die Beratungen zum Abschluss der Überprüfung noch über den Jahreswechsel hinziehen werden. Entsprechend ihrer Verständigung vom 24. Mai 2016 auf ein dreistufiges Konzept in Bezug auf Schuldenmaßnahmen hat die Eurogruppe die Umsetzung der kurzfristigen Maßnahmen für ein besseres Schuldenmanagement der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) auf Basis des vom ESM ausgearbeiteten

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Vorschlags politisch gebilligt. Der IWF hat die Bedeutung weiterer Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands betont und vor diesem Hintergrund seine Bereitschaft bekräftigt, seinem Direktorium die Teilnahme am Programm zu empfehlen, sobald die Einigung über die obengenannte gemeinsame Konditionalität erreicht ist. Die Eurogruppe hat die Ergebnisse in einer Erklärung zusammengefasst.

Beim ECOFIN-Rat am 6. Dezember 2016 standen der Investitionsplan für Europa, der Kampf gegen die Steuervermeidung, die Finanztransaktionsteuer, die Bankenunion, der Kampf gegen die Geldwäsche, Mehrwertsteuerfragen, die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, das Europäische Semester 2017, Maßnahmen gegen die Terrorismusfinanzierung, Zollfragen, die Transparenz im Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie die Kapitalmarktunion auf der Tagesordnung.

Zum Investitionsplan für Europa konnte der ECOFIN eine Allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag für die Verlängerung und Ausweitung des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) erreichen. Die Investitionsperiode des EFSI soll bis Ende 2020 verlängert und das mobilisierte Volumen auf 500 Mrd. € erhöht werden. Damit ist es gelungen, innerhalb kürzester Zeit eine Positionierung des Rates in diesem wichtigen Dossier zu erzielen. Nun stehen die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament an. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble begrüßte das erreichte Ergebnis. Er wies jedoch darauf hin, dass die sorgfältige Prüfung der Zusätzlichkeit für jedes zu fördernde Projekt nicht von einem Volumenziel dominiert werden solle. Der Erfolg des Investitionsplans für Europa hänge zudem von der Umsetzung aller drei Säulen ab, inklusive der Investitionsberatung und dem Abbau von Investitionsbarrieren in den Mitgliedstaaten. Zum Abbau der Investitionsbarrieren solle auch ein Bericht der Europäischen Investitionsbank (EIB), gegebenenfalls mit einem Benchmarking in geeigneter Form, beitragen. Weiterhin

sei eine vertiefte, unabhängige Auswertung der Arbeit des EFSI erforderlich. Neben der Einigung zum EFSI verabschiedete der ECOFIN Schlussfolgerungen zum Abbau von Investitionshemmnissen in den Mitgliedstaaten.

Der ECOFIN konnte noch keine Allgemeine Ausrichtung zu einer Änderung der Anti-Steuervermeidungsrichtlinie im Hinblick auf hybride Gestaltungen (sogenannte Anti-Tax-Avoidance-Directive 2 (ATAD 2)) erzielen, auch wenn von allen Mitgliedstaaten das Ziel der Richtlinie und die Verhandlungsfortschritte begrüßt wurden. Der Vorschlag ist Teil des von der Europäischen Kommission am 25. Oktober 2016 vorgelegten Unternehmenssteuerpakets und dient der Umsetzung der BEPS-Empfehlungen der OECD (BEPS – Base Erosion and Profit Shifting; Gewinnkürzung und -verlagerung). Am Vorabend hatte der Vorsitz Kompromissvorschläge vorgelegt. Diesen konnte jedoch eine Reihe von Mitgliedstaaten, auch vor dem Hintergrund der Komplexität der Materie, nicht so kurzfristig zustimmen. Der weiter bestehende Diskussionsbedarf konnte jedoch auf die Teilaspekte „Ausnahmen im Finanzmarktbereich“ und „Umsetzungsfristen“ eingeengt werden. Die kommende maltesische Präsidentschaft sagte zu, die Arbeiten an diesem Dossier fortzuführen. Die Bundesregierung hatte sich zusammen mit dem Vorsitz für eine Einigung im ECOFIN stark gemacht.

Zur Finanztransaktionsteuer (FTT) wurde der ECOFIN über den erreichten Verhandlungsstand zur Einführung einer FTT in Verstärkter Zusammenarbeit unterrichtet. Dabei berichtete Österreich als Vorsitz der in der Verstärkten Zusammenarbeit kooperierenden Mitgliedstaaten über die Übereinstimmung unter den 10 teilnehmenden Staaten im Hinblick auf Kernelemente einer FTT. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble warb gegenüber den nicht teilnehmenden Staaten für einen Beitritt zur Verstärkten Zusammenarbeit. Dies würde die Bedingungen für eine FTT verbessern. Wichtig sei auch, dass die OECD das Thema aufgreife.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPAISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Zur Bankenunion berichtete der Vorsitz über den Stand der technischen Arbeiten am Vorschlag der Europäischen Kommission für ein Einheitliches Einlagensicherungssystem (EDIS). Zudem stellte die Europäische Kommission ihr am 23. November 2016 vorgelegtes Paket mit Vorschlägen zur Risikoreduktion im Bankensektor vor. Dieses greift zentrale Elemente des Arbeitsplans des Juni-ECOFIN auf und umfasst Vorschläge zu Verlustpuffern für den Krisenfall, der Harmonisierung der Insolvenzrangfolge im Bankensektor sowie eine Überarbeitung des EU-Bankenaufsichtsrechts. In einer ersten Aussprache unterstützte der Großteil der Mitgliedstaaten grundsätzlich die Vorlage des Pakets zur Risikoreduktion, äußerte aber zum Teil deutliche Kritik an einzelnen Vorschlägen. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble sprach sich für einen ehrgeizigeren Ansatz zur Risikoreduktion aus und verlangte dazu deutliche Nachbesserungen der Vorschläge. Politische Verhandlungen zur Risikoteilung könnten entsprechend der Vereinbarung von Juni 2016 erst auf der Grundlage einer substantiellen Risikoreduktion erfolgen. Positiv äußerten sich Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Vertreter weiterer Mitgliedstaaten zu enthaltenen Maßnahmen zur Entlastung kleiner Banken und der Kreditvergabe an Mittelstandsunternehmen, wodurch entsprechende Anregungen der Bundesregierung aufgenommen werden.

Der Vorsitz berichtete über den Stand der Verhandlungen zur Änderung der Anti-Geldwäscherichtlinie. Er strebe weiterhin eine Einigung im Rat bis zum Jahresende 2016 an und bat die Mitgliedstaaten um ihre Kooperation.

Im Mehrwertsteuerbereich stellte die Europäische Kommission kurz ihr am 1. Dezember 2016 vorgelegtes Paket mit Regelungen für den grenzüberschreitenden elektronischen Handel zwischen Unternehmen und Verbrauchern sowie für elektronische Publikationen vor. Dieses beinhaltet beispielsweise eine Ausweitung des „One-Stop-Shop-Mechanismus“ auf den grenzüberschreitenden

Fernverkauf von Gegenständen an den Endverbraucher sowie eine Richtlinie, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen soll, ermäßigte Mehrwertsteuersätze auf elektronische Bücher und Zeitungen anzuwenden.

Der Vorsitz und die Europäische Kommission berichteten über die unter slowakischer Präsidentschaft erfolgten Arbeiten zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Sie betonten die Diskussion beim informellen ECOFIN im September 2016 zur Frage einer EU-Arbeitslosenversicherung sowie die erfolgten Arbeiten zur Verbesserung der Transparenz im Stabilitäts- und Wachstums- pakt. Die Europäische Kommission begrüßte zudem ihre Ankündigung, im März 2017 ein Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion vorzulegen. Aus Sicht der Europäischen Kommission behielten die Vorschläge des Berichts der fünf Präsidenten zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion von 2015 weiterhin ihre Gültigkeit.

Die Europäische Kommission stellte zum Auftakt des Europäischen Semesters 2017 den Jahreswachstumsbericht 2017, den Frühwarnbericht im Ungleichgewichteverfahren 2017 sowie den Entwurf einer Empfehlung für den Euroraum vor. Die Finanzminister werden im Januar 2017 über diese Empfehlungen beraten.

Die Europäische Kommission unterrichtete kurz über den Stand der Umsetzung des Aktionsplans im Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung. Hierzu hatte der Rat im Februar 2016 Schlussfolgerungen verabschiedet. Die Initiative war auf besonderes Bestreben Frankreichs und Deutschlands in Reaktion auf die Anschläge von Paris zustande gekommen.

Im Zollbereich berichtete der Vorsitz über die Einrichtung der hochrangigen Gruppe der Generalzolldirektoren. Diese hat Ende Oktober 2016 getagt und soll zukünftig dazu dienen, strategische Fragen im Zollbereich vorzubereiten, z. B. im Bereich „Risiko- management und Terrorismusbekämpfung“.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Der ECOFIN nahm zudem Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz und Vorhersehbarkeit im Rahmen der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes an. Zukünftig soll die Ausgabenentwicklung stärker als in der Vergangenheit als Indikator zur Einhaltung der Vorgaben sowohl im präventiven als auch im korrektriven Arm des Pakts herangezogen werden. Eine Änderung der Verordnungen ist hierfür nicht erforderlich.

Unter „Sonstiges“ unterrichtete die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten über den Stand der Arbeiten zur Schaffung der Kapitalmarktunion. Mitte 2017 plane die Europäische Kommission hierzu einen Zwischenbericht. Schwerpunkte sollten dann im Bereich „FinTech“, nachhaltige Finanzprodukte und private Altersversorgung liegen. Zur Identifikation weiterer Schwerpunkte sei die Europäische Kommission an einem engen Austausch mit den Mitgliedstaaten interessiert.

 Aktuelles aus dem BMF

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

26./27. Januar 2017	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
20./21. Februar 2017	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
9./10. März 2017	Europäischer Rat in Brüssel
17./18. März 2017	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Baden-Baden
20./21. März 2017	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
7./8. April 2017	Eurogruppe und informeller ECOFIN-Rat in Malta
20./21. April 2017	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.
21. bis 23. April 2017	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
22./23. Mai 2017	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2017 und des Finanzplans bis 2020

23. März 2016	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
2. - 4. Mai 2016	Steuerschätzung in Essen
8. Juni 2016	Stabilitätsrat
6. Juli 2016	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
12. August 2016	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
5. bis 9. September 2016	1. Lesung Bundestag
23. September 2016	1. Durchgang Bundesrat
2. bis 4. November 2016	Steuerschätzung in Nürnberg
29. November bis 2. Dezember 2016	2./3. Lesung Bundestag
16. Dezember 2016	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2016	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Aktuelles aus dem BMF

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Januar 2017	Dezember 2016	27. Januar 2017
Februar 2017	Januar 2017	23. Februar 2017
März 2017	Februar 2017	23. März 2017
April 2017	März 2017	21. April 2017
Mai 2017	April 2017	22. Mai 2017
Juni 2017	Mai 2017	22. Juni 2017
Juli 2017	Juni 2017	20. Juli 2017
August 2017	Juli 2017	21. August 2017
September 2017	August 2017	21. September 2017
Oktober 2017	September 2017	20. Oktober 2017
November 2017	Oktober 2017	23. November 2017
Dezember 2017	November 2017	21. Dezember 2017

¹ Nach Special Data Dissemination Standard Plus (SDDS Plus) des IWF, siehe <http://dsbb.imf.org>.

Publikationen des BMF

Das BMF hat folgende Publikation neu herausgegeben:

- Reform der EU-Finanzierung: Subsidiarität und Transparenz stärken
- G20 Präsidentschaft 2017 - Schwerpunkte im Finanzbereich
- Vorsorgende Finanzpolitik für ein alterndes Deutschland

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721
Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>
<http://www.bmf.bund.de>

Aktuelles aus dem BMF

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Stellenausschreibungen

IT-Sachbearbeiterinnen/-Sachbearbeiter	60
IT-Referentinnen/-Referenten	62

Das Bundesministerium der Finanzen sucht kurzfristig für die Laufbahn des gehobenen Dienstes

IT-Sachbearbeiterinnen/-Sachbearbeiter

am Standort Berlin

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) bildet zusammen mit weit über 45 000 Beschäftigten aus seinem Geschäftsbereich die Bundesfinanzverwaltung. Zur Erledigung der vielfältigen und anspruchsvollen IT-Aufgaben in der Zentralabteilung, der Abteilung Bundeshaushalt und der Steuerabteilung des BMF suchen wir mehrere engagierte und leistungsfähige IT-Sachbearbeiterinnen/IT-Sachbearbeiter.

Der Schwerpunkt Ihrer Aufgaben hängt von dem konkreten Einsatzbereich ab:

- In der Zentralabteilung: Koordinierung der IT der gesamten Bundesfinanzverwaltung sowie IT-Fachaufsicht über das Informationstechnikzentrum Bund (ITZBund), dem zentralen IT-Dienstleister des Bundes
- In der Abteilung Bundeshaushalt: Durchführung von und Mitarbeit in IT-Großprojekten im Bereich des Bundeshaushalts
- In der Steuerabteilung: Koordinierung von IT-Themen, von Anforderungen an die Automatisierungsverfahren des Bundes sowie von digitalen Vollzugsmaßnahmen im steuerfachlichen Bereich

Anforderungen

- Abgeschlossenes (Fach-)Hochschulstudium der **Informatik, Wirtschaftsinformatik oder Verwaltungsinformatik** (Bachelor) mindestens mit der Note „gut“
- Möglichst in der Praxis bewährte, aktuelle Erfahrungen im Bereich der Informationstechnik (IT-Projekte, IT-Steuerungsprozesse, IT-Architekturen, Rechenzentrumsbetrieb, Softwareentwicklung)
- Möglichst Erfahrungen mit technischen und organisatorischen IT-Konsolidierungsprojekten
- Möglichst Kenntnisse im Bereich Informationstechnik der Bundesfinanzverwaltung (Rollen, Prozesse, fachliche Rahmenbedingungen) oder die Bereitschaft, sich diese Kenntnisse kurzfristig anzueignen
- Möglichst Kenntnisse über Aufbau und Abläufe beim ITZBund oder die Bereitschaft, sich diese Kenntnisse kurzfristig anzueignen
- Gute Englischkenntnisse

Aktuelles aus dem BMF

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Darüber hinaus besitzen Sie die Fähigkeit, sich schnell in neue und wechselnde Aufgabenstellungen einzuarbeiten und komplexe Sachverhalte systematisch und analytisch zu bearbeiten.

Insbesondere Eigeninitiative, Einsatzbereitschaft, Entscheidungs- und Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick und Teamfähigkeit zeichnen Ihre Persönlichkeit aus.

Wir bieten Ihnen einen interessanten und zukunftsorientierten Arbeitsplatz in einem der größten Bundesministerien. Bei Erfüllung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfolgt Ihre Einstellung im **Beamtenverhältnis** auf Probe als Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor (Besoldungsgruppe A 10). Erfüllen Sie diese Voraussetzungen noch nicht, werden Sie zunächst in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis nach den Bestimmungen des TVöD eingestellt.

Beamtinnen/Beamte aus anderen Verwaltungen werden in ihrem bisherigen Amt nach einer vorhergehenden circa sechsmonatigen Abordnung versetzt. Sie erhalten eine Zulage für den Dienst in einer obersten Bundesbehörde („**Ministerialzulage**“). Tarifbeschäftigte können darüber hinaus eine IT-Fachkräftezulage erhalten.

Das Bundesministerium der Finanzen fördert seine Beschäftigten durch qualifizierte **Fortbildungen** und offeriert zahlreiche Instrumente zur **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**. Eine **Teilzeitbeschäftigung** ist grundsätzlich möglich. Wir gewährleisten die berufliche Gleichstellung von **Frauen und Männern**. Da wir bestrebt sind, den Frauenanteil zu erhöhen, sind wir an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden Frauen nach Maßgabe des Bundesgleichstellungsgesetzes und schwerbehinderte Menschen nach dem SGB IX bevorzugt berücksichtigt. Von schwerbehinderten Menschen wird ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt.

Wir freuen uns zudem über Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten.

Ihre Bewerbung

Fühlen Sie sich angesprochen und erfüllen Sie die genannten Voraussetzungen? Dann freuen wir uns über Ihre **Online-Bewerbung** über www.interamt.de, Stellen-ID 360634, bis zum 10. Januar 2017.

Wir bitten zusätzlich zum dort hinterlegten Bewerbungsbogen einen tabellarischen Lebenslauf, Kopien der Schulabgangs-, Prüfungs- und Beschäftigungszeugnisse sowie gegebenenfalls einen Nachweis über die Schwerbehinderung oder Gleichstellung beizufügen. Bei einem ausländischen Hochschulabschluss fügen Sie bitte auch den Nachweis der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (www.kmk.org/zab.html) über die Feststellung der Gleichwertigkeit des Studienabschlusses mit einem inländischen Hochschulabschluss bei.

Zur Bewerberauswahl findet voraussichtlich im Februar 2017 ein gestuftes Auswahlverfahren statt.

Zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte werden alle zur Verfügung gestellten Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens gelöscht beziehungsweise vernichtet.

Für Fragen bezüglich des Bewerbungsverfahrens steht Ihnen Frau Becker, Tel.: 03018 682 - 2948, E-Mail: stefanie.becker@bmf.bund.de, zur Verfügung.

Weitere Informationen über das BMF und das Ministerium als attraktiven Arbeitgeber finden Sie auf unserer Homepage unter www.bundesfinanzministerium.de.

Aktuelles aus dem BMF

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Das Bundesministerium der Finanzen sucht kurzfristig für die Laufbahn des gehobenen Dienstes

IT-Referentinnen/-Referenten

am Standort Berlin

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) bildet zusammen mit weit über 45 000 Beschäftigten aus seinem Geschäftsbereich die Bundesfinanzverwaltung. Zur Erledigung der vielfältigen und anspruchsvollen IT-Aufgaben in der Zentralabteilung, der Abteilung Bundeshaushalt und der Steuerabteilung des BMF suchen wir engagierte und leistungsfähige IT-Spezialistinnen/IT-Spezialisten.

Der Schwerpunkt Ihrer Aufgaben hängt von dem konkreten Einsatzbereich ab:

- In der Zentralabteilung: Koordinierung der IT der gesamten Bundesfinanzverwaltung sowie IT-Fachaufsicht über das Informationstechnikzentrum Bund (ITZBund), dem zentralen IT-Dienstleister des Bundes
- In der Abteilung Bundeshaushalt: Durchführung von und Mitarbeit in IT-Großprojekten im Bereich des Bundeshaushalts
- In der Steuerabteilung: Koordinierung von IT-Themen, von Anforderungen an die Automatisierungsverfahren des Bundes sowie von digitalen Vollzugsmaßnahmen im steuerfachlichen Bereich

Anforderungen

- Abgeschlossenes (Fach-)Hochschulstudium der Informatik, Wirtschaftsinformatik, Verwaltungsinformatik, Mathematik oder Physik (Master oder Universitätsdiplom) mindestens mit der Note „gut“
- oder als **Volljurist/in** Abschluss eines juristischen Staatsexamens mindestens mit der Note „vollbefriedigend“ und des anderen mindestens mit der Note „befriedigend“
- Einschlägige und möglichst aktuelle Berufserfahrungen nach dem Masterabschluss oder Universitätsdiplom beziehungsweise dem 2. Juristischen Staatsexamen im Bereich der Informationstechnik: IT-Projekte, IT-Steuerungsprozesse, IT-Architekturen, Rechenzentrumsbetrieb, Softwareentwicklung
- Möglichst Erfahrungen mit technischen und organisatorischen IT-Konsolidierungsprojekten sowie ITIL-Kenntnisse (IT Infrastructure Library)
- Gute Englischkenntnisse

Darüber hinaus besitzen Sie die Fähigkeit, sich schnell in neue und wechselnde Aufgabenstellungen einzuarbeiten und komplexe Sachverhalte systematisch und analytisch zu bearbeiten. Insbesondere Eigeninitiative, Einsatzbereitschaft, Entscheidungs- und Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick und Teamfähigkeit zeichnen Ihre Persönlichkeit aus.

Aktuelles aus dem BMF

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Wir bieten Ihnen einen interessanten und zukunftsorientierten Arbeitsplatz in einem der größten Bundesministerien. Bei Erfüllung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfolgt Ihre Einstellung im **Beamtenverhältnis** auf Probe als Regierungsrätin/Regierungsrat (Besoldungsgruppe A 13). Erfüllen Sie diese Voraussetzungen noch nicht, werden Sie zunächst in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis nach den Bestimmungen des TVöD (Entgeltgruppe 13) eingestellt. Beamten/Beamte aus anderen Verwaltungen werden in ihrem bisherigen Amt (maximal Besoldungsgruppe A 14) nach einer vorhergehenden circa sechsmonatigen Abordnung versetzt. Sie erhalten eine Zulage für den Dienst in einer obersten Bundesbehörde („**Ministerialzulage**“).

Das Bundesministerium der Finanzen fördert seine Beschäftigten durch qualifizierte **Fortbildungen** und offeriert zahlreiche Instrumente zur **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**. Eine Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich. Wir gewährleisten die berufliche **Gleichstellung von Frauen und Männern**. Da wir bestrebt sind, den Frauenanteil zu erhöhen, sind wir an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden Frauen nach Maßgabe des Bundesgleichstellungsgesetzes und schwerbehinderte Menschen nach dem SGB IX bevorzugt berücksichtigt. Soweit bei **schwerbehinderten Bewerberinnen/Bewerbern** ein zeitlicher Kausalzusammenhang zwischen dem Eintritt der Schwerbehinderung und dem Erwerb des Diplombeziehungsweise Masterabschlusses oder dem Ablegen eines der beiden Staatsexamina nachweisbar ist, wird der Abschluss dieses Studiums beziehungsweise beider Examina mindestens mit der Note „befriedigend“ vorausgesetzt.

Wir freuen uns zudem über Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten.

Ihre Bewerbung

Fühlen Sie sich angesprochen und erfüllen Sie die genannten Voraussetzungen? Dann freuen wir uns über Ihre **Online-Bewerbung** über www.interamt.de, Stellen-ID 358587, bis zum 10. Januar 2017.

Wir bitten zusätzlich zum dort hinterlegten Bewerbungsbogen einen tabellarischen Lebenslauf, Kopien der Schulabgangs-, Prüfungs- und Beschäftigungszeugnisse sowie gegebenenfalls einen Nachweis über die Schwerbehinderung oder Gleichstellung beizufügen. Bei einem ausländischen Hochschulabschluss fügen Sie bitte auch den Nachweis der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (www.kmk.org/zab.html) über die Feststellung der Gleichwertigkeit des Studienabschlusses mit einem inländischen Hochschulabschluss bei.

Zur Bewerberauswahl findet voraussichtlich im Februar 2017 (8. Kalenderwoche) ein gestuftes Auswahlverfahren statt.

Zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte werden alle zur Verfügung gestellten Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens gelöscht beziehungsweise vernichtet.

Für Fragen bezüglich des Bewerbungsverfahrens stehen Ihnen Herr Seehöfer, Tel.: 03018 682 - 1220, und Frau Almstedt, Tel.: 03018 682 - 1325, E-Mail: Bewerbung@bmf.bund.de, zur Verfügung.

Weitere Informationen über das BMF und das Ministerium als attraktiven Arbeitgeber finden Sie auf unserer Homepage unter www.bundesfinanzministerium.de.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 66

1	Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen	66
2	Gewährleistungen	67
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund.....	68
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund.....	70
5	Bundeshaushalt 2015 bis 2020	73
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017	74
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017	76
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2017	80
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	82
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	84
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	86
12	Entwicklung der Staatsquote	87
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte	88
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik.....	90
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	91
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden.....	92
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	93
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich.....	94
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	95
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich.....	96
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015.....	97

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte 98

Abb. 1	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2015/2016	98
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2016 im Vergleich zum Jahressoll 2016	98
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2016.....	99
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2016	101

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes.... 105

1	Produktionslücken, Budgetsemelastizität und Konjunkturkomponenten	106
2	Produktionspotenzial und -lücken	107
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum	108
4	Bruttoinlandsprodukt	109
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	111
6	Kapitalstock und Investitionen.....	115
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität.....	116
8	Preise und Löhne	117

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 119

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.....	119
2	Preisentwicklung	120
3	Außenwirtschaft	121
4	Einkommensverteilung.....	122
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	123
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	124
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	125
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	126
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	127
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	128
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	132

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen in Mio. €

	Schuldenstand 31. Dezember 2015	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand 30. November 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
Haushaltskredite	1 097 175	185 765	-181 751	1 101 189	4 014
Gliederung nach Verwendung					
Bundesaushalt	1 050 926	186 874	-178 284	1 059 516	8 590
Finanzmarktstabilisierungsfonds	25 227	-524	-1 768	22 935	-2 293
Investitions- und Tilgungsfonds	21 022	-585	-1 699	18 738	-2 284
Gliederung nach Schuldenarten					
Bundeswertpapiere	1 079 829	187 694	-180 923	1 086 669	6 771
Bundesanleihen	662 891	58 167	-50 500	670 558	7 667
30-jährige Bundesanleihen	189 048	9 235	-4 500	193 783	4 735
10-jährige Bundesanleihen	473 843	48 931	-46 000	476 775	2 931
inflationsindexierte Bundeswertpapiere	74 495	6 933	-15 000	66 428	-8 067
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	2 906	1 870	-	4 776	1 870
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	57 036	5 057	-15 000	47 092	-9 943
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	14 553	7	-	14 560	7
Bundesobligationen	232 387	36 241	-50 000	218 628	-13 759
Bundesschatzanweisungen	96 389	49 305	-39 000	106 694	10 305
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	10 887	37 048	-25 905	22 099	11 143
sonstige Bundeswertpapiere	2 780	0	-518	2 262	-518
Schuldscheindarlehen	10 649	0	-833	9 816	-833
sonstige Kredite und Buchschulden	6 697	-1 928	4	4 704	-1 924
Gliederung nach Restlaufzeiten					
bis 1 Jahr	166 685			156 893	-9 791
über 1 Jahr bis 4 Jahre	327 184			356 817	29 632
über 4 Jahre	603 306			587 479	-15 827
nachrichtlich:					
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung	5 607			3 416	-2 190
inflationsindexierter Bundeswertpapiere					
Rücklagen gemäß Schlussfinanzierungsgesetz	4 450			2 317	-2 133

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung	
		am 30. September 2016 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2015
Ausfuhren	160,0	128,5	132,2
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	46,7	44,8
FZ-Vorhaben	25,7	17,2	12,6
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	102,3	105,0
Internationale Finanzierungsinstitutionen	66,0	60,0	56,8
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	10,0	10,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
2016 Dezember	-	-	-	-	-	-
November	282 028	276 645	-5 382	-26 962	179	21 070
Oktober	255 075	254 233	-840	-25 379	176	24 025
September	231 684	233 154	1 472	-19 130	146	20 059
August	207 451	203 266	-4 183	-17 600	132	18 961
Juli	184 055	181 195	-2 858	-29 133	106	31 792
Juni	150 661	155 597	4 937	-6 292	62	16 702
Mai	128 374	123 617	-4 756	-19 718	31	20 405
April	106 757	100 080	-6 676	-35 876	-70	34 541
März	83 507	74 622	-8 883	-25 195	-115	21 607
Februar	61 282	42 815	-18 465	-37 291	-141	24 785
Januar	38 739	22 149	-16 589	-41 607	-130	24 889
2015 Dezember	299 285	311 055	11 792	0	353	0
November	275 901	267 237	-8 617	-19 916	200	11 500
Oktober	252 058	247 873	-4 144	-23 768	198	19 822
September	228 888	226 166	-2 686	-14 053	188	11 555
August	202 583	196 915	-5 636	-12 976	191	7 531
Juli	180 764	174 943	-5 794	-21 268	179	15 653
Juni	147 444	147 872	450	-4 819	129	5 398
Mai	124 549	113 481	-11 046	-17 612	72	6 638
April	104 640	90 101	-14 518	-34 653	-28	20 106
März	81 483	68 011	-13 454	-28 180	-105	14 620
Februar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	-129	17 144
Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	-126	10 252
2014 Dezember	295 486	295 147	-297	0	297	0
November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 579
Juli	184 378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	-18	10 028
März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	-161	18 534

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
2013 Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	-107	4 780
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	-250
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
 Central Government Debt – Schulden des Bundes und seiner Sondervermögen

	Central Government Debt					Gewährleistungen ¹			
	Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten				Schulden insgesamt				
	Total debt								
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Total debt					
	Short term	Medium term	Long term	in Mio. €/€ m	in Mrd. €/€ bn				
2016 Dezember	-	-	-	-	-				
November	156 893	356 817	587 479	1 101 189	-				
Oktober	160 211	353 929	580 978	1 095 118	-				
September	160 816	353 205	591 457	1 105 478	467				
August	160 198	344 997	598 627	1 103 823	-				
Juli	159 029	342 531	590 442	1 092 002	-				
Juni	163 083	336 341	602 509	1 101 932	464				
Mai	163 453	344 611	592 567	1 100 631	-				
April	160 133	340 391	582 702	1 083 226	-				
März	170 913	319 285	608 440	1 098 638	458				
Februar	169 774	329 687	598 791	1 098 251	-				
Januar	168 222	341 169	588 023	1 097 414	-				
2015 Dezember	166 685	327 184	603 306	1 097 175	469				
November	168 065	336 257	602 786	1 107 108	-				
Oktober	170 274	332 251	596 101	1 098 627	-				
September	174 816	330 669	599 875	1 105 360	461				
August	181 894	340 017	589 117	1 111 028	-				
Juli	185 717	336 172	580 608	1 102 497	-				
Juni	186 398	332 244	594 255	1 112 897	469				
Mai	184 474	344 280	585 291	1 114 045	-				
April	183 316	340 068	575 739	1 099 123	-				
März	170 054	353 776	582 063	1 105 892	464				
Februar	173 942	362 357	574 994	1 111 293	-				
Januar	175 646	358 395	582 244	1 116 284	-				
2014 Dezember	174 418	344 350	596 205	1 114 973	464				
November	174 865	355 735	593 212	1 123 811	-				
Oktober	179 904	352 355	584 644	1 116 904	-				
September	179 650	348 783	587 261	1 115 694	459				
August	182 193	360 447	576 780	1 119 419	-				
Juli	184 184	356 339	569 683	1 110 206	-				
Juni	188 514	350 756	582 619	1 121 888	452				
Mai	187 882	363 376	572 633	1 123 891	-				
April	189 874	358 460	561 374	1 109 708	-				
März	192 454	344 362	581 505	1 118 321	449				
Februar	195 998	355 633	571 956	1 123 587	-				
Januar	182 989	351 395	577 490	1 111 874	-				

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

	Central Government Debt					Gewährleistungen ¹			
	Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten				Schulden insgesamt				
	Total debt			Debt guaranteed					
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)						
	Short term	Medium term	Long term	Total debt	in Mrd. €/€ bn				
	in Mio. €/€ m								
2013 Dezember	185 271	341 269	587 045	1 113 586	443				
November	188 754	351 185	582 457	1 122 396	-				
Oktober	189 757	347 773	569 078	1 106 607	-				
September	189 278	345 590	573 190	1 108 058	470				
August	193 020	356 381	562 007	1 111 409	-				
Juli	194 720	352 590	552 163	1 099 473	-				
Juni	190 827	354 337	561 762	1 106 926	474				
Mai	190 923	365 209	551 931	1 108 063	-				
April	185 788	361 159	541 621	1 088 568	-				
März	196 977	358 249	548 694	1 103 920	472				
Februar	200 351	369 334	539 369	1 109 054	-				
Januar	201 089	349 799	543 590	1 094 479	-				
2012 Dezember	198 359	344 094	553 079	1 095 533	470				
November	202 601	355 077	551 259	1 108 937	-				
Oktober	201 414	349 798	537 404	1 088 616	-				
September	201 576	345 126	542 966	1 089 668	508				
August	208 360	355 924	529 662	1 093 945	-				
Juli	208 104	352 283	520 825	1 081 212	-				
Juni	212 946	347 436	530 779	1 091 161	459				
Mai	214 688	357 227	523 689	1 095 604	-				
April	213 986	352 526	512 860	1 079 372	-				
März	202 748	342 881	534 056	1 079 685	454				
Februar	206 070	356 415	523 881	1 086 365	-				
Januar	207 850	336 560	530 200	1 074 610	-				

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

	Central Government Debt					Gewährleistungen ¹			
	Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten				Schulden insgesamt				
	Total debt			Debt guaranteed					
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)						
	Short term	Medium term	Long term	Total debt	in Mio. €/€ m				
					in Mrd. €/€ bn				
2011 Dezember	208 659	325 547	541 458	1 075 664	378				
November	215 408	337 011	536 176	1 088 595	-				
Oktober	219 396	331 770	525 205	1 076 371	-				
September	225 341	328 198	533 879	1 087 418	376				
August	223 570	344 093	524 129	1 091 792	-				
Juli	224 983	338 696	517 939	1 081 618	-				
Juni	222 841	340 497	528 153	1 091 490	361				
Mai	218 689	353 569	523 092	1 095 350	-				
April	220 829	347 235	512 372	1 080 436	-				
März	225 835	339 414	515 722	1 080 971	348				
Februar	221 904	353 140	504 297	1 079 342	-				
Januar	226 030	330 826	512 329	1 069 186	-				

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2015-2020
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Ist	Soll ¹	Soll	Finanzplanung		
	Mrd. €					
1. Ausgaben	299,3	316,9	329,1	331,1	343,3	349,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 1,3	+ 5,9	+ 3,8	+ 0,6	+ 3,7	+ 1,7
2. Einnahmen²	311,1	310,5	322,1	330,8	343,0	349,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 5,4	- 0,2	+ 3,7	+ 2,7	+ 3,7	+ 1,7
darunter:						
Steuereinnahmen	281,7	288,1	301,0	315,5	327,9	339,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 4,0	+ 2,3	+ 4,5	+ 4,8	+ 3,9	+ 3,5
3. Finanzierungssaldo	11,8	-6,4	-7,0	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	+ 3,9	- 2,0	- 2,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	170,2	189,5	179,9	193,5	181,0	201,2
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-18,5	-3,3	12,2	0,1	-1,8	0,9
6. Tilgungen (+)	188,7	192,8	167,7	192,9	182,8	200,3
7. Nettokreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
nachrichtlich:						
investive Ausgaben	29,6	35,0	36,1	34,5	35,1	30,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,9	+ 18,4	+ 3,1	- 4,3	+ 1,6	- 12,2
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Stand: Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2016; Kabinettsbeschluss vom 30. November 2016.

²Gemäß BHO §13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

³Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Dezember 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

Ausgabeart	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Ist			Soll ¹	Soll	
	in Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 046	28 575	29 209	29 907	30 989	31 988
Aktivitätsbezüge	20 619	20 938	21 280	21 695	22 562	23 433
ziviler Bereich	9 289	9 599	9 997	10 395	11 594	11 700
militärischer Bereich	11 331	11 339	11 283	11 300	10 968	11 733
Versorgung	7 427	7 637	7 928	8 212	8 427	8 555
ziviler Bereich	2 538	2 619	2 699	2 765	2 831	2 888
militärischer Bereich	4 889	5 018	5 229	5 447	5 596	5 667
Laufender Sachaufwand	23 703	23 152	23 174	24 305	26 202	28 957
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 384	1 453	1 352	1 462	1 493	1 542
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 287	8 550	8 814	9 055	10 186	11 258
sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	13 148	13 008	13 788	14 523	16 157
Zinsausgaben	30 487	31 302	25 916	21 066	20 272	18 462
an andere Bereiche	30 487	31 302	25 916	21 066	20 272	18 462
Sonstige	30 487	31 302	25 916	21 066	20 272	18 462
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	30 446	31 261	25 874	21 024	20 230	18 420
an Ausland	-	-	0	0	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	190 781	187 308	193 751	204 322	215 728
an Verwaltungen	17 090	27 273	21 108	24 064	24 285	26 824
Länder	11 529	13 435	14 133	16 154	17 137	19 618
Gemeinden	8	8	5	19	6	5
Sondervermögen	5 552	13 829	6 969	7 890	7 143	7 201
Zweckverbände	1	0	0	0	0	0
an andere Bereiche	170 644	163 508	166 200	169 687	180 036	188 904
Unternehmen	24 225	25 024	25 517	25 616	28 296	30 044
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	26 307	27 055	28 029	28 903	29 609	29 893
an Sozialversicherung	113 424	103 693	104 719	107 334	111 824	116 878
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 668	1 656	1 889	1 936	2 575	3 711
an Ausland	5 017	6 075	6 043	5 894	7 730	8 374
an Sonstige	2	5	5	4	2	4
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	269 971	273 811	265 607	269 028	281 785	295 135

¹Stand: Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2016; Kabinettsbeschluss vom 30. November 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

Ausgabeart	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Ist				Soll ¹	Soll
	in Mio. €					
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 760	7 895	7 865	7 684	9 264	10 037
Baumaßnahmen	6 147	6 264	6 419	6 141	7 137	7 533
Erwerb von beweglichen Sachen	983	1 020	983	1 186	1 491	1 846
Grunderwerb	629	611	463	357	636	658
Vermögensübertragungen	16 005	15 327	16 575	21 219	24 139	23 473
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 524	14 772	15 971	20 516	23 419	22 639
an Verwaltungen	5 789	4 924	4 854	8 779	9 628	7 012
Länder	5 152	4 873	4 786	5 213	5 790	6 478
Gemeinden und Gemeindeverbände	56	52	68	66	107	89
Sondervermögen	581	-	0	3 500	3 731	446
an andere Bereiche	9 735	9 848	11 118	11 737	13 792	15 627
sonstige - Inland	6 234	6 393	5 886	6 625	8 114	8 892
Ausland	3 501	3 455	5 232	5 112	5 678	6 735
Sonstige Vermögensübertragungen	480	555	604	703	719	834
an andere Bereiche	480	555	604	703	719	834
Unternehmen - Inland	4	7	5	0	30	30
sonstige - Inland	129	141	135	131	132	125
Ausland	348	406	464	572	557	679
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	13 040	10 810	5 439	1 353	2 301	3 395
Darlehensgewährung	2 736	2 032	1 024	983	1 848	1 927
an Verwaltungen	1	0	0	0	1	1
Länder	1	0	0	0	1	1
an andere Bereiche	2 735	2 032	1 023	983	1 847	1 926
sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 070	597	793	708	1 597	1 609
Ausland	1 666	1 435	230	274	250	317
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10 304	8 778	4 416	370	453	1 469
Inland	0	91	72	370	113	1 303
Ausland	10 304	8 687	4 343	0	340	165
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	36 804	34 032	29 879	30 257	35 703	36 905
Darunter: Investive Ausgaben	36 324	33 477	29 275	29 553	34 984	36 071
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	0	- 588	- 2 940
Ausgaben zusammen	306 775	307 843	295 486	299 285	316 900	329 100

¹Stand: Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2016; Kabinettsbeschluss vom 30. November 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Soll 2017

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
0	Allgemeine Dienste	77 806	69 733	28 598	22 581	0	18 554
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	16 326	15 734	4 413	2 158	0	9 162
02	auswärtige Angelegenheiten	13 949	7 794	584	376	0	6 834
03	Verteidigung	36 620	36 264	17 400	17 313	0	1 551
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	5 728	5 024	2 867	1 777	0	379
05	Rechtsschutz	621	606	319	133	0	153
06	Finanzverwaltung	4 560	4 312	3 013	824	0	475
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	23 935	20 024	568	1 303	0	18 153
13	Hochschulen	5 735	4 719	16	13	0	4 690
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 977	3 963	0	115	0	3 848
15	sonstiges Bildungswesen	416	306	13	78	0	214
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	12 729	10 306	538	1 079	0	8 689
19	übrige Bereiche aus 1	1 077	730	1	18	0	712
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	170 486	169 199	532	535	0	168 132
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	111 943	111 943	39	0	0	111 904
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	8 275	8 275	0	6	0	8 269
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 111	1 427	0	5	0	1 422
25	Arbeitsmarktpolitik	37 057	36 948	1	84	0	36 863
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	578	573	0	32	0	541
29	übrige Bereiche aus 2	10 521	10 032	492	408	0	9 132
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 324	1 374	410	542	0	422
31	Gesundheitswesen	709	664	235	283	0	146
32	Sport und Erholung	163	147	1	12	0	134
33	Umwelt- und Naturschutz	802	364	102	181	0	80
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	650	200	72	66	0	62
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	3 324	506	0	33	0	473
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	2 378	494	0	20	0	473
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	945	13	0	13	0	0
43	communale Gemeinschaftsdienste	2	0	0	0	0	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 251	644	13	309	0	322
52	Landwirtschaft und Ernährung	1 224	619	0	301	0	318
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	190	190	0	108	0	82
529	übrige Bereiche aus 52	1 034	429	0	193	0	236
599	übrige Bereiche aus 5	27	24	13	8	0	4

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Soll 2017

		Sach-investitionen	Vermögens-übertragun-gen	Darlehens-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital-rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
0	Allgemeine Dienste	1 755	5 747	571	8 073	8 057
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	478	115	0	593	593
02	auswärtige Angelegenheiten	160	5 514	482	6 155	6 155
03	Verteidigung	204	64	88	356	341
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	650	54	0	704	704
05	Rechtsschutz	16	0	0	16	16
06	Finanzverwaltung	248	0	0	248	248
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	152	3 758	0	3 911	3 911
13	Hochschulen	2	1 014	0	1 016	1 016
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	0	14	0	14	14
15	sonstiges Bildungswesen	1	110	0	110	110
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	144	2 279	0	2 423	2 423
19	übrige Bereiche aus 1	5	342	0	347	347
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	34	1 246	7	1 287	499
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	0	0	0	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	682	1	684	5
25	Arbeitsmarktpolitik	0	109	0	109	0
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	5	0	5	5
29	übrige Bereiche aus 2	33	450	6	489	489
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	490	459	0	949	949
31	Gesundheitswesen	38	8	0	46	46
32	Sport und Erholung	0	16	0	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	432	0	438	438
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	446	3	0	450	450
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	0	2 817	2	2 818	2 818
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	0	1 883	2	1 884	1 884
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	0	932	0	932	932
43	communale Gemeinschaftsdienste	0	2	0	2	2
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	605	1	608	608
52	Landwirtschaft und Ernährung	0	604	1	605	605
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
529	übrige Bereiche aus 52	0	604	1	605	605
599	übrige Bereiche aus 5	2	1	0	2	2

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Soll 2017

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 039	2 664	107	588	0	1 969
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	125	0	0	0	0	0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 546	1 504	0	84	0	1 420
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	636	517	0	81	0	436
65	Handel und Tourismus	359	359	0	289	0	70
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	0	11	0	0
68	sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 616	81	0	40	0	41
69	regionale Fördermaßnahmen	1 585	64	0	62	0	2
699	übrige Bereiche aus 6	131	128	107	21	0	0
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	20 818	4 972	1 153	2 626	0	1 193
72	Straßen	9 154	1 254	0	1 067	0	187
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 679	578	110	394	0	73
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	6 420	82	0	5	0	77
75	Luftfahrt	593	261	78	35	0	148
799	übrige Bereiche aus 7	2 973	2 797	964	1 125	0	708
8	Finanzwirtschaft	23 117	26 019	608	440	18 462	6 509
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 779	5 779	0	0	0	5 779
82	Steuern und Finanzzuweisungen	769	730	0	0	0	730
83	Schulden	18 471	18 471	0	9	18 462	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	581	581	581	0	0	0
88	Globalposten	-2 913	27	27	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	431	431	0	431	0	0
Summe aller Hauptfunktionen		329 100	295 135	31 988	28 957	18 462	215 728

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Soll 2017

		Sachin-vestitionen	Vermögens-übertragun-gen	Darlehens-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital-rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3	1 887	1 485	3 375	3 345
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	0	125	0	125	125
63	Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0	42	0	42	42
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	0	119	0	119	119
65	Handel und Tourismus	0	0	0	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	0	30	0	30	0
68	sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	50	1 485	1 535	1 535
69	regionale Fördermaßnahmen	0	1 521	0	1 521	1 521
699	übrige Bereiche aus 6	3	0	0	3	3
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 599	6 916	1 331	15 846	15 846
72	Straßen	6 460	1 441	0	7 900	7 900
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 099	2	0	1 101	1 101
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0	5 338	1 000	6 338	6 338
75	Luftfahrt	1	0	331	332	332
799	übrige Bereiche aus 7	40	136	0	175	175
8	Finanzwirtschaft	0	38	0	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	0	0	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	0	38	0	38	38
83	Schulden	0	0	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	0	0	0	0
88	Globalposten	0	0	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	0	0	0	0	0
Summe aller Hauptfunktionen		10 037	23 473	3 395	36 905	36 071

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts
1969 bis 2017**
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
		Ist-Ergebnisse							
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 8,6	+ 12,7	+ 37,5	+ 2,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3,3
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 17,9	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7,8
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31,4
Finanzierung/Verwendung:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	0,4	15,3	27,1	11,4	23,9	25,6	23,8	31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	0,1	0,4	27,1	0,2	0,7	0,2	0,1	0,2
Saldo der Rücklagenbewegungen	Mrd. €	0,0	1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 14,3	+ 23,1	+ 24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+ 8,4	+ 8,8	- 1,7	+ 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen³	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	- 3,4	+ 3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand⁵									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	61,9	129,2	236,6	386,8	536,2	1 009,3	1 198,1	1 447,5
darunter: Bund	Mrd. €	30,1	58,1	119,2	203,8	306,2	657,1	773,9	888,0

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts
1969 bis 2017
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
		Ist-Ergebnisse						Soll ¹	Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3	316,9	329,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	-4,0	+1,3	+5,9	+3,8
Einnahmen	Mrd. €	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1	310,5	322,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+5,4	-0,2	+3,7
Finanzierungssaldo	Mrd. €	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	11,8	-6,4	-7,0
Finanzierung/Verwendung:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	44,0	17,3	22,5	22,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd. €	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3
Saldo der Rücklagenbewegungen	Mrd. €	-	-	-	-	-	-12,1	6,1	6,7
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	29,9	31,0	32,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+0,9	-1,2	+0,7	+1,9	+2,2	+2,4	+3,6	+3,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	10,0	9,8	9,7
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	14,8	13,1	12,9	12,7	12,4	12,3	12,3	12,4
Zinsausgaben	Mrd. €	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	21,1	20,3	18,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-13,1	-0,9	-7,1	+2,7	-17,2	-18,7	-3,8	-8,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,0	6,4	5,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	57,4	42,4	44,8	47,6	46,5	42,5	42,5	43,7
Investive Ausgaben	Mrd. €	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	29,6	35,0	36,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,8	-2,7	+43,1	-7,8	-12,6	+0,9	+18,4	+3,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9	11,0	11,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ^{2,3}	%	34,2	27,8	40,7	38,3	33,6	35,1	38,0	38,3
Steuereinnahmen³	Mrd. €	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	281,7	288,1	301,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+4,0	+2,3	+4,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	94,1	90,9	91,5
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	90,6	92,8	93,5
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	42,6	43,3	42,7	41,9	42,1	41,8	41,9	41,9
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	-55,9	-67,0	-83,4	-169,9	0,0	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich: Schuldenstand⁵									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 043,3	2 043,9	2 022,6	-	-
darunter: Bund	Mrd. €	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 282,7	1 289,9	1 265,0	-	-

¹Stand: Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2016; Kabinettbeschluss vom 30. November 2016.

²Stand: November 2016; 2016/2017 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite.

³Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

⁴Ab 1991 Gesamtdeutschland.

⁵Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite;
Quelle: Statistisches Bundesamt; Stand: 1. August 2016.

█ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,5	805,3
Einnahmen	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,6	833,4
Finanzierungssaldo	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	1,8	28,2
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3
Einnahmen	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1
Finanzierungssaldo	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	11,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9	70,5
Einnahmen	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5	79,8
Finanzierungssaldo	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7	9,2
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5	344,2
Einnahmen	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8	365,2
Finanzierungssaldo	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4	21,0
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,4	332,7
Einnahmen	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9	333,0
Finanzierungssaldo	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,4	0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,0	0,0	48,4	44,2	46,3	48,1	51,9
Einnahmen	0,0	0,0	48,0	44,8	48,0	50,0	55,6
Finanzierungssaldo	0,0	0,0	-0,4	0,6	1,7	0,4	3,6
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,3	355,5
Einnahmen	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	342,8	359,5
Finanzierungssaldo	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	0,1	4,0
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1	215,2
Einnahmen	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3	218,2
Finanzierungssaldo	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2	3,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,9	5,1	16,4	17,1	11,4	17,6	20,7
Einnahmen	4,7	4,9	15,3	16,2	10,7	16,7	21,0
Finanzierungssaldo	-0,3	-0,2	-1,1	-1,8	-0,6	-0,9	0,3
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	180,9	185,0	196,9	200,5	204,7	217,6	227,7
Einnahmen	173,1	177,9	194,8	202,3	205,8	217,0	230,8
Finanzierungssaldo	-7,7	-7,0	-2,1	0,8	1,1	-0,7	3,1

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6	1,6
Einnahmen	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7	4,7
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0	1,3
Einnahmen	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4	5,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8	0,9
Einnahmen	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8	10,0
Bund insgesamt							
Ausgaben	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4	-0,7
Einnahmen	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4	4,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,5	4,2
Einnahmen	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0	4,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,0	0,0	0,0	-8,7	4,7	3,9	8,0
Einnahmen	0,0	0,0	0,0	-6,7	7,0	4,2	11,2
Länder insgesamt							
Ausgaben	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6	4,2
Einnahmen	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,1	4,9
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8	4,9
Einnahmen	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1	6,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	5,1	2,8	224,7	3,9	-33,4	55,0	17,5
Einnahmen	-1,1	4,8	213,1	6,1	-33,9	55,6	25,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	6,1	2,3	6,4	1,8	2,1	6,3	4,6
Einnahmen	-3,2	2,8	9,5	3,8	1,7	5,4	6,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen.

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen") finanzstatistisch dargestellt.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: April 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
in Mrd. €					in %
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8
2015	673,3	354,4	318,8	52,6	47,4
2016 ²	691,2	361,5	329,7	52,3	47,7
2017 ²	723,9	385,3	338,5	53,2	46,8
2018 ²	753,0	405,3	347,7	53,8	46,2
2019 ²	779,7	423,0	356,7	54,3	45,7
2020 ²	808,1	442,0	366,1	54,7	45,3

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30. September 1956) und für Körperschaften (31. Dezember 1957); Baulandsteuer (31. Dezember 1962); Wertpapiersteuer (31. Dezember 1964); Süßstoffsteuer (31. Dezember 1965); Beförderungsteuer (31. Dezember 1967); Speiseeissteuer (31. Dezember 1971); Kreditgewinnabgabe (31. Dezember 1973); Ergänzungsbargabe zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974) und zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Kuponsteuer (31. Juli 1984); Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Solidaritätszuschlag (30. Juni 1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992); Vermögensteuer (31. Dezember 1996); Gewerbe(kapital)steuer (31. Dezember 1997).

² Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹
(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²			Abgrenzung der Finanzstatistik ³		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr	in Relation zum BIP in %					
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,9	21,4	15,5
1992	39,1	22,4	16,7	38,1	22,1	16,0
1993	39,5	22,3	17,2	38,4	21,9	16,4
1994	40,1	22,4	17,7	38,7	21,9	16,8
1995	40,1	22,0	18,1	39,1	21,9	17,2
1996	40,5	21,8	18,7	38,9	21,2	17,6
1997	40,4	21,5	19,0	38,4	20,7	17,7
1998	40,6	21,9	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,4	22,9	18,5	39,1	21,9	17,2
2000	41,2	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,4	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,8	21,0	17,8	36,7	20,0	16,7
2003	39,1	21,1	18,0	36,7	19,9	16,8
2004	38,2	20,6	17,6	36,0	19,5	16,5
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,6	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,8	20,4	16,4
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	37,0	21,3	15,7
2010	37,9	21,4	16,5	35,8	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,1
2012	39,0	22,5	16,5	37,0	21,8	15,3
2013	39,3	22,9	16,5	37,2	21,9	15,3
2014	39,4	22,9	16,5	37,3	22,0	15,3
2015	39,6	23,1	16,5	37,6	22,2	15,4

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
2013 bis 2015: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2016.³ Bis 2012: Rechnungsergebnisse. 2013 bis 2015: teilweise Kassenergebnisse.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
in Relation zum BIP in %			
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,4	28,8	17,5
1992	47,2	28,5	18,7
1993	48,0	28,6	19,4
1994	47,9	28,4	19,5
1995 ⁴	48,2	28,2	20,0
1995	54,7	34,6	20,0
1996	48,9	28,1	20,9
1997	48,1	27,4	20,7
1998	47,7	27,2	20,5
1999	47,7	27,1	20,6
2000 ⁵	44,7	24,2	20,5
2000	45,1	23,9	21,2
2001	46,9	26,3	20,6
2002	47,3	26,3	21,0
2003	47,8	26,5	21,3
2004	46,3	25,8	20,6
2005	46,2	26,0	20,2
2006	44,7	25,4	19,3
2007	42,8	24,4	18,4
2008	43,6	25,2	18,4
2009	47,6	27,2	20,3
2010	47,3	27,6	19,6
2011	44,7	25,9	18,8
2012	44,3	25,6	18,7
2013	44,7	25,8	18,9
2014	44,4	25,5	18,9
2015	44,0	25,0	19,0

¹Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.²Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

2013 bis 2015: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August, 2016.

³Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).⁴Ohne Schuldenübernahmen (Treuhänderanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).⁵Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i. w. S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i. w. S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i. w. S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i. w. S.	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i. w. S.	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 405 772	1 475 533	1 546 432	1 594 317	1 604 096	1 671 058	1 788 778
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Schulden (Mio. €)							
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Anteil an den Schulden (in %)							
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
Anteil der Schulden am BIP (in %)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,0	64,8	64,6	61,8	61,6	68,9
Bund	37,2	38,3	39,3	39,7	38,1	38,5	42,8
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,4	37,4	37,5	40,3
Extrahaushalte	2,6	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	4,8	4,9	5,0	4,7	4,4	4,2	4,6
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	23,9	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,0
Maastricht-Schuldenstand	63,1	64,8	67,0	66,5	63,7	65,1	72,6
Schulden insgesamt (€)							
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2220,1	2270,6	2300,9	2393,3	2513,2	2561,7	2460,3
Einwohner (30. Juni)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte
Neue Systematik¹

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	in Mio. €					
Öffentlicher Gesamthaushalt²	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 043 344	2 043 918	2 022 562
in Relation zum BIP in %	78,0	74,9	75,0	72,3	69,9	66,7
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 282 683	1 289 854	1 264 995
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 262 675	1 269 761	1 250 758
Kassenkredite	16 256	7 313	14 338	20 008	20 093	14 236
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 091 201	1 092 590	1 076 308
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 482	197 265	188 686
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224	12 576	13 349
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24 328	25 524	24 930
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194	19 870	20 646
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732	136 125	126 545
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	3	3 012	3 216
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624 915	614 055	612 909
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948	606 472	605 566
Kassenkredite	4 930	3 748	6 304	3 967	7 583	7 343
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375	541 744	539 427
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 540	72 311	73 482
Gemeinden (Kern- und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 116	139 448	144 169
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 733	91 404	96 513
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383	48 043	47 656
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331	125 903	127 531	127 357
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846	9 213	11 917	16 812
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631	561	489
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625	561	488
Kassenkredite	0	58	4	6	-	-
Kernhaushalte	506	735	627	598	541	480
Extrahaushalte ⁴	32	88	38	33	20	8
Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	24 607	25 244	25 725	25 356	25 257	24 829
Maastricht-Schuldenstand	2 088 726	2 128 123	2 204 507	2 189 153	2 188 671	2 157 880
in Relation zum BIP in %	81,0	78,7	79,9	77,5	74,9	71,2
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 580	2 703	2 758	2 826	2 924	3 033
Einwohner (30. Juni)	81 750 716	80 233 104	80 399 253	80 585 684	80 925 031	81 458 978

¹Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

²Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

³Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

⁴Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
							in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
			in Mrd. €			in Relation zum BIP in %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-50,0	-60,9	10,9	-3,2	-3,9	0,7	-62,8	-4,0
1992	-44,0	-42,0	-2,0	-2,6	-2,5	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-53,9	-56,5	2,6	-3,1	-3,2	0,1	-70,5	-4,0
1994	-45,9	-47,3	1,5	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,2
1995	-179,0	-171,2	-7,8	-9,4	-9,0	-0,4	-	-
1995 ⁴	-59,4	-51,6	-7,8	-3,1	-2,7	-0,4	-55,9	-2,9
1996	-68,2	-60,9	-7,4	-3,5	-3,2	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-57,9	-58,2	0,2	-2,9	-3,0	0,0	-48,1	-2,4
1998	-51,1	-52,3	1,2	-2,5	-2,6	0,1	-28,8	-1,4
1999	-35,1	-38,9	3,9	-1,7	-1,9	0,2	-26,9	-1,3
2000	18,2	-27,4	-1,3	0,9	0,9	-0,1	-	-
2000 ⁵	-32,6	-31,3	-1,3	-1,5	-1,5	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-67,8	-62,5	-5,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-87,1	-79,9	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-92,7	-85,4	-7,3	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-84,9	-83,8	-1,1	-3,7	-3,7	0,0	-65,5	-2,9
2005	-78,6	-73,5	-5,1	-3,4	-3,2	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-41,2	-45,5	4,3	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-5,5	10,2	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-4,5	-11,0	6,4	-0,2	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-79,6	-65,2	-14,4	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-108,9	-112,7	3,8	-4,2	-4,4	0,1	-78,7	-3,1
2011	-25,9	-41,2	15,3	-1,0	-1,5	0,6	-25,9	-1,0
2012	-1,4	-19,8	18,4	0,0	-0,7	0,7	-27,0	-1,0
2013	-5,7	-11,1	5,3	-0,2	-0,4	0,2	-13,0	-0,5
2014	8,1	5,1	3,0	0,3	0,2	0,1	1,8	0,1
2015	22,6	20,1	2,5	0,7	0,7	0,1	28,2	0,9

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
2013 bis 2015: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August, 2016.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschl. Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser.
Bis 2012: Rechnungsergebnisse, 2013 bis 2015: Kassenergebnisse.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhändanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	0,9	-3,4	-4,2	-0,2	0,3	0,7	0,6	0,4	0,3
Belgien	-0,1	-2,6	-4,0	-3,0	-3,1	-2,5	-3,0	-2,3	-2,4
Estland	-0,1	1,1	0,2	-0,2	0,7	0,1	0,5	-0,4	-0,2
Finnland	6,9	2,6	-2,6	-2,6	-3,2	-2,8	-2,4	-2,5	-2,0
Frankreich	-1,3	-3,2	-6,8	-4,0	-4,0	-3,5	-3,3	-2,9	-3,1
Griechenland	-4,1	-6,2	-11,2	-13,2	-3,6	-7,5	-2,5	-1,0	0,9
Irland	4,9	1,6	-32,1	-5,7	-3,7	-1,9	-0,9	-0,5	-0,4
Italien	-1,3	-4,2	-4,2	-2,7	-3,0	-2,6	-2,4	-2,4	-2,5
Lettland	-2,7	-0,4	-8,5	-0,9	-1,6	-1,3	-0,8	-1,1	-1,2
Litauen	-3,2	-0,3	-6,9	-2,6	-0,7	-0,2	-0,5	-0,6	-0,5
Luxemburg	5,9	0,1	-0,7	1,0	1,5	1,6	1,3	0,0	0,1
Malta	-5,5	-2,7	-3,2	-2,6	-2,1	-1,4	-0,7	-0,6	-0,6
Niederlande	1,9	-0,3	-5,0	-2,4	-2,3	-1,9	-0,8	-0,3	-0,1
Österreich	-2,1	-2,6	-4,5	-1,4	-2,7	-1,0	-1,5	-1,3	-1,1
Portugal	-3,2	-6,2	-11,2	-4,8	-7,2	-4,4	-2,7	-2,2	-2,4
Slowakei	-12,0	-2,9	-7,5	-2,7	-2,7	-2,7	-2,2	-1,5	-0,5
Slowenien	-3,6	-1,3	-5,6	-15,0	-5,0	-2,7	-2,4	-2,0	-1,5
Spanien	-1,0	1,2	-9,4	-7,0	-6,0	-5,1	-4,6	-3,8	-3,2
Zypern	-2,2	-2,2	-4,7	-4,9	-8,8	-1,1	-0,3	-0,4	0,0
Euroraum	-0,3	-2,6	-6,2	-3,0	-2,6	-2,1	-1,8	-1,5	-1,5
Bulgarien	-0,5	1,0	-3,1	-0,4	-5,5	-1,7	-0,8	-0,8	-0,7
Dänemark	1,9	5,0	-2,7	-1,1	1,5	-1,7	-0,9	-2,0	-1,4
Kroatien	-	-3,9	-6,2	-5,3	-5,4	-3,3	-2,1	-1,8	-1,4
Polen	-3,0	-4,0	-7,3	-4,1	-3,4	-2,6	-2,4	-3,0	-3,1
Rumänien	-4,6	-0,8	-6,9	-2,1	-0,8	-0,8	-2,8	-3,2	-3,2
Schweden	3,2	1,8	-0,1	-1,4	-1,6	0,2	0,0	-0,1	0,1
Tschechien	-3,5	-3,1	-4,4	-1,2	-1,9	-0,6	-0,2	-0,6	-0,7
Ungarn	-3,0	-7,8	-4,5	-2,6	-2,1	-1,6	-1,5	-2,3	-2,3
Vereinigtes Königreich	1,1	-3,3	-9,6	-5,7	-5,7	-4,3	-3,5	-2,8	-2,4
EU	-	-2,5	-6,4	-3,3	-3,0	-2,4	-2,0	-1,7	-1,6
USA	0,8	-4,2	-12,0	-5,3	-4,9	-4,4	-4,6	-4,2	-4,0
Japan	-7,5	-4,8	-8,3	-7,7	-6,2	-5,3	-5,0	-5,1	-5,0

Quelle: Ameco.

Stand: November 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP								
	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	58,8	66,9	81,0	77,5	74,9	71,2	68,1	65,7	63,1
Belgien	108,8	94,6	99,7	105,4	106,5	105,8	107,0	107,1	106,4
Estland	5,1	4,5	6,6	10,2	10,7	10,1	9,4	9,5	9,4
Finnland	42,5	40,0	47,1	56,5	60,2	63,6	65,4	67,1	68,1
Frankreich	58,7	67,2	81,7	92,3	95,3	96,2	96,4	96,8	97,1
Griechenland	104,9	107,4	146,2	177,4	179,7	177,4	181,6	179,1	172,4
Irland	36,1	26,1	86,3	119,5	105,2	78,6	75,4	73,6	71,9
Italien	105,1	101,9	115,4	129,0	131,9	132,3	133,0	133,1	133,1
Lettland	12,1	11,7	47,4	39,0	40,7	36,3	40,0	37,2	36,0
Litauen	23,5	17,6	36,2	38,7	40,5	42,7	40,8	43,3	40,2
Luxemburg	6,5	7,5	19,9	23,5	22,7	22,1	23,2	23,3	23,5
Malta	60,9	70,1	67,6	68,4	67,0	64,0	62,1	59,9	57,2
Niederlande	51,4	48,9	59,0	67,7	67,9	65,1	63,0	61,3	59,3
Österreich	65,9	68,3	82,4	81,3	84,4	85,5	83,5	81,1	79,2
Portugal	50,3	67,4	96,2	129,0	130,6	129,0	130,3	129,5	127,8
Slowakei	49,6	33,8	40,7	54,7	53,6	52,5	53,3	52,7	51,5
Slowenien	25,9	26,3	38,4	71,0	80,9	83,1	80,2	78,3	76,6
Spanien	58,0	42,3	60,1	95,4	100,4	99,8	99,5	99,9	100,0
Zypern	54,9	62,8	55,8	102,2	107,1	107,5	107,1	103,7	100,6
Euroraum	68,0	69,2	84,0	93,7	94,4	92,6	91,6	90,6	89,4
Bulgarien	71,2	26,8	15,3	17,0	27,0	26,0	29,4	26,3	25,9
Dänemark	52,4	37,4	42,9	44,7	44,8	40,4	38,9	38,3	38,2
Kroatien	35,5	41,3	58,3	82,2	86,6	86,7	85,0	84,3	82,8
Polen	36,5	46,4	53,3	55,7	50,2	51,1	53,4	55,0	55,5
Rumänien	22,4	15,7	29,9	37,8	39,4	37,9	38,9	40,2	41,5
Schweden	50,6	48,2	37,6	40,4	45,2	43,9	41,6	39,9	38,2
Tschechien	17,0	28,0	38,2	44,9	42,2	40,3	39,7	39,1	38,5
Ungarn	55,1	60,5	80,5	76,6	75,7	74,7	73,4	72,5	71,8
Vereinigtes Königreich	37,0	40,0	75,7	86,2	88,1	89,1	89,2	88,9	87,5
EU	60,0	61,5	78,5	87,4	88,5	86,6	86,0	85,1	83,9
USA	53,1	64,9	94,7	104,6	104,7	105,2	108,1	108,5	108,4
Japan	143,8	186,4	215,8	244,5	249,1	248,3	250,7	254,7	257,7

Quelle: Ameco.

Stand: November 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP											
	1965	1975	1985	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland^{2,3}	23,1	22,6	22,9	22,1	22,1	20,4	21,3	21,9	22,4	22,6	22,6	22,9
Belgien	21,0	27,0	29,7	28,6	30,1	29,9	28,8	29,2	30,0	30,7	30,8	30,5
Dänemark	28,2	36,9	43,3	46,4	46,2	47,9	45,0	45,0	45,7	46,7	49,5	46,6
Estland	-	-	-	23,8	20,2	19,8	20,5	19,9	20,4	20,6	21,5	22,4
Finnland	28,0	28,7	30,6	30,8	34,3	30,6	28,7	30,0	30,0	31,0	31,2	31,3
Frankreich	22,1	20,7	23,7	23,9	27,5	26,9	25,9	26,9	27,8	28,5	28,5	28,6
Griechenland	11,7	13,2	15,8	18,8	23,2	20,2	21,1	22,9	24,5	24,8	25,5	26,1
Irland	22,9	24,0	28,6	27,4	27,1	25,6	22,1	21,9	22,6	23,2	23,7	19,7
Italien	16,2	13,3	21,2	26,4	29,0	27,1	28,8	29,0	30,8	30,9	30,7	30,3
Japan	13,9	14,5	18,6	17,6	17,3	17,2	16,2	16,7	17,2	18,0	19,3	-
Kanada	23,8	28,3	27,5	29,9	30,0	27,5	26,1	26,0	26,3	26,3	26,5	27,1
Luxemburg	17,8	22,2	28,0	25,5	27,5	27,5	27,0	26,8	27,5	27,1	27,3	26,3
Niederlande	21,4	23,5	22,2	22,8	22,8	23,2	23,0	22,1	21,3	21,6	22,7	23,5
Norwegen	25,9	29,2	33,2	30,6	33,1	33,9	32,6	32,8	32,2	30,4	28,8	27,6
Österreich	25,2	26,4	27,6	26,3	27,8	26,9	26,7	26,9	27,5	28,0	28,2	28,7
Polen	-	-	-	26,5	20,0	20,9	20,3	20,5	19,9	19,7	19,9	-
Portugal	12,3	12,3	17,9	21,6	23,1	22,6	21,8	23,4	23,1	25,2	25,2	25,5
Schweden	27,6	31,3	33,6	33,0	36,1	34,1	32,3	32,6	32,4	32,9	32,9	33,6
Schweiz	14,1	17,6	18,4	18,6	20,8	20,2	20,2	20,4	20,1	20,2	20,3	21,0
Slowakei	-	-	-	24,8	19,7	18,9	16,1	16,6	16,1	17,0	17,9	18,5
Slowenien	-	-	-	21,9	22,7	24,0	22,1	21,8	21,9	22,1	22,1	22,1
Spanien	10,3	9,4	15,9	20,0	21,8	23,5	19,8	19,7	20,8	21,8	22,2	22,5
Tschechien	-	-	-	20,4	18,1	19,7	18,0	18,7	19,0	19,4	18,6	19,0
Ungarn	-	-	-	26,4	27,3	24,7	25,7	24,0	26,0	25,7	25,7	26,3
Vereinigtes Königreich	24,8	28,2	28,8	24,5	27,3	26,4	26,3	27,2	26,5	26,4	26,1	26,5
Vereinigte Staaten	20,4	19,6	18,4	19,8	21,6	19,6	17,4	18,4	18,6	19,5	19,7	20,1

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2015, Paris 2016.

Stand: Dezember 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
	1965	1975	1985	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland^{2,3}	31,6	34,3	36,1	36,2	36,2	33,9	35,0	35,7	36,3	36,4	36,6	36,9
Belgien	30,6	38,7	43,5	42,6	43,5	43,2	42,6	43,1	44,2	45,0	45,0	44,8
Dänemark	29,1	37,0	43,9	46,5	46,9	48,0	45,1	45,1	45,8	46,8	49,6	46,6
Estland	-	-	-	36,0	31,1	30,0	33,2	31,5	31,5	31,5	32,4	33,6
Finnland	30,0	36,1	39,1	44,5	45,8	42,1	40,8	42,0	42,7	43,6	43,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	41,9	41,9	43,1	42,8	42,0	43,2	44,3	45,2	45,5	45,5
Griechenland	17,1	18,7	24,6	27,8	33,4	31,2	32,2	33,7	35,5	35,6	35,8	36,8
Irland	24,5	27,9	33,6	31,7	30,8	29,4	27,1	27,1	27,5	28,2	28,7	23,6
Italien	24,7	24,5	32,5	38,6	40,6	39,1	41,9	41,9	43,9	44,0	43,7	43,3
Japan	17,8	20,4	26,7	26,4	26,6	27,3	27,6	28,6	29,4	30,3	32,0	-
Kanada	25,2	31,4	31,7	34,8	34,8	32,2	30,6	30,5	31,0	31,0	31,2	31,9
Luxemburg	26,4	31,5	37,9	34,9	37,2	38,2	38,0	37,9	38,8	38,1	38,4	37,0
Niederlande	30,9	38,2	39,8	37,7	37,2	35,4	36,1	35,9	36,0	36,5	37,5	37,8
Norwegen	29,4	38,8	41,9	40,0	41,9	42,6	41,9	42,1	41,5	39,9	38,7	38,1
Österreich	33,6	36,4	40,5	41,1	42,1	40,9	40,8	41,0	41,7	42,5	42,8	43,5
Polen	-	-	-	37,7	32,9	33,1	31,1	31,6	31,9	31,9	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	24,1	29,3	31,1	30,8	30,4	32,3	31,8	34,1	34,2	34,5
Schweden	31,4	38,9	44,8	45,6	49,0	46,6	43,2	42,5	42,6	42,9	42,8	43,3
Schweiz	16,6	22,5	23,9	25,4	27,4	26,5	26,5	27,0	26,8	26,9	27,0	27,9
Slowakei	-	-	-	39,6	33,6	31,3	28,1	28,6	28,4	30,3	31,2	32,3
Slowenien	-	-	-	38,4	36,6	38,0	36,9	36,5	36,9	36,8	36,5	36,6
Spanien	14,3	18,0	26,8	31,3	33,4	35,3	31,5	31,4	32,4	33,3	33,8	33,8
Tschechien	-	-	-	34,9	32,5	34,5	32,5	33,3	33,7	34,1	33,1	33,5
Ungarn	-	-	-	41,0	38,6	36,7	37,5	36,5	38,6	38,2	38,2	39,4
Vereinigtes Königreich	29,3	34,2	35,1	29,8	32,8	32,5	32,5	33,4	32,7	32,5	32,1	32,5
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	24,6	26,5	28,2	25,9	23,5	23,9	24,1	25,7	25,9	26,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2015, Paris 2016.

Stand: Dezember 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP									
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	54,7	44,7	46,2	47,3	44,7	44,4	44,0	44,1	44,4	44,5
Belgien	52,4	49,1	51,4	53,3	55,7	55,1	53,9	53,8	53,2	52,8
Estland	41,0	36,4	34,0	40,5	38,5	38,5	40,3	39,9	40,6	40,4
Finnland	61,1	48,0	49,3	54,8	57,5	58,1	57,7	57,3	56,9	56,6
Frankreich	54,2	51,1	52,9	56,4	57,0	57,3	57,0	56,5	56,3	56,3
Griechenland	46,0	46,4	45,6	52,5	62,3	50,6	55,4	51,6	49,3	46,4
Irland	40,8	30,9	33,3	65,3	39,8	37,8	29,4	28,1	27,6	27,0
Italien	51,8	45,5	47,1	49,9	50,8	50,9	50,4	49,7	49,3	49,1
Lettland	35,6	37,3	34,3	44,8	37,0	37,5	37,1	36,6	37,5	37,4
Litauen	34,6	39,4	34,1	42,3	35,5	34,7	35,1	35,1	35,8	35,9
Luxemburg	40,8	37,6	44,0	44,4	43,4	42,3	42,1	41,7	41,2	40,6
Malta	39,1	40,2	42,3	41,1	41,8	43,2	43,4	40,7	40,2	39,5
Niederlande	53,7	41,8	42,3	48,2	46,3	46,2	45,1	44,7	44,0	43,6
Österreich	55,9	50,8	51,4	53,1	51,2	52,8	51,6	50,7	50,5	50,5
Portugal	42,6	42,6	46,7	51,8	49,9	51,8	48,4	46,4	46,1	45,7
Slowakei	48,2	52,0	39,8	42,1	41,4	42,0	45,6	42,1	41,8	41,0
Slowenien	52,1	46,1	44,9	49,3	60,3	50,0	47,8	45,5	44,8	43,9
Spanien	44,3	39,1	38,3	45,6	45,6	44,9	43,8	42,6	41,6	41,0
Zypern	30,8	34,3	39,1	41,8	41,3	48,2	40,1	38,5	38,1	37,8
Bulgarien	41,3	41,1	37,0	36,2	37,6	42,1	40,7	37,5	38,1	37,9
Dänemark	58,5	52,7	51,2	57,1	56,5	56,0	55,7	54,8	53,9	52,7
Kroatien	-	-	45,4	47,5	48,3	48,3	46,9	46,3	46,1	45,7
Polen	47,7	42,0	44,3	45,7	42,4	42,1	41,5	41,6	42,4	42,9
Rumänien	34,1	38,3	33,1	39,6	35,4	34,4	35,7	34,5	34,7	35,1
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,2	52,4	51,5	50,3	49,8	50,0	49,7
Tschechien	51,8	40,4	41,8	43,0	42,6	42,2	42,0	40,7	41,1	41,1
Ungarn	55,3	47,2	49,5	49,5	49,3	49,0	50,0	48,0	49,4	49,0
Vereinigtes Königreich	39,0	35,7	40,8	48,0	44,7	43,7	42,8	42,7	42,1	41,3
Euroraum	52,7	45,7	46,7	50,5	49,7	49,4	48,5	48,0	47,7	47,4
EU-28	-	-	45,7	49,9	48,7	48,1	47,3	46,9	46,6	46,3
USA	37,2	33,7	36,4	42,9	38,7	38,0	-	-	-	-
Japan	35,7	38,8	36,4	40,7	42,5	42,0	41,4	41,4	41,7	41,6

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: November 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	EU-Haushalt 2014				EU-Haushalt 2015			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %						
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	77 954,7	48,0	66 853,3	47,3
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	63 877,1	39,4	55 978,8	39,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 522,1	1,6	1 927,0	1,4
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 710,9	5,4	7 478,2	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,3	5,3	8 658,6	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	548,1	0,34	384,5	0,27
Gesamtbetrag	142 690,3	100,0	139 034,2	100,0	162 273,3	100,0	141 280,4	100,0

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

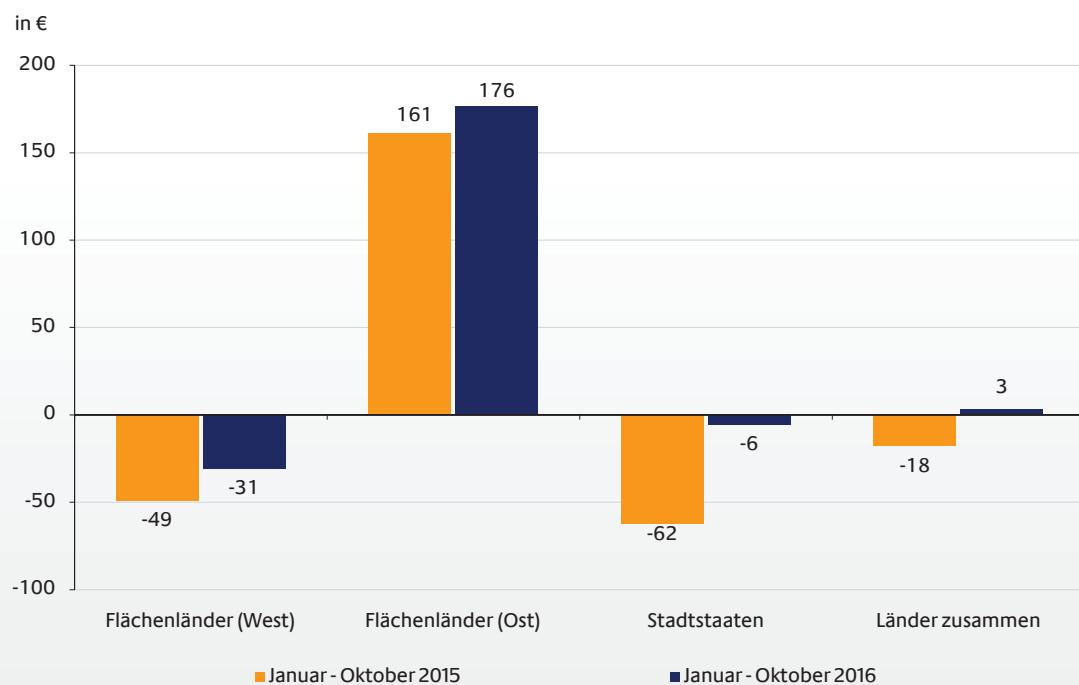
	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	21,8	2,4	13 968,3	1 553,2
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	7,9	-0,8	4 686,2	-465,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	16,1	15,7	350,1	261,5
4. Die EU als globaler Akteur	4,6	9,3	385,9	637,3
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,8	253,1
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	-28,6	-28,6
Besondere Instrumente	-6,0	9,9	-34,8	34,5
Gesamtbetrag	13,7	1,6	19 583,0	2 246,2

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungssalden je Einwohner 2015/2016



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2016 im Vergleich zum Jahressoll 2016

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
	in Mio. €							
Bereinigte Einnahmen	246 790	204 445	55 646	45 563	42 374	35 344	337 156	279 144
darunter:								
Steuereinnahmen	195 495	161 707	34 446	29 125	26 899	22 280	256 840	213 111
übrige Einnahmen	51 295	42 739	21 200	16 439	15 476	13 064	80 316	66 033
Bereinigte Ausgaben	255 763	206 387	56 693	43 340	43 013	35 377	347 815	278 895
darunter:								
Personalausgaben	95 673	78 828	14 160	11 373	13 816	11 235	123 648	101 436
laufender Sachaufwand	18 716	14 920	4 492	3 371	10 374	9 321	33 582	27 612
Zinsausgaben	10 212	7 986	1 904	1 408	3 090	2 282	15 206	11 676
Sachinvestitionen	4 867	2 971	1 743	1 009	750	416	7 360	4 397
Zahlungen an Verwaltungen	85 252	67 483	21 057	16 420	1 368	670	100 022	78 365
übrige Ausgaben	41 044	34 199	13 337	9 758	13 616	11 453	67 996	55 410
Finanzierungssaldo	-8 973	-1 942	-1 047	2 223	-631	-33	-10 651	249

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2016

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		Oktober 2015			September 2016			Oktober 2016			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
Seit dem 1. Januar gebuchte											
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	247 873	265 698	494 082	233 154	256 871	472 677	254 233	279 144	513 788	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	244 045	256 794	500 838	230 332	249 262	479 594	251 094	270 257	521 350	
111	Steuereinnahmen	222 033	199 884	421 917	210 620	195 858	406 479	229 373	213 111	442 484	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 291	48 000	50 292	3 587	45 905	49 492	3 822	48 781	52 603	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 838	2 838	-	3 292	3 292	-	3 335	3 335	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 829	8 904	12 733	2 822	7 608	10 431	3 140	8 887	12 027	
121	Veräußerungserlöse	1 753	189	1 942	207	276	483	219	285	505	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	864	63	927	44	153	196	44	153	196	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	378	4 993	5 371	432	4 532	4 964	437	5 404	5 841	
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	252 058	267 142	499 711	231 684	253 243	467 580	255 075	278 895	514 382	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	229 256	244 760	474 017	212 896	234 192	447 088	233 358	257 793	491 151	
211	Personalausgaben	25 989	98 396	124 386	23 485	91 606	115 090	26 150	101 436	127 586	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 702	31 233	38 935	7 106	29 755	36 861	7 869	32 877	40 745	
212	laufender Sachaufwand	16 650	23 910	40 560	16 416	25 031	41 447	18 307	27 612	45 918	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	10 115	15 859	25 974	9 662	17 209	26 871	10 728	18 930	29 659	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	20 308	13 157	33 465	16 400	10 642	27 041	15 962	11 676	27 639	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	18 231	64 172	82 404	16 845	65 290	82 135	18 457	70 987	89 444	
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	325	325	-	176	176	-	305	305	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	18	59 519	59 537	3	61 196	61 199	3	66 432	66 435	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	22 802	22 382	45 184	18 789	19 051	37 839	21 717	21 103	42 820	
221	Sachinvestitionen	5 332	4 213	9 545	5 128	3 853	8 981	5 986	4 397	10 382	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	7 550	8 049	15 599	3 628	6 761	10 389	4 497	7 378	11 875	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	22 212	21 884	44 096	18 140	18 541	36 680	21 040	20 541	41 581	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2016

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		Oktober 2015			September 2016			Oktober 2016			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-4 144 ²	-1 444	-5 588	1 472 ²	3 628	5 100	-840 ²	249	-592	
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	151 226	56 667	207 893	169 337	42 814	212 150	177 739	51 403	229 142	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	171 048	79 056	250 105	156 175	66 667	222 842	-175 225	72 634	-102 591	
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-19 822	-22 389	-42 212	13 162	-23 853	-10 692	28 912	-21 231	7 681	
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-10 476	11 957	1 482	101	14 108	14 208	-867	15 232	14 365	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 876	15 876	-	17 566	17 566	-	19 948	19 948	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	10 478	-6 329	4 149	34 817	-5 702	29 115	24 821	-6 576	18 245	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2016

in Mio. €											
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	36 975	45 107 ^a	8 892	21 388	6 459	23 892	54 084	12 450	3 205	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	36 203	43 894 ^b	8 594	20 895	5 666	23 511	51 975	12 001	3 161	
111	Steuereinnahmen	28 348	36 414	5 850	17 276	3 655	19 007 ⁴	42 268	8 944	2 342	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 172	4 052	2 261	2 420	1 777	3 120	7 391	2 322	723	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	188	-	152	308	468	164	63	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	414	-	411	566	834	283	128	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	771	1 213 ^c	298	493	793	381	2 109	449	43	
121	Veräußerungserlöse	3	70 ^c	7	37	5	3	17	71	4	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	70 ^c	3	-	-	2	1	70	2	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	577	962	206	372	526	282	895	184	32	
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	38 320	43 967 ^d	8 583	21 475	5 850	23 640	55 614	13 155	3 371	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	35 343	39 866 ^d	7 886	20 258	5 176	22 745	51 078	12 585	3 150	
211	Personalausgaben	14 357	17 821	2 227	7 363	1 555	9 329 ²	19 861 ²	5 282	1 355	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 306	5 581	265	2 659	141	3 354	7 546	1 880	571	
212	laufender Sachaufwand	2 086	3 612	559	1 870	411	1 498	3 948	1 077	158	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 767	3 007	486	1 603	343	1 341	3 110	837	135	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 297	658 ^d	292	954	181	1 155	2 360	731	352	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	12 144	13 871	3 410	6 888	2 111	7 073	16 687	3 750	580	
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	1 980	4 680	-	1 874	-	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	10 072	9 082	2 949	4 827	1 789	6 914	15 809	3 685	570	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 977	4 101	697	1 216	674	896	4 537	570	220	
221	Sachinvestitionen	597	1 282	43	394	203	186	274	68	28	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 239	1 538	196	352	303	177	1 913	315	50	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 945	3 943	696	1 163	674	896	4 341	521	210	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2016

in Mio. €										
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 345	1 140 ^e	309	- 87	609	252	-1 531	- 705	- 166
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	3 845	865	1 400	4 398	188	4 030	11 393	5 115	1 430
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt aktueller	8 154	2 606 ^f	2 015	5 557	790	7 098	16 925	6 183	1 573
43	Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-4 309	-1 741 ^g	- 615	-1 159	- 603	-3 068	-5 531	-1 067	- 143
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	10	1 087	50	4 030	153	-	2 040	218	181
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 015	-	91	1 584	993	3 564	5 944	38	120
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	15	0	1 028	338	1 195	429	-2 054	- 206	- 188

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne November-Bezüge.

³ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 71,6 Mio. €, b 1,6 Mio. €, c 70,0 Mio. €, d 260,5 Mio. €, e -188,9 Mio. €,
f 1130,0 Mio. €, g -1130,0 Mio. €.

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel)
in Höhe von 3,7 Mio. €.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2016

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	13 830	8 463	9 366	7 920	20 890	4 143	10 344	279 144
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	13 494	8 001	9 048	7 603	20 208	4 045	10 220	270 257
111	Steuereinnahmen	9 374	5 149	7 107	5 096	11 720	2 296	8 263	213 111
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 645	2 491	1 485	2 101	6 427	1 387	1 008	48 781
1121	darunter: Allgemeine BEZ	354	241	118	191	924	165	-	3 335
1122	Länderfinanzausgleich ¹	911	520	210	504	2 911	569	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	336	462	318	317	682	98	124	8 887
121	Veräußerungserlöse	1	2	2	10	35	0	18	285
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	0	0	2	1	-	-	153
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	193	310	248	237	247	88	46	5 404
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	13 286	8 235	8 866	7 386	20 394	4 274	10 742	278 895
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	11 707	7 646	8 445	6 788	19 223	3 996	10 161	257 793
211	Personalausgaben	3 436	2 065	3 460	2 091	6 682	1 296	3 257	101 436
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	267	224	1 320	199	1 847	466	1 250	32 877
212	laufender Sachaufwand	940	903	670	557	5 636	795	2 889	27 612
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	786	289	589	363	2 243	375	1 658	18 930
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	158	424	478	355	1 281	498	503	11 676
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 367	2 577	2 797	2 516	285	120	72	70 987
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	33	305
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 684	2 158	2 706	2 146	12	18	11	66 432
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 579	589	421	598	1 171	278	580	21 103
221	Sachinvestitionen	469	136	143	158	205	32	179	4 397
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	541	255	131	145	158	66	0	7 378
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 580	589	419	598	1 112	275	580	20 541

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2016

in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	544	228	500	534	496	- 131	- 398	249
	Schuldenaufnahme und Schuldetilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	5 076	2 785	598	5 452	2 843	1 985	51 403
41	Schuldetilgung am Kreditmarkt aktueller	340	5 176	3 340	1 548	6 702	2 417	2 213	72 634
43	Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-340	-100	-555	-950	-1 250	426	-228	-21 231
	Zum Ende des Monats bestehende								
	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	3 568	-	-	418	2 475	1 002	15 232
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4 152	108	-	470	841	714	314	19 948
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-3 544	-47	-174	-410	-2 334	-625	-6 576

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne November-Bezüge.

³ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 71,6 Mio. €, b 1,6 Mio. €, c 70,0 Mio. €, d 260,5 Mio. €, e -188,9 Mio. €,
f 1130,0 Mio. €, g -1130,0 Mio. €.

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel)
in Höhe von 3,7 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 7. Oktober 2016

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite <https://circabc.europa.eu/>. Die Budgetseimielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke¹ sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierungen des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission².

¹ Siehe Girouard und André (2005), „Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries”, OECD Economics Department Working Papers 434.

² Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): „The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update”, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478 sowie Mourre, Astarita und Princen (2014): „Adjusting the budget balance for the business cycle: the EU methodology”, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 536.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), wobei aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen wird (inklusive Flüchtlinge/Zuwanderung). In diesem Zusammenhang wurde die Fortschreibung der Non-accelerating wage rate of unemployment (NAWRU) für die Jahre 2015 bis 2020 ebenfalls angepasst. Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstägigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem HP-Filter Rechnung zu tragen.
3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
4. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Herbstsprojektion 2016 der Bundesregierung.
5. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und

Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter- beziehungsweise Überlastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer **Konjunkturkomponente**, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunktuell schlechten Zeiten erweitert und in konjunktuell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsemielastizität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel „Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel“ zu finden.³

³ <http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/2016103>

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt in Mrd. € (nominal)	Produktionslücke	Budgetsemielastizität	Konjunkturkomponente ¹ in Mrd. € (nominal)
2017	3 242,7	3 233,2	-9,5	0,205	-1,9
2018	3 337,4	3 336,6	-0,8	0,205	-0,2
2019	3 437,9	3 439,6	1,7	0,205	0,3
2020	3 544,3	3 545,7	1,4	0,205	0,3
2021	3 655,1	3 655,1	0,0	0,205	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

□ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 504,9	-	859,8	-	35,1	2,3	20,1	2,3
1981	1 538,8	+2,3	915,9	+6,5	9,3	0,6	5,6	0,6
1982	1 570,6	+2,1	977,6	+6,7	-28,6	-1,8	-17,8	-1,8
1983	1 602,6	+2,0	1 025,6	+4,9	-36,4	-2,3	-23,3	-2,3
1984	1 635,7	+2,1	1 067,6	+4,1	-25,3	-1,5	-16,5	-1,5
1985	1 669,9	+2,1	1 113,0	+4,3	-21,9	-1,3	-14,6	-1,3
1986	1 707,7	+2,3	1 172,4	+5,3	-22,0	-1,3	-15,1	-1,3
1987	1 747,6	+2,3	1 215,2	+3,6	-38,3	-2,2	-26,6	-2,2
1988	1 791,0	+2,5	1 266,4	+4,2	-18,4	-1,0	-13,0	-1,0
1989	1 841,0	+2,8	1 339,2	+5,7	0,8	0,0	0,6	0,0
1990	1 896,0	+3,0	1 426,1	+6,5	42,5	2,2	32,0	2,2
1991	1 952,4	+3,0	1 513,1	+6,1	86,1	4,4	66,7	4,4
1992	2 009,6	+2,9	1 639,7	+8,4	68,1	3,4	55,6	3,4
1993	2 062,8	+2,6	1 752,7	+6,9	-4,9	-0,2	-4,2	-0,2
1994	2 107,1	+2,1	1 829,1	+4,4	1,3	0,1	1,2	0,1
1995	2 146,2	+1,9	1 899,9	+3,9	-1,2	-0,1	-1,1	-0,1
1996	2 182,5	+1,7	1 944,1	+2,3	-19,9	-0,9	-17,7	-0,9
1997	2 216,8	+1,6	1 979,8	+1,8	-14,2	-0,6	-12,7	-0,6
1998	2 250,6	+1,5	2 022,2	+2,1	-4,4	-0,2	-3,9	-0,2
1999	2 286,4	+1,6	2 060,9	+1,9	4,5	0,2	4,0	0,2
2000	2 323,3	+1,6	2 084,7	+1,2	35,4	1,5	31,8	1,5
2001	2 359,6	+1,6	2 144,3	+2,9	39,1	1,7	35,5	1,7
2002	2 393,9	+1,5	2 204,9	+2,8	4,8	0,2	4,4	0,2
2003	2 425,5	+1,3	2 261,0	+2,5	-43,9	-1,8	-40,9	-1,8
2004	2 457,0	+1,3	2 315,4	+2,4	-47,5	-1,9	-44,8	-1,9
2005	2 488,5	+1,3	2 359,6	+1,9	-62,0	-2,5	-58,7	-2,5
2006	2 521,3	+1,3	2 398,0	+1,6	-5,0	-0,2	-4,7	-0,2
2007	2 553,1	+1,3	2 469,5	+3,0	45,3	1,8	43,8	1,8
2008	2 581,1	+1,1	2 517,4	+1,9	45,4	1,8	44,3	1,8
2009	2 600,3	+0,7	2 580,7	+2,5	-121,4	-4,7	-120,5	-4,7
2010	2 621,6	+0,8	2 621,6	+1,6	-41,6	-1,6	-41,6	-1,6
2011	2 648,1	+1,0	2 676,5	+2,1	26,4	1,0	26,7	1,0
2012	2 679,7	+1,2	2 750,1	+2,8	7,9	0,3	8,2	0,3
2013	2 714,8	+1,3	2 840,9	+3,3	-14,0	-0,5	-14,7	-0,5
2014	2 752,4	+1,4	2 933,0	+3,2	-8,5	-0,3	-9,1	-0,3
2015	2 800,3	+1,7	3 042,8	+3,7	-9,2	-0,3	-9,9	-0,3
2016	2 849,2	+1,7	3 143,4	+3,3	-6,5	-0,2	-7,2	-0,2
2017	2 889,8	+1,4	3 242,7	+3,2	-8,5	-0,3	-9,5	-0,3
2018	2 928,7	+1,3	3 337,4	+2,9	-0,7	0,0	-0,8	0,0
2019	2 967,4	+1,3	3 437,9	+3,0	1,5	0,0	1,7	0,0
2020	3 009,1	+1,4	3 544,3	+3,1	1,1	0,0	1,4	0,0
2021	3 052,2	+1,4	3 655,1	+3,1	0,0	0,0	0,0	0,0

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität Prozentpunkte	Arbeit	Kapital
	in % gegenüber Vorjahr		Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,1	1,1
1982	+2,1	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	0,0	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	0,0	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,9	0,2	0,9
1991	+3,0	1,8	0,2	0,9
1992	+2,9	1,7	0,2	1,0
1993	+2,6	1,5	0,1	1,1
1994	+2,1	1,4	-0,2	1,0
1995	+1,9	1,2	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	0,0	0,6
2004	+1,3	0,7	0,0	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,3	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,5	0,1	0,4
2012	+1,2	0,5	0,3	0,4
2013	+1,3	0,5	0,4	0,4
2014	+1,4	0,5	0,5	0,4
2015	+1,7	0,5	0,8	0,4
2016	+1,7	0,5	0,8	0,4
2017	+1,4	0,6	0,4	0,4
2018	+1,3	0,6	0,3	0,4
2019	+1,3	0,7	0,2	0,4
2020	+1,4	0,7	0,2	0,5
2021	+1,4	0,7	0,2	0,5

¹ Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
1960	750,2	.	171,7	.
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 038,5	+5,2	1 579,8	+8,4
1992	2 077,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 057,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 108,4	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 145,1	+1,7	1 898,9	+3,7
1996	2 162,6	+0,8	1 926,3	+1,4
1997	2 202,6	+1,8	1 967,1	+2,1
1998	2 246,2	+2,0	2 018,2	+2,6
1999	2 290,8	+2,0	2 064,9	+2,3

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
2000	2 358,7	+3,0	2 116,5	+2,5
2001	2 398,7	+1,7	2 179,9	+3,0
2002	2 398,7	+0,0	2 209,3	+1,4
2003	2 381,7	-0,7	2 220,1	+0,5
2004	2 409,5	+1,2	2 270,6	+2,3
2005	2 426,5	+0,7	2 300,9	+1,3
2006	2 516,3	+3,7	2 393,3	+4,0
2007	2 598,4	+3,3	2 513,2	+5,0
2008	2 626,5	+1,1	2 561,7	+1,9
2009	2 478,9	-5,6	2 460,3	-4,0
2010	2 580,1	+4,1	2 580,1	+4,9
2011	2 674,5	+3,7	2 703,1	+4,8
2012	2 687,6	+0,5	2 758,3	+2,0
2013	2 700,8	+0,5	2 826,2	+2,5
2014	2 743,9	+1,6	2 923,9	+3,5
2015	2 791,1	+1,7	3 032,8	+3,7
2016	2 842,7	+1,8	3 136,2	+3,4
2017	2 881,3	+1,4	3 233,2	+3,1
2018	2 928,0	+1,6	3 336,6	+3,2
2019	2 968,8	+1,4	3 439,6	+3,1
2020	3 010,3	+1,4	3 545,7	+3,1
2021	3 052,2	+1,4	3 655,1	+3,1

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010=100).

█ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	54 657	.	.	60,0	32 340	.
1961	54 667	+0,0	.	60,5	32 791	+1,4
1962	54 803	+0,2	.	60,5	32 905	+0,3
1963	55 035	+0,4	.	60,5	32 983	+0,2
1964	55 219	+0,3	.	60,3	33 011	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,9	60,3	33 199	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,5	59,8	33 097	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,1	58,7	32 019	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,8	58,3	32 046	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,7	58,3	32 545	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,6	58,6	32 993	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,6	58,8	33 143	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,6	58,9	33 325	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,6	59,3	33 727	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,4	58,8	33 408	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,3	58,1	32 570	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,1	57,9	32 434	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,1	57,8	32 508	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,2	57,9	32 829	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,5	58,4	33 463	+1,9
1980	59 196	+0,8	59,0	58,9	34 024	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,5	59,4	34 065	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,2	60,2	33 802	-0,8
1983	59 931	+0,2	61,0	61,2	33 494	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,8	61,8	33 783	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,5	62,7	34 257	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,3	63,2	34 915	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,9	63,8	35 402	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,6	64,5	35 906	+1,4
1989	60 567	+0,4	65,1	64,9	36 580	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,5	65,9	37 733	+3,2
1991	61 396	+0,7	65,7	66,7	38 790	+2,8
1992	61 972	+0,9	65,8	65,9	38 283	-1,3
1993	62 517	+0,9	65,8	65,3	37 786	-1,3
1994	62 797	+0,4	65,8	65,5	37 798	+0,0
1995	62 925	+0,2	65,9	65,4	37 958	+0,4
1996	62 993	+0,1	66,1	65,8	37 969	+0,0
1997	62 977	-0,0	66,4	66,2	37 947	-0,1
1998	62 917	-0,1	66,8	66,9	38 407	+1,2
1999	62 907	-0,0	67,3	67,4	39 031	+1,6

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 932	+0,0	67,7	68,4	39 917	+2,3
2001	63 000	+0,1	68,0	68,0	39 809	-0,3
2002	63 115	+0,2	68,2	68,1	39 630	-0,4
2003	63 178	+0,1	68,5	68,1	39 200	-1,1
2004	63 176	-0,0	68,8	68,8	39 337	+0,3
2005	63 153	-0,0	69,1	69,4	39 326	-0,0
2006	63 093	-0,1	69,3	69,3	39 635	+0,8
2007	62 992	-0,2	69,6	69,5	40 325	+1,7
2008	62 833	-0,3	69,9	69,8	40 856	+1,3
2009	62 546	-0,5	70,3	70,3	40 892	+0,1
2010	62 224	-0,5	70,6	70,5	41 020	+0,3
2011	61 984	-0,4	71,0	70,9	41 577	+1,4
2012	61 890	-0,2	71,4	71,6	42 061	+1,2
2013	61 877	-0,0	71,9	71,9	42 328	+0,6
2014	61 859	-0,0	72,3	72,3	42 662	+0,8
2015	62 076	+0,4	72,7	72,5	43 057	+0,9
2016	62 248	+0,3	73,1	72,9	43 572	+1,2
2017	62 188	-0,1	73,5	73,6	43 992	+1,0
2018	62 148	-0,1	73,9	74,2	44 332	+0,8
2019	62 080	-0,1	74,2	74,4	44 408	+0,2
2020	62 080	-0,0	74,5	74,5	44 485	+0,2
2021	62 080	-0,0	74,8	74,6	44 562	+0,2
2022	61 967	-0,2	75,1	75,0	.	.
2023	61 799	-0,3	75,4	75,4	.	.
2024	61 568	-0,4	75,7	75,7	.	.

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich beziehungsweise prognostiziert				in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
1960	.	.	2 167	.	25 152		1,4	.
1961	.	.	2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	.
1965	2 067	.	2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	.
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	.
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,8
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26 364	+0,6	1,7	0,9
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,2
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,5
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,7
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,4
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,8
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,2
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,7
1980	1 744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8
1982	1 713	-0,9	1 712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,3
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,2
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,6
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31 914	+1,7	7,8	7,0
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,2
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,2
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34 212	+3,4	6,0	7,3
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,3
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,4
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,0	7,5
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,5
1996	1 512	-0,8	1 511	-1,1	34 115	-0,1	8,4	7,7
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34 036	-0,2	9,0	7,8
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich beziehungsweise prognostiziert				in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,2
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,3
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,2
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34 916	-0,5	10,3	8,1
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,9
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,6
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	6,9	7,3
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,9
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 014	+1,3	5,5	6,0
2012	1 377	-0,4	1 375	-1,3	37 501	+1,3	5,0	5,6
2013	1 372	-0,3	1 362	-0,9	37 870	+1,0	4,9	5,2
2014	1 370	-0,2	1 368	+0,4	38 260	+1,0	4,7	4,8
2015	1 369	-0,1	1 368	+0,0	38 721	+1,2	4,3	4,4
2016	1 369	-0,0	1 374	+0,4	39 266	+1,4	4,0	4,0
2017	1 369	+0,0	1 371	-0,2	39 706	+1,1	3,9	3,8
2018	1 369	+0,0	1 370	-0,0	40 066	+0,9	3,9	3,8
2019	1 369	-0,0	1 370	-0,1	40 145	+0,2	3,8	3,8
2020	1 369	-0,0	1 369	-0,1	40 224	+0,2	3,8	3,8
2021	1 368	-0,0	1 368	-0,1	40 303	+0,2	3,7	3,8
2022	1 368	-0,0	1 368	-0,0
2023	1 367	-0,0	1 367	-0,0
2024	1 367	-0,0	1 367	-0,0

¹ 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.² NAWRU – Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote tatsächlich bzw. prognostiziert	
	preisbereinigt		preisbereinigt			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4	
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2	
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3	
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5	
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5	
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6	
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7	
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6	
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7	
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8	
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9	
1991	9 884,4	+2,7	442,3	+4,7	1,9	
1992	10 178,4	+3,0	460,5	+4,1	1,7	
1993	10 486,7	+3,0	441,2	-4,2	1,3	
1994	10 783,4	+2,8	457,2	+3,6	1,5	
1995	11 079,3	+2,7	457,1	-0,0	1,5	
1996	11 365,0	+2,6	454,8	-0,5	1,5	
1997	11 641,2	+2,4	458,4	+0,8	1,6	
1998	11 918,1	+2,4	476,2	+3,9	1,7	
1999	12 206,0	+2,4	498,3	+4,6	1,8	
2000	12 499,7	+2,4	510,0	+2,3	1,8	
2001	12 779,6	+2,2	497,1	-2,5	1,7	
2002	13 019,3	+1,9	468,4	-5,8	1,8	
2003	13 225,3	+1,6	462,2	-1,3	2,0	
2004	13 416,7	+1,4	462,4	+0,0	2,0	
2005	13 596,5	+1,3	465,8	+0,7	2,1	
2006	13 785,0	+1,4	500,8	+7,5	2,3	
2007	13 992,5	+1,5	521,2	+4,1	2,3	
2008	14 203,7	+1,5	529,2	+1,5	2,3	
2009	14 380,5	+1,2	475,8	-10,1	2,1	
2010	14 533,2	+1,1	501,4	+5,4	2,4	
2011	14 700,5	+1,2	537,4	+7,2	2,5	
2012	14 876,6	+1,2	533,9	-0,7	2,4	
2013	15 044,7	+1,1	527,8	-1,1	2,4	
2014	15 211,3	+1,1	545,9	+3,4	2,5	
2015	15 388,1	+1,2	555,2	+1,7	2,5	
2016	15 564,2	+1,1	569,3	+2,5	2,6	
2017	15 743,0	+1,1	580,4	+2,0	2,6	
2018	15 930,0	+1,2	598,2	+3,1	2,6	
2019	16 126,9	+1,2	613,2	+2,5	2,6	
2020	16 335,4	+1,3	628,5	+2,5	2,6	
2021	16 553,8	+1,3	644,2	+2,5	2,6	

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4274
1981	-7,4149	-7,4174
1982	-7,4193	-7,4071
1983	-7,4019	-7,3956
1984	-7,3840	-7,3833
1985	-7,3693	-7,3699
1986	-7,3597	-7,3557
1987	-7,3541	-7,3403
1988	-7,3329	-7,3236
1989	-7,3059	-7,3057
1990	-7,2745	-7,2872
1991	-7,2438	-7,2689
1992	-7,2311	-7,2520
1993	-7,2330	-7,2370
1994	-7,2169	-7,2236
1995	-7,2079	-7,2118
1996	-7,2014	-7,2009
1997	-7,1864	-7,1905
1998	-7,1802	-7,1805
1999	-7,1729	-7,1703
2000	-7,1548	-7,1599
2001	-7,1394	-7,1499
2002	-7,1380	-7,1408
2003	-7,1407	-7,1327
2004	-7,1352	-7,1254
2005	-7,1277	-7,1185
2006	-7,1074	-7,1120
2007	-7,0916	-7,1061
2008	-7,0918	-7,1009
2009	-7,1333	-7,0968
2010	-7,1071	-7,0920
2011	-7,0853	-7,0873
2012	-7,0837	-7,0827
2013	-7,0808	-7,0780
2014	-7,0765	-7,0733
2015	-7,0696	-7,0684
2016	-7,0658	-7,0631
2017	-7,0611	-7,0573
2018	-7,0540	-7,0510
2019	-7,0452	-7,0442
2020	-7,0366	-7,0371
2021	-7,0282	-7,0297

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	22,9	-	26,3	-	83,5	-
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,0	75,4	+3,0	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,6	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,8	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,5	+2,0	84,3	+1,3	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,1	+1,0	1 021,9	+0,9
1997	89,3	+0,3	86,2	+1,3	1 026,4	+0,4
1998	89,9	+0,6	86,6	+0,5	1 048,3	+2,1
1999	90,1	+0,3	87,0	+0,4	1 078,6	+2,9

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,4	87,7	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,2	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,4	90,3	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	92,0	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,9	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,3	+1,5	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,5	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,2	+1,8	98,1	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,8	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	102,0	+2,0	1 337,3	+4,3
2012	102,6	+1,5	103,5	+1,5	1 388,8	+3,9
2013	104,6	+2,0	104,6	+1,0	1 427,5	+2,8
2014	106,6	+1,8	105,6	+1,0	1 482,8	+3,9
2015	108,7	+2,0	106,2	+0,6	1 537,0	+3,7
2016	110,3	+1,5	107,0	+0,7	1 593,4	+3,7
2017	112,2	+1,7	108,7	+1,6	1 649,9	+3,5
2018	114,0	+1,6	110,5	+1,7	1 704,6	+3,3
2019	115,9	+1,7	112,5	+1,8	1 757,2	+3,1
2020	117,8	+1,7	114,5	+1,8	1 811,4	+3,1
2021	119,8	+1,7	116,6	+1,8	1 867,5	+3,1

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.			gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tägigen- stunde	
			in %	in Mio.	in %	Veränderung in % p. a.			in %
1991	38,8	.	51,3	2,2	5,3	.	.	.	24,9
1992	38,3	-1,3	50,8	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,1
1993	37,8	-1,3	50,4	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,6	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	24,0
1995	38,0	+0,4	50,5	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,4
1996	38,0	+0,0	50,8	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+2,0	22,8
1997	37,9	-0,1	51,1	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,5
1998	38,4	+1,2	51,6	3,7	8,8	+2,0	+0,8	+1,2	22,6
1999	39,0	+1,6	51,9	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,7	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,5	23,0
2001	39,8	-0,3	52,4	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,6	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,0
2003	39,2	-1,1	52,6	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,5
2004	39,3	+0,3	53,2	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,8	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,8	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,8
2007	40,3	+1,7	54,0	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	54,3	3,0	6,9	+1,1	-0,2	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	54,6	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,2
2010	41,0	+0,3	54,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,4
2011	41,6	+1,4	54,7	2,4	5,5	+3,7	+2,3	+2,1	20,3
2012	42,1	+1,2	55,0	2,2	5,0	+0,5	-0,7	+0,6	20,1
2013	42,3	+0,6	55,1	2,2	4,9	+0,5	-0,1	+0,8	19,7
2014	42,7	+0,8	55,2	2,1	4,7	+1,6	+0,8	+0,4	20,0
2015	43,1	+0,9	55,1	2,0	4,3	+1,7	+0,8	+0,8	19,9
2010/2005	40,3	+0,8	54,2	3,5	8,0	+1,2	0,4	+0,7	19,7
2015/2010	42,1	+1,0	54,9	2,3	5,1	+1,6	+0,6	+0,9	19,9

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose (ILO)) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 2010.³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	+7,3	+5,3	+3,3	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+1,9	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,4	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,7
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+1,0	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,5	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,4
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,8	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,7	+2,1	+2,0	+2,1	+0,5
2012	+2,0	+1,5	-0,2	+1,6	+1,5	+2,0	+3,0
2013	+2,5	+2,0	+1,1	+1,6	+1,1	+1,5	+1,7
2014	+3,5	+1,8	+1,3	+1,4	+1,0	+0,9	+1,6
2015	+3,7	+2,0	+2,6	+0,9	+0,6	+0,3	+1,5
2010/2005	+2,3	+1,1	-0,2	+1,2	+1,2	+1,6	+0,9
2015/2010	+3,3	+1,7	+0,4	+1,5	+1,2	+1,3	+1,7

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2016.

□ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p. a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-8,1	-26,0	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-21,0	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-17,0	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,9	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,2	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,1	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,3	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,6	26,5	25,1	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,3	27,0	26,3	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,2	30,8	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-9,9	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	37,8	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	37,6	32,6	28,9	3,7	1,7
2004	+11,2	+7,5	114,5	101,2	35,4	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,4	104,6	37,7	32,7	5,1	4,5
2006	+13,5	+14,2	126,8	137,3	41,2	35,9	5,3	5,7
2007	+9,7	+6,4	167,1	170,8	43,0	36,4	6,6	6,8
2008	+3,0	+5,1	153,1	140,5	43,5	37,5	6,0	5,5
2009	-16,5	-15,8	121,5	142,7	37,8	32,9	4,9	5,8
2010	+17,2	+18,2	134,1	150,0	42,3	37,1	5,2	5,8
2011	+11,1	+12,9	132,1	162,7	44,8	39,9	4,9	6,0
2012	+4,7	+1,9	168,0	195,2	46,0	39,9	6,1	7,1
2013	+1,3	+1,5	168,4	192,7	45,5	39,5	6,0	6,8
2014	+3,9	+2,5	190,7	219,2	45,7	39,1	6,5	7,5
2015	+6,3	+3,9	229,5	255,3	46,8	39,2	7,6	8,4
2010/2005	+4,7	+4,9	136,5	141,0	40,9	35,4	5,5	5,7
2015/2010	+5,4	+4,5	170,5	195,8	45,2	39,1	6,0	6,9

¹In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	69,9	69,9	.	.
1992	+6,5	+2,2	+8,4	71,1	71,3	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,4	+2,3	71,6	72,1	+4,3	+0,8
1994	+3,7	+6,3	+2,6	70,9	71,5	+1,9	-1,8
1995	+3,9	+4,6	+3,6	70,7	71,4	+3,0	-0,6
1996	+1,4	+2,6	+0,9	70,4	71,2	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,3	+0,4	69,6	70,5	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,7	+2,1	69,7	70,6	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	70,8	71,6	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,5	+3,9	71,9	72,6	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,7	+1,5	71,0	71,8	+2,3	+1,7
2002	+0,6	+0,5	+0,7	71,1	71,9	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+0,9	+0,2	70,9	72,0	+1,2	-1,5
2004	+5,0	+16,5	+0,2	67,7	69,0	+0,5	+1,1
2005	+1,4	+4,8	-0,2	66,6	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,5	+12,9	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+3,9	+5,9	+2,8	63,6	65,1	+1,4	-0,6
2008	+0,8	-4,4	+3,7	65,5	66,8	+2,4	+0,1
2009	-4,0	-12,3	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+2,0
2011	+5,5	+7,7	+4,4	66,1	67,4	+3,4	+0,5
2012	+1,3	-3,6	+3,8	67,7	69,0	+2,8	+1,0
2013	+2,6	+2,2	+2,8	67,8	68,9	+2,0	+0,8
2014	+3,4	+2,4	+3,9	68,2	69,0	+2,8	+1,7
2015	+3,8	+4,2	+3,7	68,0	68,7	+2,7	+1,9
2010/2005	+2,3	+2,2	+2,3	65,9	67,3	+1,4	+0,1
2015/2010	+3,3	+2,5	+3,7	67,4	68,5	+2,8	+1,2

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	3,1	0,7	4,0	0,4	1,6	1,7	1,9	1,5	1,7
Belgien	3,7	1,8	2,3	0,2	1,7	1,5	1,2	1,3	1,5
Estland	9,9	8,9	3,3	2,2	2,8	1,4	1,1	2,3	2,6
Finnland	5,3	2,9	3,4	-1,4	-0,7	0,2	0,8	0,8	1,1
Frankreich	3,7	1,8	1,7	0,2	0,6	1,3	1,3	1,4	1,7
Griechenland	4,5	2,3	-4,9	-3,9	0,4	-0,2	-0,3	2,7	3,1
Irland	10,6	6,1	-1,1	-0,3	8,5	26,3	4,1	3,6	3,5
Italien	3,7	0,9	1,7	-1,9	0,1	0,7	0,7	0,9	1,0
Lettland	5,3	10,1	-1,3	4,1	2,1	2,7	1,9	2,8	3,0
Litauen	3,6	7,8	1,6	3,3	3,5	1,8	2,0	2,7	2,8
Luxemburg	8,4	5,3	3,1	2,1	4,7	3,5	3,6	3,8	3,6
Malta	-	3,6	4,3	2,9	3,5	6,2	4,1	3,7	3,7
Niederlande	3,9	2,0	1,5	-0,8	1,4	2,0	1,7	1,7	1,8
Österreich	3,7	2,4	1,8	0,3	0,6	1,0	1,5	1,6	1,6
Portugal	3,9	0,8	1,9	-1,4	0,9	1,6	0,9	1,2	1,4
Slowakei	1,4	6,7	4,4	0,9	2,6	3,8	3,4	3,2	3,8
Slowenien	4,3	4,0	1,3	-1,1	3,1	2,3	2,2	2,6	2,2
Spanien	5,0	3,6	-0,2	-1,2	1,4	3,2	3,2	2,3	2,1
Zypern	5,0	3,9	1,3	-5,4	-1,5	1,7	2,8	2,5	2,3
Euroraum	3,8	1,7	2,0	-0,4	1,2	2,0	1,7	1,5	1,7
Bulgarien	5,7	6,4	0,4	0,9	1,3	3,6	3,1	2,9	2,8
Dänemark	3,5	2,4	1,4	0,4	1,3	1,0	1,0	1,7	1,8
Kroatien	3,8	4,3	-2,3	-0,9	-0,5	1,6	2,6	2,5	2,3
Polen	4,3	3,6	3,9	1,6	3,3	3,9	3,1	3,4	3,2
Rumänien	2,4	4,2	-1,1	3,5	3,1	3,7	5,2	3,9	3,6
Schweden	4,5	3,2	6,6	1,6	2,6	4,1	3,4	2,4	2,1
Tschechien	4,2	6,8	2,5	-0,9	2,7	4,5	2,2	2,6	2,7
Ungarn	4,2	4,0	1,1	1,1	4,0	3,1	2,1	2,6	2,8
Vereinigtes Königreich	4,4	3,2	1,7	1,7	3,1	2,2	1,9	1,0	1,2
EU	3,9	2,2	2,0	0,1	1,6	2,2	1,8	1,6	1,8
USA	4,1	3,3	2,5	2,2	2,4	2,6	1,6	2,1	1,9
Japan	2,3	1,3	4,7	1,6	0,0	0,5	0,7	0,8	0,4

Quellen: Eurostat.

Für die Jahre ab 2014: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2016.

Stand: November 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	Jährliche Veränderungsraten in %								
	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,5
Belgien	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8
Estland	+ 3,9	+ 4,1	+ 2,7	+ 3,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,8	+ 2,6	+ 2,7
Finnland	+ 3,0	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,2	- 0,2	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,2
Frankreich	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,4
Griechenland	+ 2,9	+ 3,5	+ 4,7	- 0,9	- 1,4	- 1,1	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,0
Irland	+ 5,3	+ 2,2	- 1,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,0	- 0,2	+ 1,2	+ 1,4
Italien	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,2	+ 1,4
Lettland	+ 2,6	+ 6,9	- 1,2	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,2	- 0,1	+ 1,8	+ 2,0
Litauen	+ 1,1	+ 2,7	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,2	- 0,7	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,1
Luxemburg	+ 3,8	+ 3,8	+ 2,8	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,6	+ 1,9
Malta	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,8
Niederlande	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,1
Österreich	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,6
Portugal	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,4
Slowakei	+ 12,2	+ 2,8	+ 0,7	+ 1,5	- 0,1	- 0,3	- 0,5	+ 0,8	+ 1,4
Slowenien	+ 8,9	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,4	- 0,8	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,9
Spanien	+ 3,5	+ 3,4	+ 2,0	+ 1,5	- 0,2	- 0,6	- 0,4	+ 1,6	+ 1,5
Zypern	+ 4,9	+ 2,0	+ 2,6	+ 0,4	- 0,3	- 1,5	- 1,1	+ 0,7	+ 1,3
Euroraum	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,4
Bulgarien	+ 10,3	+ 6,0	+ 3,0	+ 0,4	- 1,6	- 1,1	- 0,9	+ 1,0	+ 1,2
Dänemark	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,2	+ 1,6
Kroatien	+ 4,5	+ 3,0	+ 1,1	+ 2,3	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,8	+ 1,5
Polen	+ 10,1	+ 2,2	+ 2,6	+ 0,8	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	+ 1,3	+ 1,8
Rumänien	+ 45,7	+ 9,1	+ 6,1	+ 3,2	+ 1,4	- 0,4	- 1,0	+ 1,8	+ 2,9
Schweden	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,0
Tschechien	+ 3,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,6
Ungarn	+ 10,0	+ 3,5	+ 4,7	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,4	+ 2,3	+ 2,7
Vereinigtes Königreich	+ 0,8	+ 2,1	+ 3,3	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,0	+ 0,7	+ 2,5	+ 2,6
EU	+ 3,5	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7
USA	+ 3,4	+ 3,7	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,1
Japan	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8	- 0,3	+ 0,0	+ 0,1

Quellen: Eurostat; 2015 - 2018 EU-Kommission, Herbstprognose, November 2016.

Stand: November 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	7,9	11,2	7,0	5,2	5,0	4,6	4,4	4,3	4,2
Belgien	6,9	8,5	8,3	8,4	8,5	8,5	8,0	7,8	7,6
Estland	14,6	8,0	16,7	8,6	7,4	6,2	6,5	7,4	8,3
Finnland	9,8	8,4	8,4	8,2	8,7	9,4	9,0	8,8	8,7
Frankreich	8,6	8,9	9,3	10,3	10,3	10,4	10,0	9,9	9,6
Griechenland	11,2	10,0	12,7	27,5	26,5	24,9	23,5	22,2	20,3
Irland	4,3	4,4	13,9	13,1	11,3	9,4	8,3	7,8	7,6
Italien	10,0	7,7	8,4	12,1	12,7	11,9	11,5	11,4	11,3
Lettland	14,3	10,0	19,5	11,9	10,8	9,9	9,6	9,2	8,8
Litauen	16,4	8,3	17,8	11,8	10,7	9,1	7,6	7,4	7,0
Luxemburg	2,2	4,6	4,6	5,9	6,0	6,4	6,2	6,1	6,2
Malta	6,7	6,9	6,9	6,4	5,8	5,4	5,0	5,2	5,2
Niederlande	3,7	5,9	5,0	7,3	7,4	6,9	6,1	5,8	5,4
Österreich	3,9	5,6	4,8	5,4	5,6	5,7	5,9	6,1	6,1
Portugal	5,1	8,8	12,0	16,4	14,1	12,6	11,1	10,0	9,5
Slowakei	18,9	16,4	14,5	14,2	13,2	11,5	9,7	8,7	7,5
Slowenien	6,7	6,5	7,3	10,1	9,7	9,0	8,4	7,7	7,2
Spanien	11,9	9,2	19,9	26,1	24,5	22,1	19,7	18,0	16,5
Zypern	4,8	5,3	6,3	15,9	16,1	15,1	12,5	11,1	10,0
Euroraum	8,9	9,1	10,2	12,0	11,6	10,9	10,2	9,7	9,3
Bulgarien	16,4	10,1	10,3	13,0	11,4	9,2	8,1	7,1	6,3
Dänemark	4,3	4,8	7,5	7,0	6,6	6,2	6,1	5,9	5,6
Kroatien	15,8	13,0	11,7	17,3	17,3	16,3	13,4	11,7	10,3
Polen	16,1	17,9	9,7	10,3	9,0	7,5	6,2	5,6	4,7
Rumänien	7,6	7,1	7,0	7,1	6,8	6,8	6,5	6,4	6,3
Schweden	5,6	7,7	8,6	8,0	7,9	7,4	6,8	6,4	6,4
Tschechien	8,8	7,9	7,3	7,0	6,1	5,1	4,2	4,1	4,0
Ungarn	6,3	7,2	11,2	10,2	7,7	6,8	5,1	4,7	4,1
Vereinigtes Königreich	5,4	4,8	7,8	7,6	6,1	5,3	4,9	5,2	5,6
EU	8,9	9,0	9,6	10,9	10,2	9,4	8,7	8,3	8,0
USA	4,0	5,1	9,6	7,4	6,2	5,3	4,9	4,6	4,6
Japan	4,7	4,4	5,0	4,0	3,6	3,4	3,2	3,2	3,1

Quelle: Ameco.

Stand: November 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2014	2015	2016 ¹	2017 ¹	2014	2015	2016 ¹	2017 ¹	2014	2015	2016 ¹	2017 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+1,1	-2,8	-0,3	+1,4	+11,4	+13,9	+7,1	+5,8	2,1	3,0	1,3	1,9
darunter												
Russische Föderation	+0,7	-3,7	-0,8	+1,1	+7,8	+15,5	+7,2	+5,0	2,8	5,2	3,0	3,5
Ukraine	-6,6	-9,9	+1,5	+2,5	+12,1	+48,7	+15,1	+11,0	-3,9	-0,3	-1,5	-2,1
Asien	+6,8	+6,6	+6,5	+6,3	+3,5	+2,7	+3,1	+3,3	1,8	2,1	1,6	0,8
darunter												
China	+7,3	+6,9	+6,6	+6,2	+2,0	+1,4	+2,1	+2,3	2,6	3,0	2,4	1,6
Indien	+7,2	+7,6	+7,6	+7,6	+5,9	+4,9	+5,5	+5,2	-1,3	-1,1	-1,4	-2,0
Indonesien	+5,0	+4,8	+4,9	+5,3	+6,4	+6,4	+3,7	+4,2	-3,1	-2,1	-2,3	-2,3
Malaysia	+6,0	+5,0	+4,3	+4,6	+3,1	+2,1	+2,1	+3,0	4,4	3,0	1,2	1,5
Thailand	+0,8	+2,8	+3,2	+3,3	+1,9	-0,9	+0,3	+1,6	3,8	7,8	9,7	7,7
Lateinamerika	+1,0	+0,0	-0,6	+1,6	+4,9	+5,5	+5,8	+4,2	-3,2	-3,6	-2,3	-2,3
darunter												
Argentinien	-2,5	+2,5	-1,8	+2,7	.	.	.	+23,2	-1,4	-2,5	-2,3	-3,2
Brasilien	+0,1	-3,8	-3,3	+0,5	+6,3	+9,0	+9,0	+5,4	-4,3	-3,3	-0,8	-1,3
Chile	+1,8	+2,3	+1,7	+2,0	+4,4	+4,3	+4,0	+3,0	-1,3	-2,0	-1,9	-2,4
Mexiko	+2,2	+2,5	+2,1	+2,3	+4,0	+2,7	+2,8	+3,3	-2,0	-2,9	-2,7	-2,8
Sonstige												
Türkei	+3,0	+4,0	+3,3	+3,0	+8,9	+7,7	+8,4	+8,2	-5,5	-4,5	-4,4	-5,6
Südafrika	+1,6	+1,3	+0,1	+0,8	+6,1	+4,6	+6,4	+6,0	-5,3	-4,3	-3,3	-3,2

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2016.

█ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14. Dezember 2016	2015	zu Ende 2015	2015/2016	2015/2016
Dow Jones	19 793	17 425	13,59	15 660	19 911
Euro Stoxx 50	3 212	3 268	-1,72	2 680	3 829
DAX	11 245	10 743	4,67	8 753	12 375
CAC 40	4 769	4 637	2,85	3 897	5 269
Nikkei	19 254	19 034	1,15	14 952	20 868
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen (in % p. a.)	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
	14. Dezember 2016	2015	US-Bond	2015/2016	2015/2016
10 Jahre					
USA	2,59	2,28	-	1,36	2,59
Deutschland	0,30	0,63	-2,29	-0,19	0,98
Japan	0,07	0,28	-2,52	-0,29	0,54
Vereinigtes Königreich	1,39	1,97	-1,20	0,52	2,20
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14. Dezember 2016	2015	zu Ende 2015	2015/2016	2015/2016
Dollar/Euro	1,06	1,09	-2,35	1,05	1,20
Yen/Dollar	117,03	120,30	-2,72	99,87	125,61
Yen/Euro	122,39	131,07	-6,62	111,17	145,21
Pfund/Euro	0,84	0,73	15,02	0,70	0,90

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-28**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Deutschland												
EU-KOM	+1,7	+1,9	+1,5	+1,7	+0,1	+0,4	+1,5	+1,5	4,6	4,4	4,3	4,2
OECD	+1,5	+1,7	+1,7	+1,7	+0,1	+0,3	+1,4	+1,7	4,6	4,2	4,2	4,1
IWF	+1,5	+1,8	+1,4	+1,4	+0,1	+0,4	+1,5	+1,7	4,6	4,3	4,5	4,6
USA												
EU-KOM	+2,6	+1,6	+2,1	+1,9	+0,1	+1,2	+2,0	+2,1	5,3	4,9	4,7	4,7
OECD	+2,6	+1,5	+2,3	+3,0	+0,1	+1,2	+1,9	+2,2	5,3	4,9	4,7	4,5
IWF	+2,6	+1,6	+2,2	+2,1	+0,1	+1,2	+2,3	+2,7	5,3	4,9	4,8	4,7
Japan												
EU-KOM	+0,5	+0,7	+0,8	+0,4	+0,8	-0,3	+0,0	+0,1	3,4	3,2	3,2	3,2
OECD	+0,6	+0,8	+1,0	+0,8	+0,8	-0,3	+0,3	+1,0	3,4	3,1	3,0	2,9
IWF	+0,5	+0,5	+0,6	+0,5	+0,8	-0,2	+0,5	+0,6	3,4	3,2	3,2	3,2
Frankreich												
EU-KOM	+1,3	+1,3	+1,4	+1,7	+0,1	+0,3	+1,3	+1,4	10,4	10,0	9,9	9,6
OECD	+1,2	+1,2	+1,3	+1,6	+0,1	+0,3	+1,2	+1,2	10,4	9,9	9,7	9,6
IWF	+1,3	+1,3	+1,4	+1,6	+0,1	+0,4	+1,0	+1,1	10,4	9,8	9,6	9,3
Italien												
EU-KOM	+0,7	+0,7	+0,9	+1,0	+0,1	+0,0	+1,2	+1,4	11,9	11,5	11,4	11,3
OECD	+0,6	+0,8	+0,9	+1,0	+0,1	-0,1	+0,8	+1,2	11,9	11,5	11,0	10,7
IWF	+0,8	+0,8	+0,9	+1,2	+0,1	-0,1	+0,5	+0,8	11,9	11,5	11,2	10,8
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+88,9	+1,9	+1,0	+1,2	+0,0	+0,7	+2,5	+2,6	5,3	4,9	5,2	5,6
OECD	+2,2	+2,0	+1,2	+1,0	+0,1	+0,6	+2,4	+2,9	5,4	4,9	5,0	5,6
IWF	+2,3	+1,8	+1,1	+1,7	+0,1	+0,7	+2,5	+2,6	5,4	5,0	5,2	5,5
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+1,1	+1,2	+2,1	+2,3	+1,1	+1,5	+1,8	+2,0	6,9	7,0	6,8	6,5
IWF	+1,1	+1,2	+1,9	+1,9	+1,1	+1,6	+2,1	+2,1	6,9	7,0	7,1	6,9
Euroraum												
EU-KOM	+2,0	+1,7	+1,5	+1,7	+0,0	+0,3	+1,4	+1,4	10,9	10,1	9,7	9,2
OECD	+1,9	+1,7	+1,6	+1,7	+0,0	+0,2	+1,2	+1,4	10,9	10,0	9,5	9,1
IWF	+2,0	+1,7	+1,5	+1,6	+0,0	+0,3	+1,1	+1,3	10,9	10,0	9,7	9,3
EU-27												
EU-KOM	+2,2	+1,8	+1,6	+1,8	+0,0	+0,3	+1,6	+1,7	9,4	8,6	8,3	7,9
IWF	+2,3	+1,9	+1,7	+1,8	+0,0	+0,3	+1,3	+1,6	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2016.

Stand: Dezember 2016.

□ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)					Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Belgien												
EU-KOM	+1,5	+1,2	+1,3	+1,5	+0,6	+1,7	+1,7	+1,8	8,5	8,0	7,8	7,6
OECD	+1,5	+1,2	+1,3	+1,5	+0,6	+1,7	+1,7	+1,7	8,5	8,1	7,6	7,3
IWF	+1,4	+1,5	+1,4	+1,4	+0,6	+2,1	+1,6	+1,7	8,5	8,4	8,3	8,3
Estland												
EU-KOM	+1,4	+1,1	+2,3	+2,6	+0,1	+0,8	+2,6	+2,7	6,2	6,5	7,4	8,3
OECD	+1,5	+1,1	+2,4	+2,9	+0,1	+0,8	+2,3	+2,6	6,2	6,9	7,6	8,0
IWF	+1,1	+1,5	+2,5	+2,9	+0,1	+0,5	+1,4	+1,8	6,1	5,6	5,5	5,4
Finnland												
EU-KOM	+0,2	+0,8	+0,8	+1,1	-0,2	+0,3	+1,1	+1,2	9,4	9,0	8,8	8,7
OECD	+0,2	+0,9	+0,9	+1,1	-0,2	+0,3	+0,8	+0,8	9,4	8,8	8,6	8,5
IWF	+0,2	+0,9	+1,1	+1,3	-0,2	+0,4	+1,2	+1,6	9,3	9,1	8,9	8,5
Griechenland												
EU-KOM	-0,2	-0,3	+2,7	+3,1	-1,1	+0,1	+1,1	+1,0	24,9	23,5	22,2	20,3
OECD	-0,3	+0,0	+1,3	+1,9	-1,1	+0,1	+1,1	+1,4	24,9	23,5	23,1	22,7
IWF	-0,2	+0,1	+2,8	+3,1	-1,1	-0,1	+0,6	+1,0	25,0	23,3	21,5	20,7
Irland												
EU-KOM	+26,3	+4,1	+3,6	+3,5	+0,0	-0,2	+1,2	+1,4	9,4	8,3	7,8	7,6
OECD	+26,3	+4,3	+3,2	+2,3	-0,0	-0,0	+1,5	+2,0	9,4	7,9	7,1	6,7
IWF	+26,3	+4,9	+3,2	+3,1	-0,0	+0,3	+1,2	+1,4	9,5	8,3	7,7	7,2
Lettland												
EU-KOM	+2,7	+1,9	+2,8	+3,0	+0,2	-0,1	+1,8	+2,0	9,9	9,6	9,2	8,8
OECD	+2,7	+1,1	+3,0	+3,5	+0,3	-0,2	+1,3	+1,9	9,9	9,6	9,2	8,8
IWF	+2,7	+2,5	+3,4	+3,7	+0,2	+0,2	+1,7	+2,0	9,9	9,4	9,3	9,0
Litauen¹												
EU-KOM	+1,8	+2,0	+2,7	+2,8	-0,7	+0,7	+1,7	+2,1	9,1	7,6	7,4	7,0
OECD	+1,8	+2,1	+2,7	+2,8	-0,7	+0,6	+2,3	+2,8	9,3	8,0	7,5	6,9
IWF	+1,6	+2,6	+3,0	+3,3	-0,7	+0,5	+1,2	+2,2	9,1	7,8	7,6	7,4
Luxemburg												
EU-KOM	+3,5	+3,6	+3,8	+3,6	+0,1	+0,0	+1,6	+1,9	6,4	6,2	6,1	6,2
OECD	+3,5	+3,6	+4,0	+4,0	+0,1	-0,1	+1,4	+1,5	6,8	6,4	6,3	6,2
IWF	+4,9	+3,5	+3,1	+3,3	+0,1	+0,2	+1,0	+1,4	6,9	6,5	6,3	6,2
Malta												
EU-KOM	+6,2	+4,1	+3,7	+3,7	+1,2	+1,0	+1,6	+1,8	5,4	5,0	5,2	5,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+6,2	+4,1	+3,4	+3,1	+1,2	+1,2	+1,5	+1,7	5,4	4,8	4,9	4,9
Niederlande												
EU-KOM	+2,0	+1,7	+1,7	+1,8	+0,2	+0,1	+1,0	+1,1	6,9	6,1	5,8	5,4
OECD	+2,0	+2,0	+2,0	+1,9	+0,2	-0,0	+1,0	+1,5	6,9	6,0	5,6	5,5
IWF	+2,0	+1,7	+1,6	+1,8	+0,2	+0,1	+0,9	+1,1	6,9	6,7	6,5	6,1

¹ Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Österreich												
EU-KOM	+1,0	+1,5	+1,6	+1,6	+0,8	+1,0	+1,8	+1,6	5,7	5,9	6,1	6,1
OECD	+0,8	+1,5	+1,5	+1,3	+0,8	+0,9	+1,7	+1,8	5,8	6,3	6,6	6,6
IWF	+0,9	+1,4	+1,2	+1,2	+0,8	+0,9	+1,6	+1,8	5,7	6,2	6,4	6,3
Portugal												
EU-KOM	+1,6	+0,9	+1,2	+1,4	+0,5	+0,7	+1,2	+1,4	12,6	11,1	10,0	9,5
OECD	+1,6	+1,2	+1,2	+1,3	+0,5	+0,7	+1,1	+1,1	12,5	11,0	10,1	10,1
IWF	+1,5	+1,0	+1,1	+1,2	+0,5	+0,7	+1,1	+1,4	12,4	11,2	10,7	10,3
Slowakei												
EU-KOM	+3,8	+3,4	+3,2	+3,8	-0,3	-0,5	+0,8	+1,4	11,5	9,7	8,7	7,5
OECD	+3,8	+3,6	+3,4	+3,8	-0,3	-0,5	+0,8	+1,4	11,5	9,8	9,1	8,3
IWF	+3,6	+3,4	+3,3	+3,7	-0,3	-0,2	+1,1	+1,2	11,5	9,9	8,8	8,3
Slowenien												
EU-KOM	+2,3	+2,2	+2,6	+2,2	-0,8	+0,1	+1,5	+1,9	9,0	8,4	7,7	7,2
OECD	+2,3	+2,0	+2,4	+2,3	-0,8	-0,2	+0,8	+1,2	9,0	7,8	7,1	6,9
IWF	+2,3	+2,3	+1,8	+1,6	-0,5	-0,3	+1,0	+1,4	9,0	8,2	7,9	7,5
Spanien												
EU-KOM	+3,2	+3,2	+2,3	+2,1	-0,6	-0,4	+1,6	+1,5	22,1	19,7	18,0	16,5
OECD	+3,2	+3,2	+2,3	+2,2	-0,6	-0,3	+1,5	+1,3	22,1	19,6	17,7	16,4
IWF	+3,2	+3,1	+2,2	+1,9	-0,5	-0,3	+1,0	+1,1	22,1	19,4	18,0	17,0
Zypern												
EU-KOM	+1,7	+2,8	+2,5	+2,3	-1,5	-1,1	+0,7	+1,3	15,0	12,5	11,1	10,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,5	+2,8	+2,2	+2,3	-1,5	-1,0	+0,5	+1,5	14,9	13,0	11,6	10,3

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2016.

Stand: Dezember 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Bulgarien												
EU-KOM	+3,6	+3,1	+2,9	+2,8	-1,1	-0,9	+1,0	+1,2	9,2	8,1	7,1	6,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,0	+3,0	+2,8	+2,5	-1,1	-1,6	+0,6	+1,6	9,2	8,2	7,1	6,9
Dänemark												
EU-KOM	+1,0	+1,0	+1,7	+1,8	+0,2	+0,0	+1,2	+1,6	6,2	6,1	5,9	5,6
OECD	+1,6	+1,0	+1,5	+1,9	+0,5	+0,3	+1,1	+1,7	6,2	6,1	5,6	5,5
IWF	+1,0	+1,0	+1,5	+1,7	+0,5	+0,4	+1,1	+1,4	6,2	6,0	5,8	5,8
Kroatien												
EU-KOM	+1,6	+2,6	+2,5	+2,3	-0,3	-0,9	+0,8	+1,5	16,3	13,4	11,7	10,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,7	+1,9	+2,1	+2,2	-0,5	-1,0	+0,8	+1,7	16,9	16,4	15,9	15,4
Polen												
EU-KOM	+3,9	+3,1	+3,4	+3,2	-0,7	-0,2	+1,3	+1,8	7,5	6,2	5,6	4,7
OECD	+3,9	+2,6	+3,2	+3,1	-0,9	-0,8	+1,1	+1,7	7,5	6,1	5,4	5,3
IWF	+3,7	+3,1	+3,4	+3,3	-0,9	-0,6	+1,1	+1,9	7,5	6,3	6,2	6,2
Rumänien												
EU-KOM	+3,7	+5,2	+3,9	+3,6	-0,4	-1,0	+1,8	+2,9	6,8	6,5	6,4	6,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,8	+5,0	+3,8	+3,3	-0,6	-1,5	+1,7	+3,1	6,8	6,4	6,2	6,3
Schweden												
EU-KOM	+4,1	+3,4	+2,4	+2,1	+0,7	+1,1	+1,6	+2,0	7,4	6,8	6,4	6,4
OECD	+3,9	+3,3	+2,7	+2,2	-0,0	+0,9	+1,5	+2,0	7,4	6,9	6,7	6,7
IWF	+4,2	+3,6	+2,6	+2,2	+0,7	+1,1	+1,4	+1,7	7,4	6,9	6,7	6,7
Tschechien												
EU-KOM	+4,5	+2,2	+2,6	+2,7	+0,3	+0,5	+1,2	+1,6	5,1	4,2	4,1	4,0
OECD	+4,5	+2,4	+2,5	+2,6	+0,3	+0,6	+1,8	+2,2	5,0	4,1	3,9	3,8
IWF	+4,5	+2,5	+2,7	+2,4	+0,3	+0,6	+1,9	+2,0	5,1	4,1	4,1	4,1
Ungarn												
EU-KOM	+3,1	+2,1	+2,6	+2,8	+0,1	+0,4	+2,3	+2,7	6,8	5,1	4,7	4,1
OECD	+3,1	+1,7	+2,5	+2,2	-0,1	+0,1	+1,4	+2,5	6,8	5,1	4,5	4,4
IWF	+2,9	+2,0	+2,5	+2,4	-0,1	+0,4	+1,9	+2,6	6,9	6,0	5,8	5,6

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2016.

Stand: Dezember 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-28**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Deutschland												
EU-KOM	0,7	0,6	0,4	0,3	71,2	68,1	65,7	63,1	8,5	9,0	8,7	8,5
OECD	0,7	0,5	0,5	0,7	71,2	68,0	65,0	62,0	8,5	9,2	8,8	8,7
IWF	0,8	0,1	0,1	0,2	71,0	68,2	66,0	63,6	8,5	8,6	8,1	7,7
USA												
EU-KOM	-4,4	-4,6	-4,2	-4,0	105,2	108,1	108,5	108,4	-2,6	-2,5	-2,6	-2,7
OECD	-4,4	-5,0	-4,9	-5,4	114,0	115,6	116,9	117,5	-2,6	-2,5	-2,6	-2,9
IWF	-3,5	-4,1	-3,7	-3,3	105,2	108,3	108,4	107,9	-2,6	-2,5	-2,7	-2,8
Japan												
EU-KOM	-5,3	-5,0	-5,1	-5,0	248,3	250,7	254,7	257,7	3,2	3,7	3,7	3,7
OECD	-5,4	-5,2	-5,2	-4,3	229,9	233,7	237,5	239,7	3,3	3,8	3,8	4,1
IWF	-5,2	-5,2	-5,1	-4,4	248,0	250,4	253,0	255,0	3,3	3,7	3,4	3,3
Frankreich												
EU-KOM	-3,5	-3,3	-2,9	-3,1	96,2	96,4	96,8	97,1	-2,0	-2,1	-2,3	-2,6
OECD	-3,5	-3,3	-3,0	-2,9	96,2	97,9	99,4	100,2	-0,2	-1,0	-0,8	-0,9
IWF	-3,5	-3,3	-3,0	-2,7	96,1	97,2	97,8	97,9	-0,2	-0,5	-0,4	-0,3
Italien												
EU-KOM	-2,6	-2,4	-2,4	-2,5	132,3	133,0	133,1	133,1	1,6	2,8	2,5	2,1
OECD	-2,6	-2,4	-2,4	-2,4	132,4	132,1	132,3	132,0	2,2	3,0	3,0	3,2
IWF	-2,6	-2,5	-2,2	-1,3	132,7	133,2	133,4	132,0	2,2	2,2	1,9	1,5
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-4,3	-3,5	-2,8	-2,3	89,1	89,2	88,9	87,5	-5,4	-5,6	-4,9	-3,3
OECD	-4,3	-3,3	-3,1	-2,8	89,1	89,3	89,6	89,3	-5,4	-5,4	-4,8	-4,4
IWF	-4,2	-3,3	-2,7	-2,3	89,0	89,0	88,8	88,6	-5,4	-5,9	-4,3	-3,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-1,3	-2,2	-2,3	-2,2	98,5	100,4	101,3	102,0	-3,2	-3,5	-2,9	-2,4
IWF	-1,3	-2,5	-2,3	-2,0	91,5	92,1	90,5	88,7	-3,2	-3,7	-3,1	-2,8
Euroraum												
EU-KOM	-2,1	-1,8	-1,5	-1,5	92,6	91,6	90,6	89,4	3,3	3,7	3,5	3,3
OECD	-2,1	-1,8	-1,5	-1,3	92,9	92,3	91,5	90,4	3,9	4,1	4,0	4,0
IWF	-2,1	-2,0	-1,7	-1,4	92,5	91,7	91,0	89,8	3,2	3,4	3,1	2,9
EU-28												
EU-KOM	-2,4	-2,0	-1,7	-1,6	86,6	86,0	85,1	83,9	1,8	2,1	2,1	2,2
IWF	-2,3	-2,1	-1,8	-1,5	86,8	86,3	85,7	84,7	2,1	2,2	2,3	2,2

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2016.

Stand: Dezember 2016.

□ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo					Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Belgien												
EU-KOM	-2,5	-3,0	-2,3	-2,4	105,8	107,0	107,1	106,4	0,2	0,6	0,6	0,6
OECD	-2,5	-3,0	-2,2	-2,2	105,8	106,0	105,4	104,6	0,4	0,8	1,4	1,4
IWF	-2,6	-2,7	-2,2	-2,0	106,1	105,8	105,0	104,0	0,0	0,1	0,4	0,9
Estland												
EU-KOM	0,1	0,5	-0,4	-0,2	10,1	9,4	9,5	9,4	2,1	1,8	1,6	1,5
OECD	0,1	0,4	-0,5	-0,1	10,1	9,5	10,2	10,4	2,2	0,9	0,7	0,8
IWF	0,4	0,2	0,2	0,1	9,7	9,5	9,1	8,7	2,1	0,6	0,0	-0,7
Finnland												
EU-KOM	-2,8	-2,4	-2,5	-2,0	63,6	65,4	67,1	68,1	-0,8	-0,8	-0,9	-0,7
OECD	-2,8	-2,7	-2,5	-2,2	63,6	67,1	69,6	71,9	-0,4	-0,7	-0,6	-0,6
IWF	-2,7	-2,4	-2,5	-2,0	62,5	63,9	65,3	65,9	0,1	0,1	0,2	0,1
Griechenland												
EU-KOM	-7,5	-2,5	-1,0	0,9	177,4	181,6	179,1	172,4	0,0	0,0	0,2	0,3
OECD	-7,5	-2,0	-0,2	0,5	177,7	179,7	176,6	171,5	0,1	-1,0	-0,6	-0,1
IWF	-3,1	-3,4	-2,7	-1,7	176,9	183,4	184,7	184,8	-0,1	0,0	0,0	0,1
Irland												
EU-KOM	-1,9	-0,9	-0,5	-0,4	78,6	75,4	73,6	71,9	10,2	7,9	7,7	7,4
OECD	-1,9	-0,9	-0,5	0,0	78,7	77,1	75,0	72,2	10,2	9,5	9,7	9,6
IWF	-1,9	-0,7	-0,5	-0,3	78,7	74,6	72,6	69,7	10,2	9,5	9,1	8,8
Lettland												
EU-KOM	-1,3	-0,8	-1,1	-1,2	36,3	40,0	37,2	36,0	-0,8	0,0	-1,2	-1,9
OECD	-1,3	-1,0	-1,0	-0,8	36,3	40,3	38,2	37,5	-0,8	0,7	-0,2	-1,0
IWF	-1,8	-1,2	-1,2	-0,1	34,9	35,1	34,7	32,9	-1,2	-2,0	-1,2	-1,5
Litauen¹												
EU-KOM	-0,2	-0,6	-0,8	-0,7	42,7	40,8	43,3	40,2	-2,2	0,1	-1,2	-0,7
OECD	-0,2	-0,7	-0,8	-0,4	42,7	42,9	42,5	41,6	-2,3	-0,2	0,0	0,2
IWF	-0,2	-0,3	-0,5	-0,5	42,8	41,9	41,0	39,5	-1,7	-1,6	-2,8	-3,0
Luxemburg												
EU-KOM	1,6	1,3	0,0	0,1	22,1	23,2	23,3	23,5	5,2	5,6	5,6	5,8
OECD	1,6	1,7	1,0	0,9	22,1	21,4	23,4	25,4	5,2	4,5	4,7	4,8
IWF	1,3	1,2	0,0	-0,1	21,5	22,2	22,9	23,5	5,5	4,5	4,3	4,4
Malta												
EU-KOM	-1,4	-0,7	-0,6	-0,6	64,0	62,1	59,9	57,2	2,6	2,0	1,7	3,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,5	-0,8	-0,7	-0,6	64,0	62,2	59,7	57,9	9,9	6,2	5,8	5,6
Niederlande												
EU-KOM	-1,9	-0,8	-0,3	-0,1	65,1	63,0	61,3	59,3	8,5	8,5	8,0	7,7
OECD	-1,9	-1,4	0,0	0,0	65,1	63,3	61,6	59,7	8,7	8,1	7,7	7,4
IWF	-1,9	-1,1	-0,7	-0,4	65,1	63,5	61,8	60,4	8,6	9,1	8,2	7,8

¹ Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Österreich												
EU-KOM	-1,0	-1,5	-1,3	-1,1	85,5	83,5	81,1	79,2	2,5	2,8	2,9	3,3
OECD	-1,0	-1,5	-1,0	-0,6	85,6	85,4	84,5	83,2	1,8	2,7	2,2	2,2
IWF	-1,2	-1,6	-1,5	-1,1	86,2	84,9	83,7	82,3	2,6	2,6	2,7	2,6
Portugal												
EU-KOM	-4,4	-2,7	-2,2	-2,4	129,0	130,3	129,5	127,8	-0,3	0,5	0,8	1,2
OECD	-4,4	-2,5	-2,1	-1,9	129,0	130,2	129,5	128,2	0,4	0,1	0,5	0,7
IWF	-4,4	-3,0	-3,0	-2,9	129,0	128,5	128,2	127,7	0,4	0,0	-0,7	-0,8
Slowakei												
EU-KOM	-2,7	-2,2	-1,5	-0,5	52,5	53,3	53,7	51,5	0,1	0,6	0,1	0,6
OECD	-2,7	-2,1	-1,5	-0,6	52,5	52,5	52,4	51,2	-1,3	-1,4	-0,7	0,3
IWF	-3,0	-2,3	-2,2	-2,0	52,9	52,8	53,0	52,4	-1,3	-1,0	-0,6	-0,2
Slowenien												
EU-KOM	-2,7	-2,4	-2,0	-1,5	83,1	80,2	78,3	76,6	5,4	7,4	7,0	6,4
OECD	-2,7	-2,4	-1,6	-0,9	83,1	84,8	85,5	85,4	5,2	7,5	7,7	8,0
IWF	-3,3	-2,3	-2,3	-2,5	83,2	80,0	81,2	82,3	5,2	7,7	7,2	6,5
Spanien												
EU-KOM	-5,1	-4,6	-3,8	-3,2	99,8	99,5	99,9	100,0	1,3	1,7	1,5	1,5
OECD	-5,1	-4,6	-3,6	-2,9	99,8	101,3	102,1	102,2	1,4	2,1	1,7	1,7
IWF	-5,1	-4,5	-3,1	-2,7	99,3	100,1	100,2	100,0	1,4	1,9	1,7	1,7
Zypern												
EU-KOM	-1,1	-0,3	-0,4	0,0	107,5	107,1	103,7	100,6	-3,0	-2,8	-3,3	-3,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,4	-0,5	-0,7	-0,5	108,9	106,7	105,3	101,9	-3,6	-0,9	-3,7	-4,2

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2016.

Stand: Dezember 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Bulgarien												
EU-KOM	-1,7	-0,9	-0,8	-0,7	26,0	29,4	26,3	25,9	0,4	2,0	1,0	0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,9	-0,8	-1,2	-0,7	26,3	29,7	26,3	25,9	1,4	0,8	0,0	-0,4
Dänemark												
EU-KOM	-1,7	-0,9	-2,0	-1,4	40,4	38,9	38,3	38,2	-1,2	-0,8	-0,7	-0,7
OECD	-1,3	-0,7	-1,3	-1,3	39,6	40,2	41,3	42,3	9,2	8,8	8,8	8,9
IWF	-1,7	-0,9	-1,9	-1,7	45,5	45,7	46,3	46,3	7,0	6,7	6,6	6,4
Kroatien												
EU-KOM	-3,3	-2,1	-1,8	-1,4	86,7	85,0	84,3	82,8	7,0	6,5	6,4	6,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,2	-2,8	-2,6	-2,4	86,7	86,8	86,3	85,3	5,2	3,0	2,2	1,5
Polen												
EU-KOM	-2,6	-2,4	-3,0	-3,1	51,1	53,4	55,0	55,5	3,1	4,1	3,1	4,1
OECD	-2,6	-2,4	-3,0	-3,0	51,1	52,5	53,8	54,9	-0,6	-0,6	-0,5	-0,5
IWF	-2,6	-2,8	-2,9	-2,9	51,3	52,4	53,2	53,5	-0,2	-0,1	-1,0	-1,6
Rumänien												
EU-KOM	-0,8	-2,8	-3,2	-3,2	37,9	38,9	40,2	41,5	0,9	0,8	0,2	-0,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,5	-2,8	-2,8	-2,9	39,3	39,7	40,3	40,8	-1,1	-2,0	-2,8	-2,9
Schweden												
EU-KOM	0,2	0,0	-0,1	0,1	43,9	41,6	39,9	38,2	-1,1	-2,2	-2,6	-2,8
OECD	0,2	0,2	-0,1	0,1	43,9	43,0	41,7	40,2	5,2	4,8	4,8	4,9
IWF	0,0	-0,4	-0,7	-0,4	43,4	42,7	41,2	40,4	5,2	5,0	5,3	5,1
Tschechien												
EU-KOM	-0,6	-0,2	-0,6	-0,7	40,3	39,7	39,1	38,5	-1,2	-0,8	-0,7	-0,7
OECD	-0,6	-0,2	-0,2	0,1	40,3	38,6	38,5	38,0	0,9	2,3	1,4	1,7
IWF	-0,4	-0,6	-0,6	-0,4	40,3	39,8	38,8	37,8	0,9	1,5	1,1	0,6
Ungarn												
EU-KOM	-1,6	-1,5	-2,3	-2,3	74,7	73,4	72,5	71,8	5,3	3,0	2,4	1,8
OECD	-1,6	-1,6	-2,0	-2,0	74,7	75,1	74,1	72,8	3,4	6,8	6,7	5,7
IWF	-2,0	-2,0	-2,7	-2,5	75,3	75,3	75,1	74,1	4,4	4,9	4,6	4,0

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2016.

Stand: Dezember 2016.

 Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2016 ...

... nach Veröffentlichungsdatum	136
... nach Themenbereichen	138

Register1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2016

Veröffentlichung	Analysen, Berichte und Forum Finanzpolitik	Seite
Januar 2016	Haushaltsschluss 2015	6
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2015	20
	Erfolgreiche deutsche G7-Präsidentschaft – ein Rückblick	25
	Die Deauville-Partnerschaft: Fortschritte unter schwierigen Rahmenbedingungen	35
Februar 2016	Sollbericht 2016	6
	Symposium „The Future of EU Finances“ mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble am 14. Januar 2016 in Brüssel	22
	Gründung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank	29
	Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2016	34
	Produktinformationsstelle Altersvorsorge steigert Transparenz bei privaten Altersvorsorgeprodukten	48
März 2016	Der Vierte Tragfähigkeitsbericht des BMF	6
	Aktuelle Steuerfragen zur Flüchtlingshilfe	16
	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2015	22
	Neuorganisation der Zollverwaltung erfolgreich abgeschlossen	27
	Reform der Investmentbesteuerung	32
April 2016	Steuerbetrug, trickreiche Steuervermeidung und Geldwäsche konsequent bekämpfen	6
	Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2017 und des Finanzplans 2016 bis 2020	15
	Solide Finanzen, handlungsfähiger Staat – Deutsches Stabilitätsprogramm 2016	23
	Neue Regelungen zu den Investitionsabzugsbeträgen in der steuerlichen Gewinnermittlung	32
	Münzen – mehr als Kleingeld	38
Mai 2016	Reform des Zollrechts – Neuer Unionszollkodex	43
	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016	6
	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	18
	IWF-Frühjahrstagung und G20-Treffen im April 2016 in Washington D.C.	29
Juni 2016	Zollbilanz 2015	32
	BMF-Tragfähigkeitskonferenz am 30. Mai 2016	6
	Umfassende Investitionsberatung für die öffentliche Hand	10
	Fachtagung Staatseigentum	15
	Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen – Beteiligungsbericht 2015	19

 Verzeichnis der Berichte

noch Register 1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2016

Veröffentlichung	Berichte und nicht regelmäßig veröffentlichte Übersichten	Seite
Juli 2016	Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020	6
	Makrofinanzhilfen der Europäischen Union	14
	Mittelfristige Finanzprojektion der Öffentlichen Haushalte	19
	Artikel-IV-Konsultationen des IWF mit Deutschland	23
	Jahrestagung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank in Peking	28
August 2016	Weiterentwicklung der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	6
	Relevanz des Klimawandels für die Finanzmärkte	12
	International Public Accounting Standards vs. Standards staatlicher Doppik	22
	Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	30
	Neue Prioritäten im EU-Haushalt	37
September 2016	Abschluss des Europäischen Semesters 2016	6
	Spending Reviews im Bundeshaushalt	14
	Schuldenbremse 2015: Struktureller Überschuss – das zweite Jahr in Folge	22
	Nachhaltige Stärkung der Investitionen in Deutschland	29
	Statistiken über die Einspruchsbearbeitung in den Finanzämtern	39
Oktober 2016	Ergebnisse der steuerlichen Betriebspflichtungen 2015	6
	IWF-Jahrestagung und G20-Treffen im Oktober 2016 in Washington D.C.	10
	Treffen der Beteiligungsführungen des Bundes und der Länder	14
	Briefmarken – Zeitenspiegel, Wohltäter, Kunstwerke	16
November 2016	Digitalisierung des Finanzmarkts in Deutschland	6
	Chancen und Risiken Öffentlich-Privater Partnerschaften	10
	Ergebnis der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2016	19
	11. Existenzminimumbericht	32
	Der Effekt der kalten Progression bei der Einkommensteuer	43
Dezember 2016	Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2015	48
	Die G20 unter deutscher Präsidentschaft im Finanzbereich	6
	Zum Vorschlag einer europäischen Arbeitslosenversicherung	13
	Mindestlohnspezifische Meldepflichten: Einführung eines Online-Meldeverfahrens zum 1. Januar 2017	18
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben leistet einen bedeutenden Beitrag zur Unterbringung von Flüchtlingen	24	

 Verzeichnis der Berichte

Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2016 nach Themenbereichen

Themenbereich	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Briefmarken & Sammlermünzen	April 2016	Münzen – mehr als Kleingeld	38
	Oktober 2016	Briefmarken – Zeitenspiegel, Wohltäter, Kunstwerke	16
Europa	Februar 2016	Symposium „The Future of EU Finances“ mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble am 14. Januar 2016 in Brüssel	22
	Juli 2016	Makrofinanzhilfen der Europäischen Union	14
	August 2016	Neue Prioritäten im EU-Haushalt	37
	September 2016	Abschluss des Europäischen Semesters 2016	6
	Dezember 2016	Zum Vorschlag einer europäischen Arbeitslosenversicherung	13
Internationales/Finanzmarkt	Januar 2016	Erfolgreiche deutsche G7-Präsidentschaft – ein Rückblick	25
	Januar 2016	Die Deauville-Partnerschaft: Fortschritte unter schwierigen Rahmenbedingungen	35
	Februar 2016	Gründung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank	29
	Mai 2016	IWF-Frühjahrstagung und G20-Treffen im April 2016 in Washington D.C.	29
	Juli 2016	Artikel-IV-Konsultationen des IWF mit Deutschland	23
	Juli 2016	Jahrestagung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank in Peking	28
	August 2016	Weiterentwicklung der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	6
	August 2016	Relevanz des Klimawandels für die Finanzmärkte	12
	Oktober 2016	IWF-Jahrestagung und G20-Treffen im Oktober 2016 in Washington D.C.	10
	November 2016	Digitalisierung des Finanzmarktes in Deutschland	6
Öffentliche Finanzen	Dezember 2016	Die G20 unter deutscher Präsidentschaft im Finanzbereich	6
	Januar 2016	Haushaltabschluss 2015	6
	Februar 2016	Sollbericht 2016	6
	Februar 2016	Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2016	34
	März 2016	Der Vierte Tragfähigkeitsbericht des BMF	6
	März 2016	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2015	22
	April 2016	Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2017 und des Finanzplans 2016 bis 2020	15
	April 2016	Solide Finanzen, handlungsfähiger Staat – Deutsches Stabilitätsprogramm 2016	23
	Juni 2016	BMF-Tragfähigkeitskonferenz am 30. Mai 2016	6
	Juni 2016	Umfassende Investitionsberatung für die öffentliche Hand	10
	Juni 2016	Fachtagung Staatseigentum	15
	Juni 2016	Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen – Beteiligungsbericht 2015	19
	Juli 2016	Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020	6
	Juli 2016	Mittelfristige Finanzprojektion der Öffentlichen Haushalte	19
	August 2016	International Public Accounting Standards vs. Standards staatlicher Doppik	22
	September 2016	Spending Reviews im Bundeshaushalt	14

 Verzeichnis der Berichte

noch Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2016 nach Themenbereichen

Themenbereich	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Öffentliche Finanzen	September 2016	Schuldenbremse 2015: Struktureller Überschuss – das zweite Jahr in Folge	22
	September 2016	Nachhaltige Stärkung der Investitionen in Deutschland	29
	Oktober 2016	Treffen der Beteiligungsführungen des Bundes und der Länder	14
	November 2016	Chancen und Risiken Öffentlich-Privater Partnerschaften	10
	Dezember 2016	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben leistet einen bedeutenden Beitrag zur Unterbringung von Flüchtlingen	24
Steuern	Januar 2016	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2015	20
	Februar 2016	Produktinformationsstelle Altersvorsorge steigert Transparenz bei privaten Altersvorsorgeprodukten	48
	März 2016	Aktuelle Steuerfragen zur Flüchtlingshilfe	16
	März 2016	Reform der Investmentbesteuerung	32
	April 2016	Steuerbetrug, trickreiche Steuervermeidung und Geldwäsche konsequent bekämpfen	6
	April 2016	Neue Regelungen zu den Investitionsabzugsbeträgen in der steuerlichen Gewinnermittlung	32
	Mai 2016	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016	6
	Mai 2016	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	18
	August 2016	Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	30
	September 2016	Statistiken über die Einspruchsbearbeitung in den Finanzämtern	39
	Oktober 2016	Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2015	6
	November 2016	Ergebnis der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2016	19
	November 2016	11. Existenzminimumbericht	32
	November 2016	Der Effekt der kalten Progression bei der Einkommensteuer	43
	November 2016	Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2015	48
Zoll	März 2016	Neuorganisation der Zollverwaltung erfolgreich abgeschlossen	27
	April 2016	Reform des Zollrechts – Neuer Unionszollkodex	43
	Mai 2016	Zollbilanz 2015	32
	Dezember 2016	Mindestlohnspezifische Meldepflichten: Einführung eines Online-Meldeverfahrens zum 1. Januar 2017	18

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

Dezember 2016

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr
kommunikation und publizistik GmbH,
Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721
Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de
www.ministere-federal-des-finances.de
www.federal-ministry-of-finance.de
www.stabiler-euro.de
www.bundesaushalt-info.de
www.bundesfinanzministerium.de/APP
www.youtube.com/finanzministeriumtv
www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Nicht zulässig ist die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.

